

Inhaltsübersicht

1.....Grundlagen

2.....Begriff des Völkerrechts

3.....Rechtsquellen

4.....Völkerrechtssubjekte

5.....Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

6.....Völkerrechtliche Delikte

7.....Staaten

8.....Völkerrecht & Landesrecht

9.....Organe des völkerrechtlichen Verkehrs

10...Fremdenrecht & Diplomatischer Schutz

11...Menschenrechte

12...Die *Vereinten Nationen*

13...Streitbeilegung

14...Zwangsmittel

15...Kriegsvölkerrecht & Abrüstung

16...Neutralität

17...Internationales Seerecht

18...Luft- & Weltraumrecht

19...Umweltschutzrecht

20...Internationales Wirtschaftsrecht

21...Europarecht

- Was ist Völkerrecht?
 - klassisches*: Recht, das die hoheitl. Beziehungen zw. Staaten regelt
 - modernes*: Recht, das die hoh. Bez. zw. Staaten, intl. Org. & weiterer VR-Subjekte regelt
- Was ist internationales Recht?
 - Begriff, der sich nicht durchsetzt -> deshalb = **Völkerrecht**
- PS: -> *Intl. Privatrecht; Intl. Strafrecht; Intl. Verwaltungsrecht*
gehört zum innerstaatl. Recht, sind aber auf intl. Fragen zugeschnitten
- Was sind Völkerrechtssubjekte?
 - wer Träger vör. Rechte & Pflichten sein kann
 - Staaten
 - Intl. Organisationen UNO
 - private* Organisationen (u.U.); IKRK
 - Mensch* (abgeleit. R & Pfl.) M'rechte, humanitäres VR
 - können vör. Handlungen vornehmen
 - VR-Verträge schliessen
 - intl. Org. beitreten
 - anderen Staat anerkennen
 - vör. H'fähigkeit
 - vör. Prozessfähigkeit -> vor intl. R'sprech'instanz *klagen* oder *verklagt* werden
- Quellen des Völkerrechts?
 - Hintergrund: Im VR *fehlt Gesetzgeber*
 - IGH-Statut Art. 38
 - haupts: intl. Verträge; intl. Gew'R.; allg. R'grundsätze
 - H'mittel: richterl. Entscheidung; L'meinung fähigste VR'ler
- Was ist Souveränität?
 - höchste staatl. Herrschaftsgewalt gegen *innen* & U'abh. n. *aussen*
 - nach *aussen* ist im VR S. beschränkt -> Staat steht im VR-Rahmen (relative S.)
 - PS: Staaten können H'Freiheit durch V'abschluss (z.B. Beitritt zu intl. Org.) einschränken
 - Fortentwicklung des VR davon abhängig, ob Staaten zugunsten einer intl. Lösung auf Teile ihrer S. verzichten**
 - Bsp. In *Zollunion* treten Mitgliedstaaten ihre Z'hoheit an die Union ab
- Welches GRUNDPRINZIP gilt bei R'verhältnissen zwischen souv. Staaten?
 - VR beruht auf **Gleichheit** der souv. Staaten
 - > VR ist somit Koordinationsrecht (kein Subordinations-R.)
 - Gleichheit schützt v.a. *kleinere* Staaten (somit formell gleichgesetzt)
 - PS: Auf Gleichheit beruht das *Einmischungsverbot*
- Wird VR auch innerstaatlich angewendet?
 - zwischenstaatliche Ebene: nur VR anwenden
 - innerstaatliche* Ebene: VR nicht u'mittelbar anwendbar
 - > Verh. VR<-->LR durch innerst. R'ord-

nung festzulegen

-Bsp: GG Art. 25; erklärt VR zum Bestandteil des d. Rechts

-Was ist Mediatisierung?

-Hintergrund: Landesrecht regelt Verhalten des Menschen direkt

-Im VR, das Beziehung zw. VR-Subjekten regelt, wird Mensch nicht direkt berechtigt

->sondern durch Vermittlung des ihm übergeordneten Staates

-Mediatisierung ist eben diese Vermittlungsfunktion

-vör. direkt angesprochen wird der Mensch ausnahmsweise

-Bsp. Menschenrechte

-Verhältnis Völkerrecht <-> Aussenpolitik?

-VR ist hochpolit. R. -> möchte Macht- & R'positionen koordinieren

-PS: Courtoisie -> spielt sich auch aussenpolitisch ab, aber auf nicht auf rechtlicher Ebene (nur politisch/diplomatisch)

-> Regelverstoss ist ≠ Rechtsverletzung, sondern

„unerfreundlicher Akt“

-Bsp: Staatsoberhaupt wird ohne protokollar. Ehren (Teppich etc.) empfangen

-Charakter des Völkerrechts?

- Hintergrund: VR ist eigene Rechtsdisziplin
- VR ist *Koordinationsrecht*
- schwach* organisiert
 - > fehlen intl. Organe für:
 - Rechtsetzung
 - Durchsetzung
 - > Rechtsprechung schwach institutionalisiert
- VR-Normen meist *sehr konkret*
 - > Fragen konkret geregelt (z.B. V. über Grenzverlauf)

-Hat Völkerrecht Rechtsqualität?

- NEIN-Arg.
 - > zentraler Gesetzgeber fehlt
 - > VR nicht genügend kodifiziert
 - > mangelnde Durchsetzung
 - > mangelnde Vollstreckungsmittel
 - > VR-Delikte bleiben meist ungeahndet
 - > VR ≠ Recht; sondern Machtpolitik
 - erreicht Friedensziele gerade nicht

- JA-Arg.
 - > VR getragen von Überzeugung aller Staaten
 - rechtl. Regelung kann auf gemeins. R'anschauung aller Staaten bestehen
 - > also ist VR Rechtsordnung
 - > wichtige Bereiche sind kodifiziert. VRK, Dipl'-, Kons'Seerecht etc.)
 - PS: mangelnde Durchsetzbarkeit ist nicht Voraussetzung für den Rechtsbegriff
 - wesentlich ist, dass Verletzung der R-Norm Unrechtsfolgen nach sich zieht
 - > vör. Delikt bleibt nicht völlig sanktionslos
 - > verletzte Staat kann aus Gründen der Gegenseitigkeit verletzte Regel ebenfalls nicht einhalten (*Repressalie*)

-Bedeutung des Völkerrechts?

- Viele Probleme brauchen globale Ebene (-> Abrüstung etc.)
- Zusammenarbeit führt zu Verrechtlichung der intl. Beziehungen
- Existenz vieler internationaler Organisationen

-Was ist allgemeines Völkerrecht?

- regelt *Zugehörigkeit zur VR-Gemeinschaft*
- regelt *internationale Beziehungen*
- wichtig sind insbesondere:
 - VR-Subjekte; R'quellen; vör. Rechtsgeschäfte; Organe des vör. Verkehrs; vör. Delikte; vör. Streitbeilegung; vör. Zwangsmittel; VR & Landesrecht

- Was ist besonderes Völkerrecht?
 - regelt *konkrete vör. Sachgebiete*
 - MR-Schutz; Intl. Seerecht; Intl. Luft- und Weltraumrecht;
 - Intl. Umweltrecht; Intl. Wirtschaftsrecht; Kriegs-VR und Ab-rüstung; R. der *intl. Organisationen*
- Was ist universelles Völkerrecht?
 - umfasst **weltweit** gültigen vör. Regeln
 - Rechtsordnung der UNO
 - allgemeingültige Regeln für *internationale* Organisationen
 - allgemeingültige Regeln für *supranationale* Organisationen
 - PS: Dem universellen VR steht gegenüber:
 - regionales VR (z.B. *EUROPA-Recht*)
 - Recht einzelner intl. Organisationen (z.B: NATO-Recht)
- Was ist Kriegsvölkerrecht?
 - befasst sich mit dem Recht im Zus'hang mit bewaffneten Konflikten
 - Einteilung: -Recht *zum* Krieg (IUS AD BELLUM)
 - Recht *im* Krieg (IUS IN BELLO)
 - humanitäres* VR (ROT-KREUZ-RECHT)
 - PS: Dem Kriegs-VR steht *Friedens-VR* gegenüber

A) Allgemeines

- Was sind Rechtsquellen?
 - Hintergrund: Die Lehre von den R'quellen befasst sich mit Frage, was in *konkreter* Situation als Recht gilt. -> Man unterscheidet:
 - Entstehungsquellen
 - Materielle R'quellen
 - Formelle R'quellen (Rechtssätze)
 - Erkenntnisquellen
- Was sind *primäre* VR-quellen?
 - Quellen, die unmittelbar auf Rechtsregel schliessen lassen
 - IGH-Statut Art. 38 Abs. 1 wendet als Rechtssätze an:
 - Vör. Verträge
 - intl. Gewohnheitsrecht* (Ausdruck einer allg., als R. anerkannten Übung)
 - allg. Rechtsgrundsätze* (die von Kulturvölker anerkannt sind)
- Was sind *sekundäre* VR-quellen?
 - sind Hilfsmittel zur Feststellung von Rechtsnormen
 - IGH-Statut Art. 38 Abs. 1 lit. d zählt dazu:
 - richterliche Entscheidungen* (von nat. & intl. Gerichten)
 - Lehrmeinungen* (der anerkanntesten VR-Autoren)
 - PS: Statut-Aufzählung *nicht abschliessend*
- Was ist vör. *IUS COGENS*?
 - Hintergrund: vör. Normen sind *grunds. dispositiver Natur*
 - Aber: Auch im VR gibt es **Normen, die auch nicht durch Abrede nicht aufgehoben/abgeändert werden können**
 - > gilt für elementare *Rechtsgebote*
 - > sind fest verwurzelt in Staatengemeinschaft
 - > Jedes Mitglied der St'gem'schaft kann Beachtung fordern
 - Verbot der Sklaverei* EMRK
 - Verbot der Folter* EMRK
 - Verbot des Angriffskrieges* UN-Charta Art. 2 Z. 4
 - Verbot des Völkermordes* Konv. ü. Verhüt./Bestraf. d. V'mords
 - GS der Freiheit der Hohen See* Genfer Üeink. ü. die Hohe See
 - Merke:** Ein Vertrag, der gegen *Ius Cogens* verstösst ist nichtig!
 - > Art. 53 VRK; Art. 64 VRK
- Rangordnung* der VR-Quellen?
 - Grundsatz: keine Normenhierarchie
 - Zwei Ausnahmen:
 - > 1.) *IUS COGENS* (Art. 53 VRK), RF: *Nichtigkeit*
 - > 2.) Vorrangklauseln: (Verträge können bestimmen, dass bei Kollisionen eine best. RQ vorgeht;) PS: bei Verpflichtungswidersprüchen von UN-Mitglieder aus Charta und mit andern intl. Übereinkünften, gehen Verpflichtungen aus Charta vor.-> Art. 103 UN-Charta
 - RF: (keine Nichtigkeit; UN-Charta widerspricht ja dem *Ius Cogens* nicht); Normenkonflikt zug. Charta lösen

- Anwendungsregeln falls versch. VR-Quellen kollidieren?
 - LEX POSTERIOR DEROGAT LEGI PRIORI
 - LEX SPECIALIS DEROGAT LEGI GENERALI
 - i.d.R. sind die aRGS gegenüber Vertrags- und GR subsidiär
 - es ist aber möglich, dass *neue* aRGS Vertrags- od. GR *derogieren* (z.B: im *Umweltschutzrecht*)
- Was sind CLAUSES DE STYLE?
 - Normen in vör. Verträgen, welche VGR *deklaratorisch wiederholen*
 - ≠ Kodifikationen von älterem GR in jüngeren Verträgen
 - > z.B: frühere GR-Grundsatz *F. der Hohen See* heute vertraglich festgeschrieben (Genfer Ü'eink. über die Hohe See)
 - PS: Umgekehrt kann *späteres GR früheres Vertragsrecht aufheben*
 - > sog. *DESUETUDO*; es braucht dazu:
 - nebst faktischer Nichtbeachtung; *R'überzeugung* aller, nicht mehr an Vertrag gebunden zu sein
- Was ist SOFT LAW?
 - zwischenstaatl. *Verhaltensregeln*, die weder als VR'quelle noch vör. Verpflichtung beinhalten (vgl. Art. 38 IGH-Statut)
 - > *Gentlemen's Agreement*;
 - > *Absichtserklärungen*
 - > *rechtlich unverbindliche Abmachungen*
 - > *Codes of Conduct*
 - > *best. Deklarationen der UN-GV*
 - Drei Erscheinungsformen
 - 1-Resol. intl. Organisationen (in Form von Empfehlung aber trotz rechtl. Unverbindlichkeit haben sie *gewisse Autorität*)
 - 2-Intl. Übereinkünfte, die **willentlich nicht** als vör. Verträge ausgestaltet werden (-> z.B: *HELSINKI-Schlussakte 1975*)
 - 3-Von Staaten angenommene od. unterzeichnete, aber noch nicht in Kraft getretene vör. Verträge (z.B: die 1982 von 116 Staaten gutgeheissene neue Seerechtskonvention)
 - PS: Trotz *rechtlicher Unverbindlichkeit*. Soft Law hat gew. Autorität
 - > Staat ist aufgrund *ESTOPPEL-Prinzip* und *Vertrauens-P.* gehalten, sich den Regeln, denen er zugestimmt hat, zu verhalten
- Was ist BILLIGKEIT?
 - a) ausserrechtlicher Billigkeit
 - > Parteien erteilen Gerichtshof Befugnis, *EX AEQUO ET BONO* zu entscheiden (Art. 38 Abs. 2 IGH-Statut)
 - b) dem VR immanenter Billigkeit
 - > *Nordsee-Festlandsockel-Fall*; IGH wies auf *imm. B.* hin.
 - > Demnach gibt es VR-Normen, welche die Berücksichtigung der Billigkeit fordern (z.B: Normen über Grenzziehungen)

B) Völkergewohnheitsrecht (VGR)

- Was ist VGR?
- Wie entsteht vör. Gewohnheitsrecht?
 - objektives Element: *allg. Übung* (Staatenpraxis)
 - subjektives Element: *Anerkennung der Übung* als Recht
(*OPINIO IURIS*-Erfodernis)
- Was bedeutet *allg. Übung*?
 - Wenn für Grossteil der Staaten gleichartige Praxis nachweisbar ist
 - Merke: erforderlich ist nicht zwingend *langandauernde* Übung.
 - > VGR kann auch in kurzer Zeit entstehen, wenn sich *intensive & einheitliche* Übung feststellbar ist (*hot cooked law*)
- Was bedeutet *OPINIO IURIS*?
 - Staaten müssen *überzeugt* sein, dass ihr Verhalten bzw. Übung *rechtlich* geboten ist. (Diese Voraussetzung ist bei **VR-Sitte** oder bei **VR-Brauch** *nicht* erfüllt; es fehlt eben an *OPINIO IURIS*)
 - Also: VR -> *Rechtspflicht*
 - VR-Sitte -> (Courtoisie) N'jahrsempfang für dipl. Korps
 - VR-Brauch -> diplom. Noten in *Maschinenschrift* schreiben
- Welche Arten von VRG gibt es?
 - Universales* VGR
 - Partikuläres* VGR (nur im Verhältnis zu einzelnen VR-Subjekten)
 - Regionales* VGR
 - VGR eines *Rechtskreises*
 - PS: auch **neue Staaten** sind bei ihrer Entstehung an VGR gebunden (man nimmt an, dass sie diese Regeln billigen)
 - > Mit *Kolonialisierung* bestritten neue Staaten die Bindung an VGR der *Industrienationen* (Recht des weisen Mannes).
 - > Man müsste also prüfen, ob das vorher universale VGR allenfalls zu *partikularem* VGR (das zw. Ind'staaten gilt) wird
- Was war im *Britisch-Norwegischen Fischerei-Fall* zu entscheiden?
 - Kann „10-Meilen-Zone“ zum VGR gezählt werden?**
 - Hintergrund: Meisten Staaten messen Küstenmeerbreite von der Küste aus; und zwar auf Höhe der *Niedrigwasserlinie*. Im Bereich dieser Küstenmeerbreite hat der angrenzende Staat *Fischereihöhe*.
 - > **NORWEGEN** (N) ist zerklüftet, so dass ein Teil der Fjorde nicht mehr als Küstenmeer gelten würde. Deshalb teilt königl. Dekret (1934) die Küstengewässer von N neu ein. Diese Linieneinführung vergrößert Küstenmeer in der Weise, dass sie britische Fischer ausschliesst. -> **GB** klagt gegen **N** mit der Begründung, dass Grundlinien nur *10 Meilen* lang sein dürfen. Diese *10-(See)Meilen-Regel* sei in div. nat. Gesetzen & in bilateralen Verträgen vorgesehen, was die Qualität als VRG belege.
 - > **IGH** sagt, *einzelne* Staaten kennen zwar die *10-M.-Regel*. *Andere* Staaten kennen aber *andere* Begrenzungen.
 - Fazit des **IGH**: *10-M.-Regel zählt nicht* zu VGR

- Was war im *Nordsee-Festlandsockel-Fall* zu entscheiden?
- Hintergrund: •DK & NL haben folgendes Abkommen ratifiziert
- D hat unterzeichnet (aber nicht ratifiziert)

Art. 6 (FESTLANDSOCKEL-ÜBEREINKOMMEN / SR 0.747.305.13)
 1. Grenzt ein Festlandssockel an die Hoheitsgebiete von zwei oder mehr Staaten, deren Küsten einander gegenüberliegen, so grenzen diese Staaten die ihnen zugehörigen Sockelteile in gegenseitigem Einvernehmen ab. Kommt eine Einigung nicht zustande, so wird als Grenzlinie die mittlere Linie durch alle Punkte festgelegt, welche gleich weit entfernt sind ((ÄQUIDISTANZPRINZIP)) von den nächstgelegenen Punkten der Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeeres jedes dieser Staaten gemessen wird, es sei denn, dass besondere Umstände die Festlegung einer anderen Grenzlinie rechtfertigen.

DK & NL beriefen sich auf obige Norm, die, wenn man der Staatenpraxis folge, VGR enthalte.

-> IGH sagt; auch erstmalige Ausübung der der ÄQUIDISTANZREGEL hätte VGR-Norm begründen können.

Aber: *in casu* sei **kein** VGR entstanden, **weil weniger als die Hälfte der Staaten**, die Interesse am Festlandsockel hätten, **am Übereinkommen beteiligt seien**, was kaum zur Bildung von VGR ausreichte.

- Wie endet VRG?
- a) durch Aufgabe der *allg. Übung* oder der *Rechtsüberzeugung*
-> *desuetudo*
- b) durch Bildung von *entgegenstehendem VGR* od. *Vertragsrecht*
-> *derogierendes VR*
- PS: Wird Regel des VGR *vertraglich* fixiert, ist künftig *Vertrag* *massgebend*

C) Allgemeine Rechtsgrundsätze

- Was sind allgemeine Rechtsgrundsätze (aRGS)
- > Art. 38 Abs. 1 lit. c IGH-Statut
- Prinzipien *materiell-* oder *verfahrensrechtlicher* Natur
- allgemeingültig* für *alle Rechtssysteme*
- von *allen Kulturvölkern* anerkannt
- unterteilbar
 - vör. Rechtsgrundsätze; (z.B: *Verjährung*)
 - spezifisch vör. Prinzipien; (z.B: *Nichteinmischungsprinzip*)
 - fundamentale Grundsätze; (z.B: *Treu & Glauben*)
 - > notwendig für Funktionieren einer Rechtsordnung
 - Grundsätze der Rechtslogik ; (z.B: *Les posterior derogat legi priori*)
- dienen v.a. der *Lückenfüllung*
- sind *Interpretationshilfen*
- z.T. Eingang in intl. Verträge gefunden
 - > etwa *Pacta sunt servanda* kodifiziert im VRK
 - > *Treu & Glauben* kodifiziert im VRK
- Wie unterscheiden sich aRGS vom VGR?

- Wie unterscheiden sich aRGS vom VGR?
 - aRGS:
 - >in allen Rechtsordnungen enthalten (inkl. VR)
 - >gelten auch *ohne* dass zw'staatl. Übung besteht
 - müssen aber rechtlich erwähnt sein (z.B: T & G in Art. 2 ZGB)
 - VGR:
 - > enthält nur Normen, die Verhältnis zw. VR-Subjekten regeln
- Was besagt das ESTOPPEL-Prinzip?
 - Staat ist *an Erwartungen gebunden*, die er durch sein Verhalten geweckt hat und auf die anderer Staat nach T & G vertrauen konnte
 - verwandt* mit Verbot des „VENIRE CONTRA FACTUM PROPRIUM“
 - Geltung als aRGS des VR* von IGH festgehalten in:
 - > *Nordsee-Festlandsockel-Fall*
 - > *Preah Vihear-Tempel-Fall*
- Was entschied IGH im *Nordsee-Festlandsockel-Fall*?

BRD - obwohl nicht V'partei am Festlandsockel-Übereinkommen - wäre an Äquidistanzregel gebunden gewesen, wenn BRD durch ihr Verhalten *andauernd und deutlich Anschein erweckt hätte*, diese Regel zu akzeptieren, und wenn ausserdem die Gegenparteien DK und NL *im Vertrauen auf das Verhalten der BRD* Schaden erlitten hätten.
- Um was ging es im *Preah Vihear-Tempel-Fall*?

Gehört Tempel-Gebiet *kambodschanischem oder thailändischem* Territorium? Grenzvertrag 1904 sah Wasserscheidelinie als Grenze vor; deshalb - so Thailand - gehöre das auf seiner Seite der W'scheidelinie liegende Tempel-Gebiet zu thail. Territorium.
Die im Vertrag vorgesehene G'*bereinigung* war aber *nie vollendet* worden.
Auf Karte der Grenzbereinigungskommission war dieses Gebiet auf kambodschanischem Gebiet eingezeichnet worden. Thailand hat sie 1907 *offiziell* entgegengenommen. Rund 50 Jahre lang hat Thailand Gültigkeit der Karte *nie bestritten*; und sogar Exemplare dieser Karte unverändert nachgedruckt.
Da während diesen 50 Jahren keines der zwei Länder sich auf einen Irrtum bei Grenzziehung berufen hat, muss sich Thailand dieses Verhalten anrechnen lassen.

A) Begriff & Arten

- Wer ist Völkerrechtssubjekt?
 - wer VR-Fähigkeit besitzt (d.h. Träger vör. R. & Pfl. ist)
- Was ist völkerrechtliche *Handlungsfähigkeit*?
 - Fähigkeit, vör. *Handlungen* vorzunehmen
 - > umfasst drei Elemente
 - 1) vör. *Geschäfts-Fähigkeit* (Vertragsfähigkeit)
 - 2) vör. *Delikts-Fähigkeit*
 - Fähigkeit *Subjekt* eines vör. Delikts zu sein
 - Fähigkeit *Objekt* eines vör. Delikts zu sein
 - 3) vör. *Prozess-Fähigkeit* (F'keit, vor intl. R'sprechungsinstanzen zu *klagen* od. *verklagt* zu werden
 - Beschränkung* oder *Verlust* (**Merke:** kein Verlust der VR-Fähigkeit)
 - Mandat
 - Treuhandschaft
 - Protektorat
 - Besetzung
- Einteilung* der Völkerrechtssubjekte?
 - nach Organisationsform
 - staatliche <---> nicht staatliche
 - nach Geltung im Verhältnis zu anderen VR-Subjekten
 - allgemeine <---> partikuläre
 - nach Zeitdauer
 - befristete <---> unbefristete
 - nach Umfang der VR-Fähigkeit
 - generelle <---> partielle
- Was sind geborene VR-Subjekte? ((=notwendige, originäre))
 - Selbstkonstitutionierung*
 - aus *eigenem Recht* vör-fähig
 - PS: nach traditi. VR-Lehre die einzigen VR-Subjekte
- Was sind gekorene VR-Subjekte) ((=abgeleitete, sekundäre))
 - sind von anderen VR-Subjekten geschaffen
 - > durch V. geschaffene *intl. Organisationen*
 - > *Hl. Stuhl*
 - > *Malteser Ritterorden*
 - > *IKRK* (VR-Subjekt durch Staatenanerkennung geworden)
- Was sind partielle VR-Subjekte? ((= beschränkte))
 - Träger *bestimmter* vör. R & Pfl
 - > *intl. Organisationen*
 - > *vör'fähige Gliedstaaten*
 - PS: *generelle* (= unbeschränkte) VR-Subjekte sind Träger aller R & Pfl. --> also STAATEN
- Was sind partikuläre VR-Subjekte?
 - sind nur im Verhältnis zu *einigen* VR-Subjekten vör'fähig
 - > *intl. Organisationen* i.d.R.
 - PS: *allgemeine* VR-Subjekte sind im Verhältnis zu *allen* VR-Subjekten vör'fähig
 - > *Staaten*

B) Staaten

- Was sind die *konstitutiven Merkmale* des Staates?
 - Hintergrund: Staat ist VR-Subjekt
 - Art. 1 Pan'amerik. Konvention ü. R & Pfl. der Staaten (1933)
 - > dauernde *Bevölkerung*
 - > bestimmtes *Gebiet*
 - > *Regierung*
 - > Fähigkeit, mit andern Staaten *Beziehung aufzunehmen*
 - 3-Elementenlehre
 - > *Staatsgebiet*
 - > *Staatsvolk*
 - > *Staatsgewalt*
 - Regierung
 - Fähigkeit, mit and. Staaten *Beziehung aufzunehmen*
 - Bsp: PIRATEN-STAATEN (18. Jh. in Karibik)
 - hatten: eigenes *Gebiet*; eigenes *Volk*; eigene *Regierung*
 - aber: infolge vör'widrigen Zielsetzung fehlte ihnen aber Fähigkeit, mit andern Staaten Beziehungen aufzunehmen
 - > deshalb: **keine** Staaten im Sinne des VR
- Definition des Staates?
 - FLEINER: Der moderne Staat ist die durch ein *Volk* und ein *Territorium* begründete Einheit, in welcher politische Macht als *Souveränität* zentralisiert, rationalisiert und nach aussen unabhängig ausgeübt wird. (Anm. Dabei sind auch Organe zu berücksichtigen)
- Was ist das *Staatsgebiet*?
 - "gesicherter Raum, in dem das staatl. organisierte Volk seine Herrschaft effektiv ausüben kann und über das ihm vör. Verfügungsgewalt zusteht"
 - Unterscheide:
 - > territoriale Souveränität ((R. über St'gebiet endgültig zu verfügen)) <vergleichbar mit sachenr. **Eigentum**>
 - > Gebietshoheit ((tats. Herrschaft des Staates über bestimmtes Gebiet <vergleichbar mit sachenr. **Besitz**>))
- Was ist das *Staatsvolk*?
 - MERKE: 2-fache Bedeutung
 - 1) Gesamtheit der Personen auf Staatsgebiet
 - 2) Gesamtheit der Personen, die staatl. *Personalhoheit* unterstehen -> STAATSANGEHÖRIGE ((auch jene im Ausland))
- Was ist die *Staatsgewalt*?
 - Fähigkeit, *Einheit aus Staatsgebiet und Staatsvolk*
 - nach aussen zu repräsentieren,
 - Vereinbarungen einzugehen
 - Voraussetzungen: Minimum an *souveräner, organisat. Struktur*
- Wann ist Staat *autonom*?
 - volle Selbstregierung (Verfass'autonomie, frei in I- & A-Politik)
 - rechtliche Unabhängigkeit (nur & unm'bar dem VR unterworfen)
- Bsp: WASSERVOGEL-Fall (BGE 75 I 289)

Fragen 37 -74

- Bsp: WASSERVOGEL-Fall (BGE 75 I 289)
 - Hintergrund: **A** stand 1949 unter Kontrolle der Alliierten, hatte aber *beschränkte Souveränität*. V.a. hatte es *beschränkte Gesetzgebungskompetenz*; so konnte **A** auch Bürgerrechtsfragen regeln. Frau WASSERVOGEL argumentierte zu Unrecht, sie sei durch Heirat mit ihrem Österreichischen Mann dennoch als Schweizerin zu betrachten, da Österreich nicht mehr *souverän* sei.
- Was besagt der GS der Effektivität?
 - Organisation* eines Staates muss *Aussicht auf DAUER haben*
 - Staatsgewalt* muss sich effektiv auf St'gebiet regeln. durchsetzen
 - Bsp: LAS PALMAS-Fall
 - Hintergrund:
 - E** entdeckte Insel Palmas (& setzte Flagge)
 - E** tritt 1898 den **USA** Insel Palmas ab
 - 1906: **USA** merkt, dass **NL** Insel beansprucht
 - es kommt zu Prozess
 - Fragestellung: wem steht *territoriale Hoheit* zu?
 - IGH**: -Gebietserwerb durch *Okkupation* braucht
 - effektive* Inbesitznahme
 - (->nur Entdeckung ist kein Erwerbstitel)
 - “Vertragliche Gebietszession setzt voraus, dass voraus, dass **E** im Zeitpunkt der Abtretung effektiv im Besitz des Territoriums sein müsse.
 - > Effektivitäts-P gelte auch für *Bewahrung einmal erworbener Ansprüche*.
 - “*Es gibt aber keine Anzeichen, dass E nach der Entdeckung die Insel jemals in Besitz nahm*“
 - “**Demgegenüber waren Manifestationen von NL zwar selten, aber offenkundig und langandauernd.** -> *Ausübung der Hoheitsrechte durch NL über Palmas hat von 1666 - 1906 nie zu Protesten anderer Staaten geführt.*
 - ==> deshalb ist *Souv.* von **NL** gegeben.
- Was ist die *Anerkennung* von Staaten?
 - Merke: ≠ *Anerkennung von Regierungen*
 - Erklärung von VR-Subjekt X, durch die eine Tatsache oder ein Anspruch von VR-Subjekt Y als vör. wirksam akzeptiert wird.*
 - > *Rechtsnatur* der *Anerkennung* ist strittig
 - konstitutive Theorie: Staat entsteht erst mit *Anerkennung*
 - deklarat. Theorie: Staat entsteht, wenn *konstitut. Merkmale* vorliegen
 - gemischte Lehre: In *Anerkennung*, dass Staat VR-Subjekt wurde, liegt *deklarat.* Element
 - Bereitschaft (ausdr. od. stillschw.) der *Beziehungsaufnahme* ist *konstitut.* Element.
- Wie ist Staatenpraxis zur *Anerkennung* neuer Staaten?
 - folgt GS der EFFEKTIVITÄT

-Wie ist Staatenpraxis zur Anerkennung neuer Staaten?

-folgt GS der EFFEKTIVITÄT

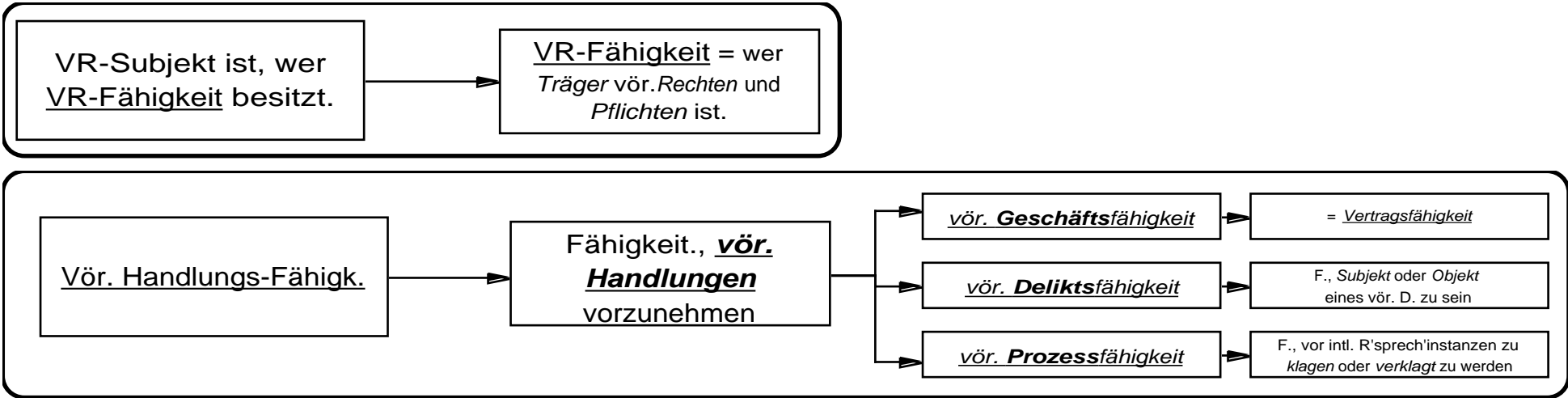
-> Vor Anerkennung muss festgestellt werden, dass Behörde vorhanden ist, welche die Staatsgewalt *dauerhaft* und *souverän* über eine best. *Bevölkerung* und best. *Staatsgebiet tatsächlich* ausübt

-Bsp: Anerkennung von *GUINEA-BISSEA* (war port. Kol'gebiet)

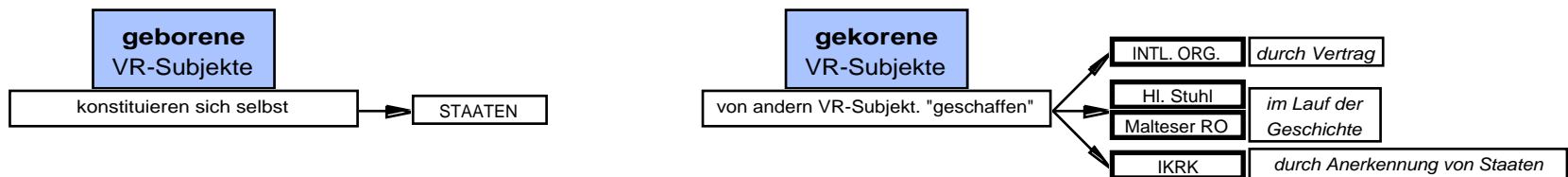
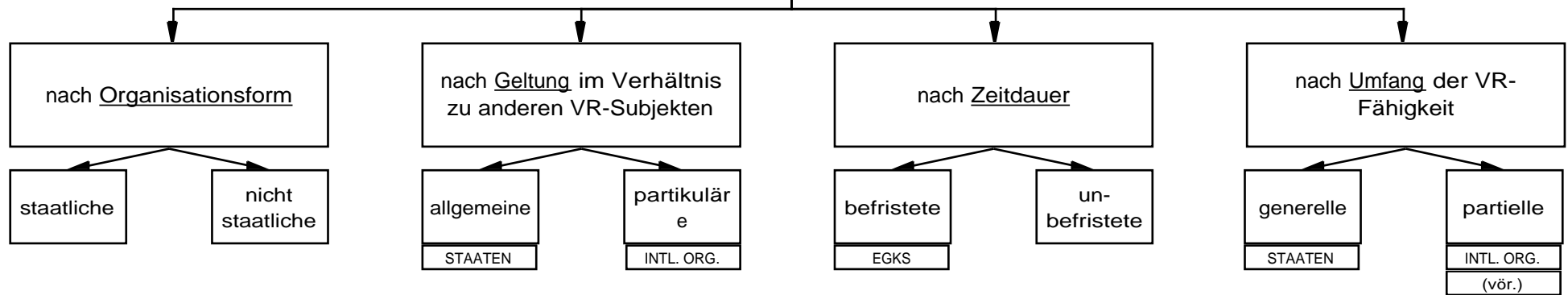
SIEHE AUCH 2 SEPARATE ÜBERSICHTSGRAPHIKEN

4 VR-Subjekte

Begriff

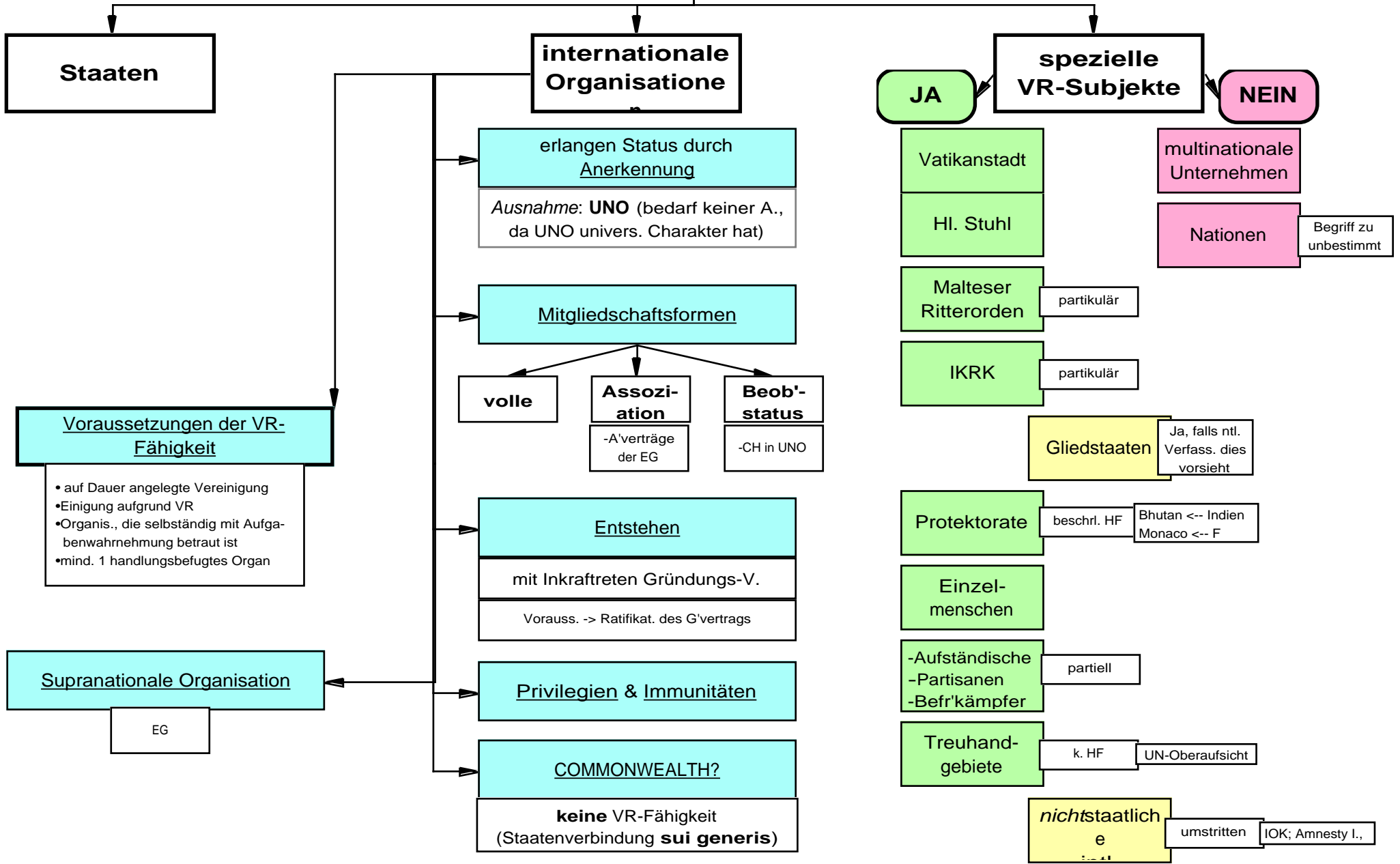


Einteilung & Arten



4 VR-Subjekte

Völkerrechtssubjekte



5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-14-

Fragen 75 - 132

A) Allgemeines

- In welche *Gruppen* werden die vör. Handlungen eingeteilt?
-> siehe Graphik
- Welche *1-seitigen* vör. Erklärungen gibt es?
-> siehe Graphik
- Welche vör. *Realakte* gibt es?
-> siehe Graphik
- Geltungsvoraussetzungen* der vör. Handlungen?
-> siehe Graphik
- Wie bestimmt sich *Zuständigkeit* des handelnden Organs?
-> siehe Graphik

B) Einseitige Handlungen

- Was ist *Notifikation*?
 - offizielle Mitteilung einer vör. Tatsache
 - eine *mögliche Form*
 - notifiziert wird:
 - Protest; Anerkennung; Versprechen; Verzicht.
 - Bsp: Notifikation, dass M'chef/anderes Mitglied „*persona non grata*“ ist (-> Art. 9 Abs. 1 *Übereink. über diplomat. Beziehungen* (SR 0.191.01))
- Was ist das *Versprechen*?
 - Willenserklärung
 - einseitig verpflichtend*
 - auch *ohne Annahmeerklärung gültig* (-> ist h.L.)
 - Bsp: •1956 *versprach Ägypten* SUEZ-Kanal auch nach Verstaatlichung für intl. Schifffahrt offenzuhalten
 - nach Atom-Versuchen auf MURUROA *erklärte F* Versuche als abgeschlossen. **IGH** wertete „*Erklärung*“ als Versprechen, an das **F** gebunden sei
- Was ist der *Verzicht*?
 - Willenserklärung
 - Aufgabe einer Rechtsposition*
 - zwei Voraussetzungen
 - a) subjektive V'setzung -> VERZICHTWILLE
 - b) objektive V'setzung -> VERZICHTSMÖGLICHKEIT
 - einseitig** oder *durch vertragliche* Vereinbarung
 - auch *stillschweigend* (kann aber nicht allg. vermutet werden)
-> Unterlassung eines (allenfalls angezeigten) Protests *kann* Verzicht bedeuten
- Was ist ein *Protest*?
 - Willenserklärung
 - mit P. wird Widerspruch gegen fremde VR-Akte erhoben, um die R'mässigkeit eines Anspruchs oder Sachlage zu *bestreiten*
-> Protest dient *Rechtswahrung*
 - Erfordernis: *u.U. mit Nachdruck & wiederholt* erheben

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-15-

Fragen 75 - 132

-Was ist die *Anerkennung*?

-Erklärung, mit dem eine Tatsache/Anspruch als *vör. wirksam* aner-
akzeptiert wird

-Formen: -> Anerkennung eines *Staates*
 -> Anerkennung einer *Regierung*
 -> Anerkennung einer *Internationalen Organisation*
 -> Anerkennung einer *kriegführenden Partei*
 -> Anerkennung von *Aufständischen*
 -> Anerkennung *anderer Rechtstitel*

-Unterscheide:

-**de-facto**-Anerkennung (= vorläufige A.)

-**de-iure**-Anerkennung (= endgültige A.)

-Form:

-*ausdrücklich*

-*stillschweigend*

-Anspruch auf Anerkennung besteht *nicht*

-> somit ist *Unterlassung* einer A. kein vör. Delikt

-> **aber**: *vorzeitige* A. kann vör. Delikt sein

-Bsp: *Staat X mischt sich in innere Angelegenheiten
von Staat Z durch Anerkennung der Putsch-Re-
regierung, die noch nicht stabil ist.*

-Was ist *Anerkennung einer Regierung*?

-Willenserklärung

-mit dieser akzeptiert man Regierung als vör. Repräsentanz

-Problembereich:

*Anerkennung einer durch Gewalt an die Macht gelangten
Regierung*

-solche ist Regierung sobald sie Funktion effektiv ausübt

Neue Regierung

-bis zu Anerkennung: *de-facto-Regierung*

-Mit Anerkennung: *de-iure-Regierung*

Biherige Regierung

-bis zu Anerkennung *de-iure-Regierung*

der neuen Regierung

-Mit Anerk. der neuen R. nicht mehr Regierung

-Was besagt *TOBAR-Doktrin*?

-Reg., die gewaltsam an Macht kam, darf erst nach Bestätigung
anlässlich Volkswahl anerkannt werden

-Was besagt *ESTRADA-Doktrin*?

-Anerkennung unzulässig, da sie Einmischung in innere Ang. ist

-PS: KEINE der beiden Doktrinen hat sich als **VR-Regel** durchgesetzt

-> Staatenpraxis allenfalls durch **polit.** Gesichtspunkte beeinflusst

-Was besagt *STIMSON-Doktrin*?

-durch vör. 'widrige Gewaltanwendung begründete Grenzverände-
rungen dürfen nicht anerkannt werden

-> **ist** heute allgemeine **VR-Regel**

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-16-

Fragen 75 - 132

- Was ist *Okkupation*?
 - Inbesitznahme von *herrenlosem* Gebiet
 - Abgrenzung: ≠ Annexion; ≠ kriegerische Besetzung
 - Gegenstück: -> Dereliktion
- Voraussetzungen für vör. gültigen Erwerb:
 - herrenloses Gebiet
 - tatsächliche (effektive)* Inbesitznahme
 - > *symbolische* Inbesitznahme reicht nicht
 - Bsp: *PALMAS-Fall* ((auch unter **4-VR-Subjekte** erwähnt))
 - Hintergrund: • **E** entdeckte Insel Palmas (& setzte Flagge)
 - **E** tritt 1898 den **USA** Insel Palmas ab
 - 1906: **USA** merkt, dass **NL** Insel beansprucht
 - es kommt zu Prozess
 - Fragestellung: wem steht *territoriale Hoheit* zu?
 - IGH**: -Gebietserwerb durch *Okkupation* braucht
 - effektive* Inbesitznahme
 - (->nur Entdeckung ist kein Erwerbstitel)
 - “Vertragliche Gebietszession setzt voraus, dass voraus, dass **E** im Zeitpunkt der Abtretung *effektiv* im Besitz des Territoriums sein müsse.
 - > Effektivitäts-P gelte auch für Bewahrung einmal erworbener Ansprüche.
 - “Es gibt aber keine Anzeichen, dass **E** nach der Entdeckung die Insel jemals in Besitz nahm“
 - “**Demgegenüber waren Manifestationen von NL zwar selten, aber offenkundig und langandauernd.** -> Ausübung der Hoheitsrechte durch **NL** über Palmas hat von 1666 - 1906 *nie zu Protesten anderer Staaten* geführt.
 - ==> deshalb ist Souv. von **NL** gegeben.
- Gibt es *Ausschluss* von Okkupationsfähigkeit?
 - Ja: -> vertraglich oder durch VGR
 - Bsp: • *Genfer Übereinkommen über hohe See*
 - *Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Erforschung & Nutzung des Weltraums einschl. Mondes, und anderer Himmelskörper*
- Was ist *Dereliktion*?
 - freiwillige, tatsächliche* Aufgabe eines Gebiets
 - Abgrenzung: ≠ Annexion; ≠ kriegerische Besetzung
 - Gegenstück: -> Okkupation
 - Voraussetzung: tatsächliche Aufgabe (obj. Element)
 - freiwilliger Willensverzicht (subj. Element)
 - (Nimmt ein Staat in best. Gebiet länger keine staatl. Handlung vor, muss angenommen werden, er habe die territ. Souveränität aufgegeben)

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-17-

Fragen 75 - 132

- Was ist *Annexion*?
 - völkerrechtlicher *Realakt*
 - Ziel: fremden Staat/Staatsteil vollständig und dauernd gewaltsam einzuverleiben
 - Abgrenzung: ≠ Besetzung (ist vorübergehend)
 - kein** vör. gültiger Erwerbstitel
 - Bsp: GOLF-Krieg: **IRAK** marschierte 1990 in **KUWEIT** ein und proklamierte dieses als *19. irakische Provinz*.

C) Begriff und Arten völkerrechtlicher Verträge

-> siehe auch Graphik

- Was ist ein völkerrechtlicher Vertrag?
 - ausdrücklich* oder *konkludent* zustandegekommene Willenseinigung (zw. 2 oder mehreren VR-Subjekten)
 - Ziel: gemeinsame vör. Beziehungen *verbindlich* zu regeln
- Welches ist die *massgebende Rechtsquelle* im vör. Vertragsrecht?
 - VRK -> *Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge* (SR 0.111)
 - Merke: -gilt für *schriftliche* Verträge von *Staaten*
 - Art. 1 und 3
 - Aufbau: •Einleitung; •Abschluss & Inkrafttreten; •Einhaltung, Anwendung & Auslegung; •Änderung & Modifikation; •Ungültigkeit, Beendigung & Suspendierung; •Versch. Bestimmungen; •Hinterlegung, Notifikation, Berichterstattung & Registrierung
- Was sind die *allgemeinen Voraussetzungen* für einen vör. *Vertrag*?
 - V'parteien müssen *vör'fähig* und *vertragsfähig* sein
 - V'parteien müssen *hoheitliche* Beziehungen auf *VR*-Basis regeln wollen
 - aber auch *privatrechtliche* Verträge sind möglich
 - Willen*, *rechtlich verbindliche* Regelungen zu treffens
 - > d.h. *Absichtserklärungen*, *Gentlemen's Agreement*, *Courtoisie*, etc. haben keine rechtl. Verbindlichkeit
 - Bsp: KSZE-Schlussakte
- Welche *Arten* völkerrechtlicher Verträge gibt es?
 - > siehe Graphik
- Was sind *rechtsgeschäftliche Verträge*? (keine weitere Bedeutung)
 - (*traités-contrats*; *contractual treaties*)
 - > versprechen *einzelne konkrete* Leistungen
- Was sind *rechtssetzende Vereinbarungen*? (keine weitere Bedeutung)
 - (*traités-lois*; *law-making treaties*)
 - > legen *generelle Normen* fest

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-18-

Fragen 75 - 132

- Bedeutung der völkerrechtlichen Verträge?
 - wichtigste Rechtsquellen
 - vielfältige Aufgaben
 - > begründen „*Verfassungen*“ intl. Organisationen
 - > wirken als „*Quelle*“ des allgemeinen VR
 - > sind Rechtsgrundlage von *Gebietsübertragungen*
 - > regeln *Handelsbeziehungen*
 - > regeln *Streitbeilegung*
 - > schützen *Menschenrechte*
 - > Sicherung *intl. Institutionen*
 - > etc.

D) Abschluss völkerrechtlicher Verträge

- Welche Fragen stellen sich beim Abschluss?
 - Welche Organe dürfen abschliessen (sog. *V'abschlusskompetenz*)
 - > welche *Vollmachten* sind erforderlich
 - Welche *Verhandlungsverfahren* und -*schritte*
 - Bedeutung von *Vorbehalten*
 - Wie werden vör. Verträge *revidiert*
- Was ist *Vertragsabschlusskompetenz*?
 - Hintergrund: Beim V'schluss *handelt Staat durch Organe*
 - > WER innerstaatlich zuständig ist, klärt das nationales Recht
 - > VR regelt, ob *innerstaatl. Zuständigkeit gegeben sein muss*
 - 3 Theorien
 - > siehe Graphik
- Welche vör. Normen regeln die *Kompetenz zum Vertragsabschluss*?
 - Art. 7 Abs. 1 VRK -> regelt *wer* als Vertreter *Vollmacht* braucht
 - Art. 7 Abs. 2 VRK -> regelt *wer kraft seines Amtes* vertritt und keine *Vollmacht* braucht
- Welche Bedeutung hat eine *innerstaatl. Beschränkung* der Vertragsabschlusskompetenz?
 - Staat kann sich nicht darauf berufen, dass Vertragszustimmung unter Verletzung der *innerstaatl. Kompetenzordnung* zustandekam.
 - > Ausnahme: Verletzung (der innerstaatl. K'ordnung) war offenkundig und betraf (innerstaatl.) Norm von hoher Bedeutung
 - Bsp: *OST-GRÖNLAND-Fall (IHLEN-Deklaration)*
 - 1919 erklärte Aussenminister von **N**, dass **N** keine Gebietsansprüche in **GRÖNLAND** stelle.
 - Später erklärte **N**, diese Erklärung sei vör. *ungültig*, weil der Aussenminister seine (-> innerstaatl.) Kompetenz überschritten habe
 - > **IGH** wertete Aussenminister-Erklärung nicht als Anerkennung der **dänischen** Gebietshoheit in **GRÖNLAND**.
 - Aber: **N** sei an Erklärung gebunden, weil **Dänemark** die *Unzuständigkeit nicht habe erkennen können*. (Art. 46 VRK)

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-19-

Fragen 75 - 132

- Welche Vertragsabschlussverfahren (schriftlich) gibt es?
 - a) einphasiges Verfahren:
 - > Unterhändler führen Verbindlichkeit herbei.
 - > Vertrag mit Unterzeichnung in Kraft
 - b) mehrphasiges Verfahren:
 - > ist **Regelfall**
 - > für Verbindlichkeit wirken zusätzliche Organe mit (Bsp: Zustimmung Parlament)
- Wie erfolgt der *Ablauf* der Vertragsverhandlung?
 - bleibt Parteien überlassen
- Welche *Verhandlungsschritte* gibt es?
 - > diplom. Vorverhandlung -> Vollmachtsprüfung (Art. 7 VRK)
 - > Verhandlung -> Einigung -> Paraphierung -> Unterzeichnung des Vertrags oder Schlussakte -> innerstaatl. Zust'verfahren
 - > Ratifikation -> Austausch Ratif'urkunden -> (evtl. Hinterlegung der Ratif'urkunden)
- Was ist die *Paraphierung* des Vertragstexts?
 - sie stellt vorläufigen, *authentischen* Vertragstext her, den die Unterhändler **nicht** mehr ändern können.
 - U'händler unterzeichnen nur mit Anfangsbuchstaben ihrer Namen
 - > **PARAPHE**
 - der - paraphierte - Text wird dann Regierungen zur Zustimmung vorgelegt
 - > Regierungen sind durch Paraphierung **rechtlich nicht** gebunden
- Welche *Abstimmungsverfahren bei multinationalen Verträgen* gibt es?
 - 1) Einstimmigkeitsprinzip -> pos. Zustimmung aller Beteiligten
 - 2) Mehrheitsprinzip -> a) einf. Mehr -> b) qualif. Mehrheit
 - 3) Consensus-Verfahren -> Fehlen ausdrücklicher Gegenstimme genügt
 - PS: diese Verträge werden meist innerhalb *spezieller Konferenzen* oder im Rahmen einer *internationalen Organisation* vorbereitet
- Welche *Wirkung* hat Vertragsunterzeichnung?
 - Vertragstext ist nun endgültig & amtlich & unveränderlich
 - > erfolgt indem Vertreter vollen Namen schreiben
 - bei 1-phasigem Verfahren -> in Kraft
- Was ist eine *Schlussakte (final act)*?
 - Zusammenfassung der formellen Verhandlungsergebnisse
 - > enthält i.d.R. den authentischen Vertragstext
 - Annahme führt i.d.R. noch nicht zum Inkrafttreten des Abkommens
- Welche Bedeutung hat die *innerstaatliche Zustimmung*?
 - Hintergrund: bedeutsam nur beim mehrphasigen Verfahren
 - Frage des nationalen Rechts
 - > vör. sind Staaten *nicht* gebunden, unterzeichneten Vertrag anzunehmen
 - > bei **Nichtgenehmigung** kommt Vertrag **nicht** zustande

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-20-

Fragen 75 - 132

- Was ist die *Ratifikation*?
 - Art. 11 VRK -> *eine Art* der Zustimmung durch Vertrag gebunden zu sein
 - vom *Staatsoberhaupt* abgegebene formelle Erklärung an V. gebunden zu sein und
 - > gegebenenfalls *innerstaatl. Einhaltung* zu gewährleisten
 - (Parteien können auch vereinbaren, dass mit R. Vertrag in Kraft tritt)
 - CH**: *Bundesrat* zuständig
 - Wird Erfordernis der Ratifikation im V. nicht ausdrücklich fixiert, tritt vör. Bindung mit der *Unterzeichnung* ein
- Wie erklärt ein Staat Zustimmung zu einem Vertrag?
 - Art. 11 VRK -> durch
 - *U'zeichnung*
 - *Austausch von Urkunden*
 - *Ratifikation*
 - *Annahme*
 - *Genehmigung*
 - *Beitritt*
 - *andere vereinbarte Art*
 - Wird Erfordernis der Ratifikation im V. nicht ausdrücklich fixiert, tritt vör. Bindung mit der *Unterzeichnung* ein
- Wann* tritt ein Vertrag *in Kraft*?
 - Art. 24 Abs. 1 & 2 VRK
 - > Auf *vorgesehenen* Zeitpunkt
 - > Auf von *Verhandlungsstaaten vereinbarten* Zeitpunkt
 - > sobald *Zustimmung aller Verhandlungsstaaten* vorliegt
 - **Praxis**:
 - bei *bilateralen* V.: nach Ratif. beider Staaten
 - bei *multilater.* V.: nach Ratif. durch vertraglich fixierte Mindestzahl
- Wie ist Vertragsabschlusskompetenz *zwischen Bund /Kantonen* geregelt?
 - **Art. 56 BV / Beziehungen der Kantone mit dem Ausland**
 - ¹ Die Kantone können in ihren Zuständigkeitsbereichen mit dem Ausland Verträge schliessen.
 - ² Diese Verträge dürfen dem Recht und den Interessen des Bundes sowie den Rechten anderer Kantone nicht zuwiderlaufen. Die Kantone haben den Bund vor Abschluss der Verträge zu informieren.
 - ³ Mit untergeordneten ausländischen Behörden können die Kantone direkt verkehren; in den übrigen Fällen erfolgt der Verkehr der Kantone mit dem Ausland durch Vermittlung des Bundes.
- Wie ist die innerstaatliche Zustimmung geregelt?
 - **Art. 166 BV / Beziehungen zum Ausland und völkerrechtliche Verträge**
 - ¹ Die **Bundesversammlung** beteiligt sich an der Gestaltung der Aussenpolitik und beaufsichtigt die Pflege der Beziehungen zum Ausland.
 - ² Sie **genehmigt** die völkerrechtlichen Verträge; ausgenommen sind die Verträge, für deren Abschluss auf Grund von Gesetz oder völkerrechtlichem Vertrag der Bundesrat zuständig ist.
 - **Art. 184 BV / Beziehungen zum Ausland**
 - ¹ Der **Bundesrat** besorgt die auswärtigen Angelegenheiten unter Wahrung der Mitwirkungsrechte der Bundesversammlung; er vertritt die Schweiz nach aussen.
 - ² Er unterzeichnet die Verträge und ratifiziert sie. Er unterbreitet sie der **Bundesversammlung** zur **Genehmigung**.
 - ³ ...

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-21-

Fragen 75 - 132

- **Art. 140 BV / Obligatorisches Referendum**
 - ¹ **Volk** und **Ständen** werden zur Abstimmung unterbreitet:
 - a. die Änderungen der Bundesverfassung;
 - b. der **Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit** ((z.B. NATO)) oder zu supranationalen Gemeinschaften: ((z.B. EG))
 - c. ...
- **Art. 141 BV / Fakultatives Referendum**
 - ¹ Auf Verlangen von 50 000 Stimmberechtigten oder acht Kantonen werden dem Volk zur Abstimmung unterbreitet:
 - a. Bundesgesetze;
 - b. dringlich erklärte Bundesgesetze, deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt;
 - c. Bundesbeschlüsse, soweit Verfassung oder Gesetz dies vorsehen;
 - d. **völkerrechtliche** Verträge, die:
 1. unbefristet und unkündbar sind;
 2. den Beitritt zu einer **internationalen Organisation** vorsehen;
 3. eine **multilaterale Rechtsvereinheitlichung** herbeiführen.
 - ² Die Bundesversammlung kann weitere völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum unterstellen.

-Wer führt die Aussenpolitik (CH)?

-Bundesrat als Kollegialbehörde

-> Vorverhandlung oft an *Diplomaten* delegiert

-> auf Verwaltungsstufe durch *Beamte*

-Bundespräsident bei hochformellen Staatsakten

-Welche *Vertragsabschlusskompetenzen* hat der *Bundesrat*?

-Grundsatz: -> Verträge mit Ausland wenn B'versammlung zustimmt

-Praxis: -> B'rat unterzeichnet mit Ratifikationsvorbehalt.

-> Verträge werden vor Ratif. B'versammlung vorgelegt

-> verweigert B'versammlung Zustimmung, so darf B'rat nicht ratifizieren

-Was ist ein *Vorbehalt*?

-*einseitige* Erklärung, durch die der Staat bezweckt, die Rechtswirkung von Vertragsbestimmungen *auszuschliessen* oder zu *ändern*.

-richtet sich *gegen Inhalt* eines Vertrags

-Art. 2 Abs. 1 lit. d VRK ((OPTING OUT; CONTRACTING OUT))

-wird abgegeben: -> bei Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme/ Genehmigung eines Vertrags, bei V'beitritt

-zulässig wen: -> Vertrag ihn nicht verbietet

-> Vertrag ihn nicht ausschliesst

-> mit Ziel & Zweck des Vertrags nicht unvereinbar

-Was ist eine *Verwahrung*?

- ≠ Vorbehalt

- will vernindern, das aus Vertragsunterzeichnung Schlüsse auf eine Rechtslage gezogen werden, die mit Vertrag selbst nichts zu tun haben.

-Bsp: Mit Aufnahme von diplom. Beziehungen der **BRD** zu **UdSSR** stellte **BRD** mittels *Verwahrung* klar, dass Aufnahme der diplo-

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-22-

Fragen 75 - 132

matischen Beziehungen keine Anerkennung territorialer Besitzstände darstellt. (Festsetzung der def. Staatsgrenzen sei dem Friedensvertrag vorbehalten)

-Ist *Revision* von Verträgen zulässig?

-Ja, wenn der Vertrag sie

-> für alle Vertragsparteien *bindend* vorsieht

-> durch *einzelne* vorsieht (CONTRACTING-OUT; INTER SE-ABKOMMEN)

-nicht ausdrücklich verbietet

-Merke: V'revision bindet nur jene Partner, die an ihr beteiligt sind.

-> kann bei multilat. Verträgen bewirken, dass unterschiedliche Verpflichtungen nebeneinander stehen

E) Auslegung und Willensmängel

-Welche Regeln werden bei der *Auslegung vör. Verträge* v.a. angewandt?

-Grundsatz: nach **Treu & Glauben** (Art. 31 Abs. 1 VRK)

-> beruht auf drei Auslegungsprinzipien

a) wörtliche (*grammatik.*) Auslegung

b) systematisch-logische Auslegung

-> Regeln der jur. Logik (z.B. *lex specialis derogat legi generali*, etc.)

c) teleologisch-funktionale Auslegung

-Merke: Materialien und Umstände (histor. Auslegung) erst in *zweiter Linie* und nur als ergänzende Auslegungsmittel beziehen

-> Art. 32 VRK

-Was sind *authentische Sprachen*?

-Bei Vertrag in verschiedenen Sprachen ist zu bestimmen, welche *Sprachen für die Auslegung des Textes verbindlich/authentisch* sind

-Grundsatz: -> bilaterale Verträge: beide Sprachen

-> multilaterale Verträge: alle oder einige Sprachen

-wird von VRK geregelt

-Bsp: *UN-CHARTA*

-> verbindlich sind: **engl./franz./spa./russ./chines.**

-> so ist für wörtliche Auslegung *deutsch* untauglich

-Was ist der *EFFET UTILE*?

-beabsichtigte *Nutzeffekt* eines Vertrags

-Vertrag ist so auszulegen, dass Gestaltungsziel & Regelungszweck bestmöglich erreicht werden, so dass *EFFET UTILE* eintritt

-Was ist die *IMPLIED POWERS*-Lehre?

-aus vertraglich fixierten Aufgaben und Zwecken der jeweiligen intl. Organisation werden weitere Rechte hergeleitet

-> diese *Rechte* sind notwendig zur Aufgabenerfüllung

-Bsp: *GRAF BERNADOTTE-Fall*

-**IGH** gab UNO Befugnis Schadenersatzforderung für UN-Bedienstete selbst gegen Nicht-Mitgliedstaaten geltend zu machen; auch wenn UN-CHARTA dies nicht vorsah

5 Völkerrechtliche Rechtsgeschäfte

-23-

Fragen 75 - 132

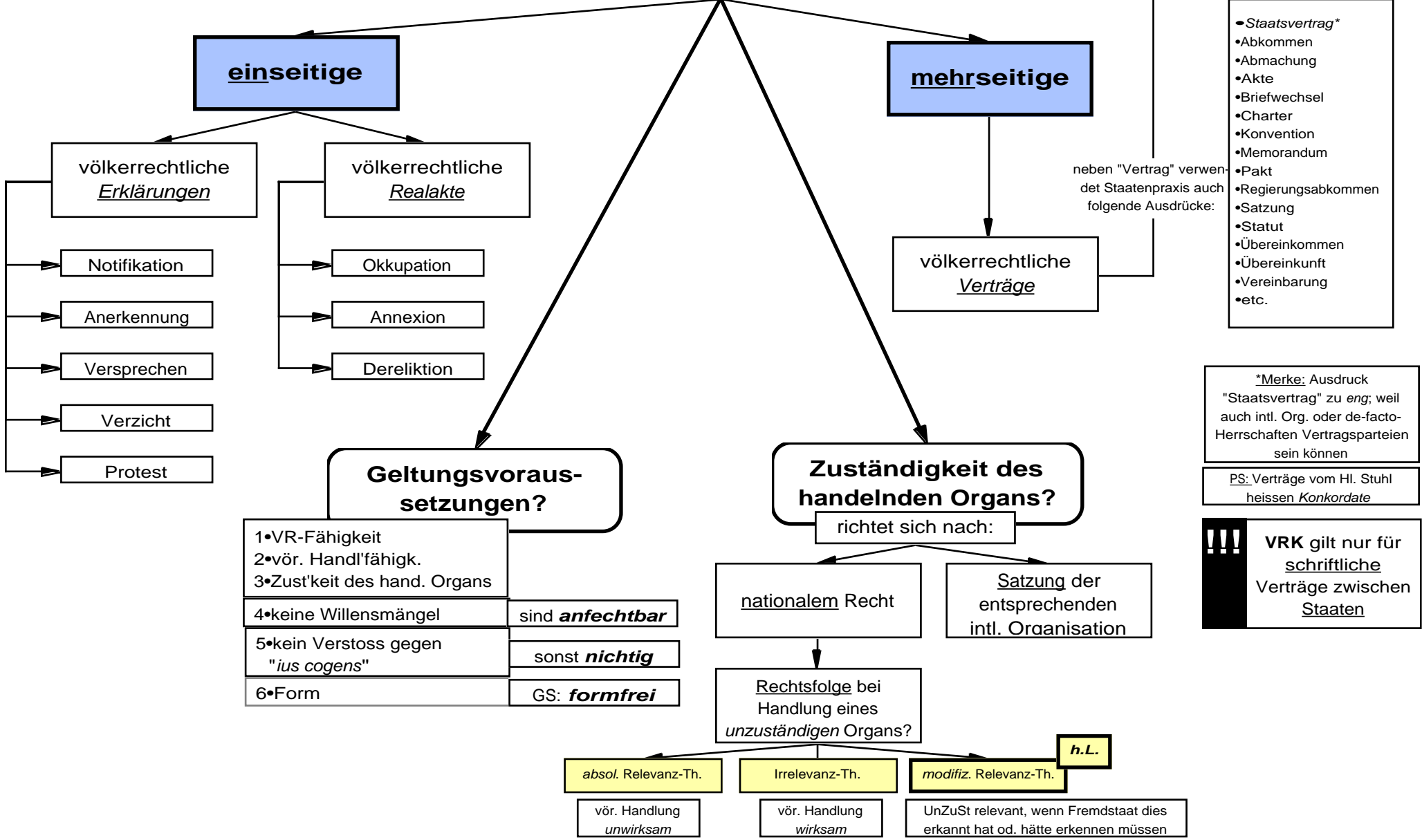
- Welche *Willensmängel* können *geltend gemacht* werden?
 - Art. 48 ff. VRK / Art. 46 VRK (modif. Relevanztheorie)
 - siehe Graphik bzgl. Rechtsfolgen (Anfechtbarkeit & Nichtigkeit)
- Welche Rechtsfolge hat Verstoss gegen vör. *ius cogens*?
 - Art. 53 VRK -> *Nichtigkeit*
 - Art. 64 VRK
 - Entsteht neue (zwingende) Norm des allg. VR, wird jeder zu dieser **neuen** Norm widersprechende Vertrag nichtig und erlischt

F) Beendigung völkerrechtlicher Verträge

- Wie werden Verträge beendet?
 - durch:
 - > *Erfüllung*
 - > *Zeitablauf*
 - > *Kündigung* (falls K'klausel oder -grund vorhanden)
 - > *einverständliche Aufhebung*
 - > *Untergang* eines Vertragspartners
 - > *Unmöglichkeit* der Vertragserfüllung
 - > *Clausula Rebus Sic Stantibus*
- Was sind Auswirkungen eines Kriegsausbruchs zw. Vertragspartner auf deren Verträge?
 - abhängig von *Vertragsinhalt*
 - a) *hochpolitische* Verträge, die wesensgemäss *mit Kriegsfall unvereinbar* sind werden
 - beendet**
 - b) Verträge, die *für Kriegsfall* geschlossen sind,
 - bleiben in Kraft**
 - c) *Unpolitische* Verträge, die weder unter a) noch b) fallen:
 - bleiben in Kraft**, werden aber **suspendiert**
 - >Wiederanwendung erfolgt durch Vereinbarung
- Was ist die *Suspendierung* von Verträgen?
 - ist **keine Beendigung**
 - ist *teilweise* oder *ganze* **Ausserkraftsetzung (Suspendierung)**
 - > V. wird *aufrechterhalten*, aber Leistungen *zurückbehalten*
- Wie darf Staat auf *erhebliche Vertragsverletzung* reagieren bei bilateralem Vertrag?
 - *teilweise* oder *ganze* **Ausserkraftsetzung (Suspendierung)**
 - Art. 60 VRK
- Gibt es im VR eine *CLAUSULA REBUS SIC STANTIBUS*?
 - JA: (aber grundsätzlich gilt: *PACTA SUNT SERVANDA*)
 - Zulässig wenn:
 - > Geschäftsgrundlagen *nachträglich* wegfallen
 - > diese *wesentlich* sind
 - > *Wandel unvorhersehbar*
 - Art. 62 VRK
 - Rechtsfolge: Suspendierung, Beendigung (Ausn.), Rücktritt (Ausn.)

5 Völkerrechtl. Rechtsgeschäfte

Völkerrechtliche Handlungen (Hoheitsakte)



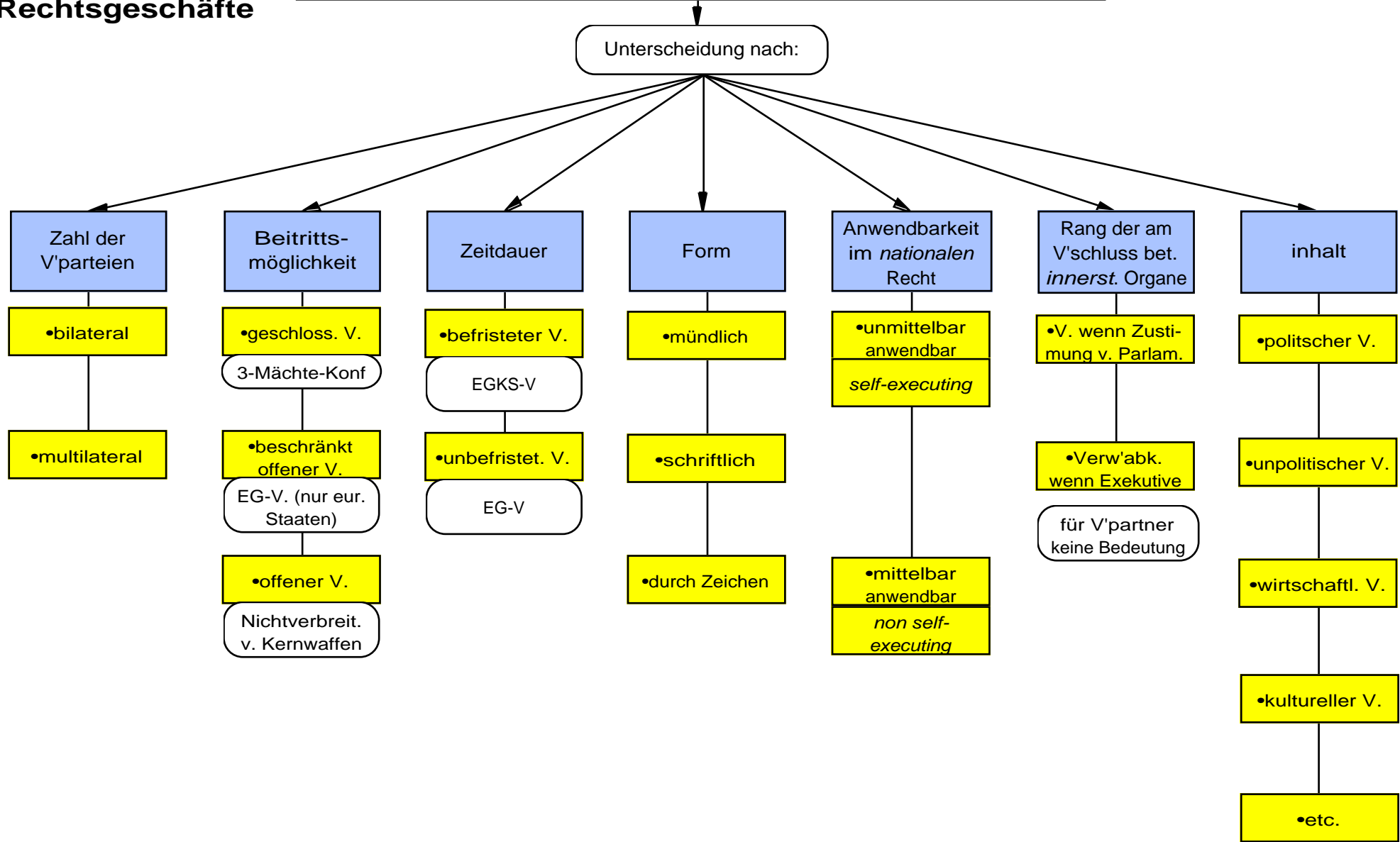
*Merke: Ausdruck "Staatsvertrag" zu eng; weil auch intl. Org. oder de-facto-Herrschaften Vertragsparteien sein können

PS: Verträge vom HI. Stuhl heissen Konkordate

!!! VRK gilt nur für schriftliche Verträge zwischen Staaten

h.L.

Arten völkerrechtlicher Verträge



A) Unrecht

- Was ist ein völkerrechtliches Delikt?
 - (zur Begriffsabgrenzung siehe unten)
 - Das von einem VR-Subjekt (Delikts **subjekt**) gegen anderes VR-Subjekt (Delikts **objekt**) begangenes völkerrechtswidriges Verhalten durch das ein völkerrechtlich geschütztes Rechtsgut des Delikts **objektes** verletzt und ihm Schaden zugefügt werden.
- Welches Verhalten sind völkerrechtswidrig?
 - Verletzung des Gewaltverbot
 - Verletzung des Nichteinmischungs-Prinzip
 - Verletzung der Gebietshoheit
 - u.a.
- Woraus ergeben sich diese Verhaltensweisen?
 - aus den vör. Rechtsquellen
- Von welchen Begriffen ist das „völkerrechtliche Delikt“ abzugrenzen?
 - ILC** unterscheidet (Art. 19) völkerrechtliche Delikte in:
 - a) International **Delicts** -> intl. Delikte (durch **VR-Subjekte**)
 - = normale VR-Verletzungen
 - b) International **Crimes** -> intl. Verbrechen (durch **VR-Subjekte**)
 - = schwere VR-Verletzungen
 - > sind Pflichtverletzungen, die zum Schutz der wesentlichen Interesse der ganzen Staatengemeinschaft „erga omnes“ bestehen
 - > schwere Friedensverletzung (Aggressionen)
 - > schwere Verletzungen des Selbstbestrecht durch Kolonialherrschaft
 - > schwere Menschenrechtsverletzungen
 - Sklaverei
 - Völkermord
 - Apartheid
 - (schwere) Umweltverschmutzungen
- Begriffsabgrenzung vom völkerrechtlichem Delikt
 - a) „Delikte gegen das Völkerrecht“
 - > sind die nach nationalem Strafrecht strafbaren Handlungen gegen fremde Staaten/Organisationen
 - b) „Delicta Iuris Gentium“
 - > sind Straftaten, die gegen Interessen der gesamten VR-Gemeinschaft verstossen.
 - > Bestrafung folg nach nationalem Strafrecht, wobei das UNIVERSALITÄTSPRINZIP gilt; (Bestrafung unabhängig von Staatsangehörigkeit & Begehungsort)
 - > Falschmünzerei
 - > Rauschgifthandel
 - > Flugzeugentführung

-c) „Völkerrechtliche Verbrechen“

-> Strafbarkeit **direkt aus Völker**(Straf)recht.
(Intl. Criminal Law)

-> Rechtsfolge: *Bestrafung* des Täters (**Einzelmensch**!!!!!!!)

!-> Diese Verbrechen sind abzugrenzen von **ILC**-Entwurf:

-> denn dieser Entwurf regelt Verantwortlichkeit von Staaten (also VR-Subjekte).

-> Rechtsfolge: staatl. *Wiedergutmachungspflicht*

-Welches sind die *Voraussetzungen* für eine VR-Widrigkeit ?

-1) *Verletzung* einer VR-Norm des:

-> Vertragsrecht

-> Gewohnheitsrecht

-> allg. Rechtsgrundsätze

-2) kein vör. *RF*-Grund

-PS: Verstoss gegen *Courtoisie* ist kein vör. Delikt

-vör'widriges Verhalten ist:

-> Tun *oder*

-> Unterlassung (dann Delikt wenn R'pflicht zum Handeln besteht)

-Bsp: *US-Botschaft in TEHERAN*

IRAN hätte Rechtspflicht gehabt, gegen „Studenten“ die Sicherheitskräfte einzusetzen, *unterliess* es jedoch.

-> Art. 22 Abs. 2 *Wiener Übereink. über dipl. Beziehungen*
(SR 0.103.01)

-Welches sind die vör. *Rechtfertigungsgründe*

-> Einwilligung des Verletzten (Staat erlaubt Truppendurchmarsch)

-> erlaubte Selbsthilfe (z.B. Repressalie)

-> höhere Gewalt

-> Zufall

-> Notwehr (z.B. gewalts. Abwehr eines Truppendurchmarsches)

-> Notstand (vgl. *US-Schiff NEPTUNE*)

-> Massnahmen kollektiver Selbstverteidigung & UN-Sanktionen
(Art. 39 ff. *UN-CHARTA*)

-Was war im Fall des *US-Schiffes NEPTUN* zu entscheiden?

Napoleon verhängte *Kontinentalsperre*. **GB** drohte eine *Hungersnot*. **GB** beschlagnahmten Ladung des **US**-Schiffes *NEPTUNE*.

GB berief sich auf Notstand.

Schiedskommission *verwarf* diesen Einwand; (-> **GB** hätte andere Möglichkeiten gehabt).

ABER: „...ein solcher Eingriff wäre als NS-Handlung entschuldbar, wenn Not unverschuldet, dringend und unmittelbar wäre und keine anderen Abwehrmittel zur Verfügung stehen.

-Welches ist die *Rechtsfolge* eines vör. Delikts?

-Pflicht zur Wiedergutmachung

B) Wiedergutmachung

-Wie erfolgt Wiedergutmachung?

a) SCHADENSERSATZ bei Vermögensschaden:

-> *Naturalrestitution*

-> *Ersatz des Schadens*.....(=Damnum Emergens)

-> *E. des entgangenen Gewinns*....(=Lucrum Cessans)

b) GENUGTUUNG bei immateriellem Schaden

-> *förmliche Feststellung des Unrechts*

-> *offizielle Entschuldigung* („Ausdruck des Bedauerns“)

-> *innerstaatliche Bestrafung des/der Schuldigen*

-> (u.U. *Geldsumme*)

Bsp: „*Sühnemission*“ v. Prinz Chun 1900 nach Boxeraufstand

Merke: wird Privatperson VR-widrig geschädigt, steht Wiedergutmachungsanspruch nur dem Heimatstaat zu, der für seinen Staatsangehörigen den diplomat. Schutz übernimmt.

-> *Geschädigter Private hat keinen selbständigen Anspruch*

-Welches sind die *Rechtsquellen* für die völkerrechtliche Haftung?

-Hintergrund: Es gibt noch keine Konvention über die Staatenverantwortlichkeit.

-> **ILC** (= VR-Kommission der Vereinten Nationen) hat aber Entwurf vorgelegt.

- deshalb entnimmt man die *Haftungsregeln* dem:

-> VGR

-> allgemeinen Rechtsgrundsätzen

-> vör. Verträgen (vereinzelt)

-Welches sind die *Voraussetzungen* für die Haftung?

-kumulativ:

->a) vör. *Delikt* (R'verletzung)

->b) *materiellen* und/oder *immateriellen Schaden*

->c) *Kausalzusammenhang* zwischen a) und b)

->d) einem *VR-Subjekt* zurechenbares deliktisches Verhalten

-Zurechenbarkeit

-Haftung für Staatsorgane

-Haftung für Private (u.U.) -> *US-Botschaft TEHERAN*

-*Verschuldenshaftung*

-*Kausalhaftung*

-Welche *Theorien* gibt es zum Kausalzusammenhang?

-Hintergrund: **delikt. Verh. muss für Sch' Eintritt kausal sein**

-> *Theorien* regeln Frage, wann deliktisches Verhalten als *Schadensursache* zu werten ist

-Äquivalenztheorie -> jede Bedingung, die nicht *conditio sine qua non* ist, ist für Schaden kausal

-Adäquanztheorie -> eine Ursache nur *kausal*, wenn *nach dem gewöhnlichen L.der Dinge und der allg. L'erfahrung* ein solcher Schaden eintreten musste

-Merke: VR bestimmt keine Theorie. R'sprechung neigt zu Ad'qu-Th.

- Für *welche* Personen haftet der Staat?
 - Jeder Staat haftet für Akte der **Staatsorgane**
 - > Akte der *Gesetzgebung*
 - > Akte der *Regierung*
 - > Akte der *Verwaltung*
 - > Akte der *Rechtsprechung*
 - > Akte der *Armee*
 - > Akte der *Gliedstaaten*
 - vör. Haftung richtet sich nach vör. Normen
 - > Verletzung innerstaatl. Normen spielt keine Rolle (etwa Beamtenhaftungsrecht)
 - Umstritten ist Frage einer Haftung bei *Kompetenzüberschreitung* der Organe (*ultra vires*)
 - > ist sie *offensichtlich*, tritt vör. Haftung nur unter Blickwinkel der allfälligen Haftung für Privatpersonen ein
 - Haftung für **Privatpersonen**?
 - > Ja, wenn Staat eine VR-Pflicht zum Handeln durch *Unterlassung* verletzt
 - Bsp: Staaten sind verpflichtet Schädigung von Ausländern zu *verhindern* oder die Schuldigen zu bestrafen (-> PREVENT or PUNISH)
 - > diese Verpflichtung muss der Staat mit *DUE DILLIGENCE* (-> *Erforderliche Sorgfalt*)
 - FAZIT: nach **h.L.** muss Pflichtverletzung verschuldet sein!
 - PS: *ausnahmsweise* haftet Staat unmittelbar für Schäden von Privatpersonen
 - > Bsp. *Weltraumvertrag, Weltraumhaftungs-V.*
- Gilt *Verschuldenshaftung* oder *Kausalhaftung*?
 - Verschuldenshaftung* (= Schuldhaftung)
 - > Staat haftet nur für *vorsätzlich* oder *fahrlässig* verursachten Schaden
 - Kausalhaftung* (= Erfolgshaftung)
 - > blosser Schadenseintritt (Erfolg) bewirkt Verantwortlichkeit
 - aktuelle *Staatenpraxis*: keine Regel
 - > **aber**: bei bes. *risikobehaftetes staatl. Handeln* (*Ultra Hazardous Activities*) gilt nach Gew'R die Kausalhaftung z.T. auch vertraglich festgelegt.
 - Bsp. *Weltraumhaftungsvertrag*
- Wann tritt *Verjährung* ein?
 - im VR nicht geregelt
 - Verjährung ist *allgemeiner Rechtsgrundsatz*
 - > es gilt (im Gegensatz zu ntl. Recht) keine starre Frist
 - Regelung in Verträgen selten
 - > Bsp. *Konvention über Nichtverjährung aller Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit*

A) Rechte und Pflichten der Staaten**Rechte**

- Welches sind die *völkerrechtlichen Grundrechte* der Staaten?
 - Hintergrund: VR gewährt Staaten bestimmte Rechtspositionen
 - > sonst wäre Existenz von souveränen Staaten unmöglich
 - > sonst gäbe es kein friedliches Zusammenleben
 - Recht auf *politische Unabhängigkeit*
 - > R. auf Respektierung der Souveränität
 - > R. auf innere Gleichheit der Staaten
 - > R. auf innere Selbstgestaltung
 - > R. auf Immunität
 - Recht auf Achtung der *Gebietshoheit*
 - Recht auf *Ehre*
 - Recht auf *Verkehr*
 - > Merke: Verletzung eines vör. Grundrechts ist vör. Delikt

Vör. Grundsätze über das Zusammenleben der Staaten

- Wo sind diese *Grundsätze* enthalten?
 - in *UN-CHARTA*
 - > vgl. auch Präambel *VRK*
 - > vgl. auch *Declaration on Principles of Intl. Law concerning Friendly Relations and Co-Operations among States in Accordance with the UN-Charter* (24.10.1970; sog. Prinzipien-deklaration)
 - GS der *Gleichberechtigung* und *Selbstbestimmung* der Völker
 - GS der *souveränen Gleichheit* und *Unabhängigkeit* der Staaten
 - GS der *Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten*
- Was bedeutet *staatliche Souveränität*?
 - *uneingeschränkte Hoheitsgewalt gegen aussen & innen*
 - > ≠ absolute Handl'freiheit.
 - > nach Theorie der *relativen Souveränität* ist Freiheit insofern eingeschränkt, als GS der *Gleichberechtigung* gilt
- Wie können sich Staaten *binden*?
 - durch *Rechtsgeschäft* (-> 1- oder 2-seitig)
- Was bewirkt die Bindung?
 - eine *Einschränkung der Handlungsfähigkeit*
 - Merke: übermässige Bindung ist VR-widrig
 - > gilt, wenn auf solche Verträge vör. Regeln nicht angewendet werden
 - > Möglichkeit der *Auflösung durch späteren Vertrag*
 - > Regel der *Clausula Rebus Sic Stantibus*
 - > *Marionettenstaat* (= Staat der sich übermässig bindet) gibt Souv. auf und verliert R'stellung eines souv. Staates
- Was beinhaltet *Recht auf Respektierung der Souveränität*?
 - Möglichkeit sich mit vör. erlaubten Mitteln gegen fremde Einmisch. in innere od. äusser Angelegenheiten zu wehren
 - > *Protest, Verhandlungen, Klage etc.*

- Was beinhaltet das *Recht auf souveräne Gleichheit* ?
 - Hintergrund: UN-Organisation baut auf GS der souv. Gleichheit auf
 - > Art. 2 Abs. 1 *UN-CHARTA*
 - > ist auch GS des VGR
 - gemeint ist formelle Gleichheit; d.h. kein Staat ist einem andern formell *untergeordnet/übergeordnet*
 - Merke: materiell können Staaten nicht gleichgestellt sein
 - > denn tats. Unterschiede (Grösse, Macht, Bevölk'zahl) sind zu verschieden
 - GS der *souv. Gleichheit* erlaubt, dass Stimmen verschieden gewichtet werden (-> etwa in intl. Organisationen)
 - > *Stimmenwägung* ist somit *zulässig* & oft auch *sinnvoll*
 - > Bsp. die *5 ständigen M'gl.* haben Vetorecht (in Fragen, die nicht Verfahren betreffen); Art. 27 Abs. 3 *UN-CHARTA*
 - PS: auch EG kennt Stimmenwägung (Art. 148 Abs. 2 EG-V)
- Was beinhaltet das *Recht auf innere Selbstgestaltung*?
 - Jeder Staat hat *unentziehbares* Recht, sein *politisches, wirtschaftliches, soziales* und *kulturelles* System *ohne Einmischung* zu wählen
- Was beinhaltet das *Recht auf Immunität*?
 - Recht eines Staates (und seiner Hoheitsträger) sich wegen ihrer Handlungen *nicht von Instanzen anderer Staaten zur Verantwortung* ziehen lassen zu müssen
 - Merke: Prinzip der I. wird meist auf GS der souveränen Gleichheit gestützt.
 - > Es wird also abgeleitet, dass *Gleichrangige nicht übereinander zu Gericht* sitzen können (*Par In Parem Non Habet Iudicium*)
 - > (Es bleibt Staat aber frei sich Gerichtsbarkeit eines anderen Staates zu unterwerfen)
- Wer kann sich auf Immunität berufen?
 - Es sind die folgenden *Subjekte*:
 - > *Staat* selbst
 - > fremde *Staatsoberhäupter*, die sich offen als Hoheitsträger des fremden Staates zu erkennen geben
 - > fremde *Staatsorgane*, die sich offen als Hoheitsträger des fremden Staates zu erkennen geben
 - Abgrenzung: Staatenimmunität ≠ Immunität von *Personen*
 - > diese *Personen* haben best. *Vorrechte & Befreiungen*, die man auch *Immunität* nennt.
 - (*Diplomaten, Konsuln, Beamte intl. Organisationen*)
- Welche Handlungen* sind vom Grundsatz der Immunität gedeckt?
 - Hintergrund: **bis 1. WK** galt GS der absoluten Immunität.
 - > Staat unterstand niemals fremder Gerichtsbarkeit
 - Heute gilt** die relative Immunität. Diese *unterscheidet*:
 - a)-> *Hoheitsakte (Acta Iure Imperii)* --> es gilt VR
 - b)-> *Nicht-Hoheitsakte (Acta Iure Gestiones)* --> es gilt PR

- Merke: Mit dem GS der relativen Immunität stellt sich *Problem* der *Abgrenzung* und *Zuordnung* konkreter Handlungen unter a) oder unter b).
 - >man stellt deshalb auf Natur der Handlung ab
(= *funktionale Betrachtungsweise*); massgebend ist Rechtsordnung des Gerichtsstaates (LEX FORI)
- Ein Versuch, die Abgrenzung *Acta Iure Imp.* <--> *A. I. Gest.* durch Vereinbarung zu regeln ist das Europ. Übereinkommen über die St'Immunität (SR. 273.01)
 - >aber: nur *wenige* Staaten des Europarats beigetreten (*B/D/GB/Guernsey, Jersey, I. Man/LUX/NL/A/CH/ZYPERN*)
- Ist die *Arrestierung* von Vermögen fremder Staaten in der CH *zulässig*?
 - Zu prüfen sind:
 - > Voraussetzungen SchKG
 - > Leitet sich Forderung aus Handlung *A.I.Imp.* oder *A.I.Gest.* ab?
 - > Hat staatl. kontrollierte Organisation, die nach Recht ihres Sitzes *eigene R'persönlichkeit* besitzt, staatl. Immunität?
 - > Hat streitige Forderung *genügende Binnenbeziehung* zur CH?
 - > Sind Arrestgegenstände *für eine dem fremden Staat als Träger öffentlicher Gewalt* obliegende Aufgabe bestimmt?
 - Bsp: *CENTRO D'ESPANA-Fall* (-> siehe KÄLIN-Skript)
- Was versteht man unter *ACT-OF-STATE*-Doktrin?
 - es geht um Frage, ob *nationale Gerichte Hoheitsakte fremder Staaten (vorfrageweise)* auf ihre *Rechtmässigkeit* prüfen kann.
 - > kann vör. als *Immunitätsproblem* verstanden werden
 - > im Kern jedoch Frage des nationalen Verfassungsrechts!!
 - > Bsp. in **USA** lag Beurteilung der Aussenpolitik bis 1972 bei Exekutive (-> Gerichte durften nicht über Anerkennung fremder Hoheitsakte urteilen)
 - > seit 1972 ist *ACT-OF-STATE*-Doktrin grunds. OK!
 - Ausnahme nur wenn Exekutive sie aus aussenpolitischen Gründen nicht als zulässig erachtet
 - > **andere Staaten** überlassen dies ihrer ntl. Gerichtsbarkeit
- Welche staatl. Handlungen *verletzen Gebietshoheit* eines andern Staats?
 - Hintergrund: Gebietshoheit bedeutet:
 - > alleiniges Recht eines Staates, *auf seinem Gebiet* tätig zu sein. (*TERRITORALITÄTSPRINZIP*)
 - völkerrechtswindrig* sind zB:
 - > *Zustellung von Urteilen* ohne Zustimmung des zuständ. St.
 - > *Zeugenvernehmung* ohne Zustimmung des zuständ. Staats
 - > Physisches Einwirken auf fremdes Staatsgebiet
 - v.a. *UMWELTEINGRIFFE* wie etwa:
 - > *Luft- u. Wasserverschmutzung, Atomversuche*
 - > PS: man spricht auch von vör. Nachbarrecht

- Bsp. *TRAIL SMELTER-Fall (USA vs. KANADA)*¹
von **kanad.** Boden ausgehende, sich auf **USA-Territorium** auswirkende Schäden durch *Schwefeldioxid*
Schiedsgericht entschied, dass **KANADA** für Schäden aufkommen muss
- PS: Die traditionellen Regeln des *vör. Nachbarrechts* sind nur beschränkt tauglich zur Lösung der globalen Umweltprobleme.
-> deshalb wird *umfassender vör. Umweltschutz angestrebt*, um nat. L'grundlage der Menschen *global* zu sichern
- Was beinhaltet(e) das *Recht auf Ehre*?
 - klassisches** VR bot seinen R'subj. Schutz gegen Verletzung der
-> Ehre; (insbes. Ehre des *Staates*),
-*Staatsoberhaupt*,
-*Regierung*,
-staatliche *Hoheitszeichen* (Wappen, Fahnen, U'form)
-*andere Staatssymbole* (etwa Nationalhymne),
vor *Beleidigungen* und anderen *Verunglimpfungen*
-> ein Staat, der *solche Ehrverletzungen vornimmt* oder *nicht unterbindet* handelt völkerrechtswidrig
 - im **modernen** VR hat Ehre eingeschränkte Bedeutung.
-> Grund: *Presse-, Meinungs-, Demonstrationsfreiheit, psychologische „Kriegsführung“*
-> deshalb sind *Ehrverletzungen* meist keine Rechtsverletzungen, sondern Verstöße gegen Courtoisie und somit *unfreundliche Akte*
- Was beinhaltet *Recht auf Verkehr*?
 - Hintergrund: Ein Minimum an gegenseitigem *Verkehr und Austausch* zw. den VR-Subjekten gehört zum Wesen des VR
-> vollst. Kontaktlosigkeit wäre folglich *völkerrechtswidrig*
 - Merke: Weitere Rechte oder Pflichten können aus dem *Recht auf Verkehr* nicht abgeleitet werden.
-> zB: Pflicht des eigenen Landes *zur Öffnung für den intl. Personen-, Informations- oder Warenverkehr*
-> Intl. Verkehr ist aber Gegenstand von vielen *bilateralen* od. *multilateralen* Übereinkommen
-> enthalten weitgehende Gebote der Kooperation zwischen den Vertragsstaaten

¹ siehe auch Kapitel 19 „Umweltschutzrecht“.

Pflichten (Grund-Pfl.)

- Welches sind die völkerrechtlichen *Grundpflichten* der Staaten?
 - Hintergrund: *Grundpflichten* sind jene *Rechtsverpflichtungen*, ohne welche ein friedliches Zusammenleben nicht möglich ist
 - a) *Verbot der Androhung & Anwendung von Gewalt*
(GEWALTVERBOT) -> gehört zu **ius Cogens**
-> Art. 2 Ziff. 4 UN-CHARTA ist **ius Cogens**
 - b) *Einmischungsverbot* (PFLICHT DER NICHEINMISCHUNG)
 - c) *Pflicht, Streitigkeiten durch friedliche Mittel zu lösen*
-> Art. 2 Ziff. 3 UN-CHARTA
-> (diese Pflicht folgt Grundsätzen des VR & der Gerechtigkeit)
 - d) *Diskriminierungsverbot*
 - (-e) *Pflicht zur Zusammenarbeit* (einzelne Autoren))
- Was beinhaltet das Gewaltverbot? (Art. 2 Ziff. 4 UN-CHARTA)
 - Keine Androhung/Gewaltanwendung, die gegen *territor. od. polit. Unabhängigkeit* eines Staates gerichtet ist
 - oder mit Zielen der UN nicht vereinbar ist
 - Merke: *BRESCHNEW-Doktrin* und *JOHNSON-Doktrin* sind lediglich als Rechtfertigungsversuche zu betrachten, welche das Gewaltverbot *relativieren* sollten
-> beide Operationen (Einmarsch in **CSSR**; Intervention in **Granada**) verletzen das *Gewaltverbot*
 - im innerstaatl. Bereich wirkt sich *vör. Gewaltverbot* grundsätzlich nicht aus
-> Ausnahmen: • *humanitäres VR*; • *persönliche Immunitäten*
- Was bedeutet *Einmischungsverbot*?
 - Merke: Es ist quasi *Spiegelbild* des *Rechts auf Souveränität*
 - geht weiter als Gewaltverbot
-> schützt alle Bereiche, in denen ein Staat ausschliesslich zuständig ist
-> Aber: diese Bereiche sind nach vör. Kriterien abzugrenzen ->(also nicht durch Staat selber)
 - zwangsweise* Einmischung = *INTERVENTION*
-> Merke: unglückliche Begriffswahl, da *Intervention* auch auch *zulässiges Tätigwerden* bezeichnet
-> Ausübung des diplom. Schutzes von Staatsangeh.
 - MONROE-Doktrin* (1823) -> USA erklären jeden Versuch Europas, seinen Einfluss auf amerikanische Hemisphäre auszudehnen, als *unfreundlichen Akt* zu werten.
Gleichzeitig erklärten die USA, sich nicht in europ. Verhältnisse oder in bestehende Kolonien einzumischen
- Besteht das *Einmischungsverbot* für *dritte Staaten* auch für einen *Bürgerkrieg*?
 - Lehre**: fordert Verbot *jeder Art von Unterstützung* aller beteiligten Parteien

-Staatenpraxis: GS der Nichteinmisch. (noch) *nicht durchgesetzt*

- Merke: Bürgerkrieg
 - > ≠ *lokale Unruhen*
 - > ≠ *bewaffnete Konflikte zwischen politischen Gruppen, die durch intl. Demarkationslinie getrennt sind*
 - > ≠ *Entkolonialisierungskonflikte*
- Was besagt das *Diskriminierungsverbot*?
 - Hintergrund: Generell ist es Staaten *freigestellt*, wie sie ihre Beziehungen zu anderen Staaten gestalten wollen
 - > *vör.* ist es somit *zulässig*, Staaten verschieden zu *behandeln* (• Staat und • Staatsangehörige)
 - Grenzen der *Zulässigkeit* bildet das *Diskriminierungsverbot*
 - > Es ist verboten, Staat(en) und Staatsangehörige willkürlich und rechtsmissbräuchlich schlechter zu stellen
 - > Behandlung darf nicht unter *Mindeststandard* sinken
 - Bsp: **Kuba** verstieß gegen D-Verbot, als es in **USA**-Eigentum stehende *Zuckergesellschaften enteignete*, um so einen Vergeltungsschlag gegen die US-Zuckerpolitik zu führen.

B) Zuständigkeit und Herrschaftsbereich der Staaten

- Welche *Punkte* regeln die *Grundsätze zur Zuständigkeit der Staaten*?
 - diese *völkergewohnheitsrechtlichen* Grundsätze regeln, wie der Geltungsbereich der staatl. Rechtsordnung in sachlicher Hinsicht beschaffen ist; also:
 - > *Wann* ist der Staat zur *Regelung einer Materie zuständig*
 - > *In welchen Fällen* darf er bestimmte Regeln *durchsetzen*
 - 5 Prinzipien** werden durch staatliche Zuständigkeit begründet
 - > aktives Personalitätsprinzip (GS der Personalhoheit)
 - Staat ist befugt gegenüber seinen Staatsangehörigen (und jur. Personen, deren rechtlicher Bestand an der Rechtsordnung des betreffenden Staates anknüpft) die *Herrschaftsgewalt* auszuüben.
 - Art. 6 Ziff. 1 StGB
 - > Territorialitätsprinzip
 - Staat ist befugt zur Rechtssetzung und -anwendung gegenüber Personen in seinem Territorium
 - Art. 3 Ziff. 1 StGB
 - > Schutzprinzip
 - bestraft „Verbrechen oder Vergehen gegen den Staat im Ausland“ (etwa *verbotener Nachrichtendienst*) (Zuständigkeit darf nicht zu exterritorialer Jurisdiktion oder Einmischung führen)
 - Art. 4 Ziff. 1 StGB

-> *Universalitätsprinzip* (Weltrechtsprinzip)
-bestraft die *DELICTA IURIS GENTIUM* nach dem nationalem Strafrecht

- Art. 6bis StGB (etwa Luftpiraterie)

-> *passives Personalitätsprinzip*

-bestraft „*Verbrechen oder Vergehen gegen Schweizer im Ausland*“

-> dies, wenn Täter ausgeliefert wird oder schon in CH ist

- Art. 5 Abs. 1 StGB

-Beachte: Keine Anerkennung in **F** und im **A'sächs. R.**

-Was war im LOTUS-Fall zu entscheiden?

-Auf hoher See kollidierte das **französisches** Schiff „LOTUS“ mit einem **türkischen** Dampfer. Auf **türkischer** Seite starben einige Menschen. In **Istanbul** wurde der **frz.** Kapitän verurteilt.

•F behauptete, dieses Urteil sei völkerrechtswidrig, weil das VR den Staaten nicht die Kompetenz gibt, ntl. Strafvorschriften auf *Terra Nullius* -Sachverhalte anzuwenden.-> **Türkei** sei also nicht zuständig, da Vorfall sich auf hoher See ereignete

•Türkei meinte, dass seine Zuständigkeit gegeben war (türkische Opfer), *solange auch keine VR-Verletzung bezüglich staatlicher Zuständigkeit vorliege.*

--> IGH führte aus: „...es besteht kein allgemeines Gebot, welches eine staatl. Zuständigkeit für Sachverhalte ausserhalb ihres Territorium ausschliesst.“

-> Verurteilung nicht völkerrechtswidrig!!!

-> **Heutige Rechtslage**

Bei Zusammenstoss auf hoher See ist für die Verfolgung des Kapitäns oder seiner Offiziere nur Flaggenstaat zuständig

Art. 11

1. Bei Schiffszusammenstößen und anderen mit der Führung eines Schiffes zusammenhängenden Ereignissen auf Hoher See, welche die strafrechtliche oder disziplinarische Verantwortlichkeit des Kapitäns oder einer sonstigen im Dienst des Schiffes stehenden Person nach sich ziehen könnten, darf eine strafrechtliche oder disziplinarische Verfolgung dieser Personen nur bei den Gerichts- oder Verwaltungsbehörden des Flaggenstaates oder des Staates eingeleitet werden, dessen Staatsangehörigkeit die Person besitzt.

-Was besagt das Verbot staatlicher Hoheitsakte auf *fremdem* Staatsgebiet?

-Hintergrund: Zu Hoheitsakten auf eigenem Staatsgebiet ist allein der betreffende Staat befugt.

-> staatl. Hoheitsakte auf fremdem Hoheitsgebiet sind verboten

-> *Entführung*

-> *Nacheile*

-> *Ermittlung*

-> *Zustellung gerichtlicher oder amtlicher Akten*

-> *Stimmabgabe*-Bsp. StGB (SR 311)**Art. 271 Verbotene Handlungen für einen fremden Staat**

1. Wer auf schweizerischem Gebiet ohne Bewilligung für einen fremden Staat Handlungen vornimmt, die einer Behörde oder einem Beamten zukommen, wer solche Handlungen für eine ausländische Partei oder eine andere Organisation des Auslandes vornimmt, wer solchen Handlungen Vorschub leistet, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

-Was ist die *Entführung*?-*Festnahme* und *Verschleppung* durch ausländische Organe oder private Helfer, die im Einvernehmen des fremden Staates handeln-nachhaltigste Verletzung staatlicher Souveränität-Bsp. *EICHMANN-Fall*-> 1960 von **israelischen** Agenten in **ARG** festgenommen und nach **ISR** entführt-Entführung war völkerrechtswidrig-EICHMANN-Verteidiger hielt Strafverfahren deshalb als *unzulässig*-**israel. Gericht** sagte: „...auch im Falle der völkerrechtswidrigen Entführung ist Verfolgung & Bestrafung zulässig...; -> denn, **R'widrigkeit einer Verhaftung begründet für Täter keinen Ablehnungsgrund** gegenüber Gericht; Verletzung von VR berühre nur die **betreffenen Staaten**“-Was ist die *Nacheile*?

-Verfolgung eines Täters über die Grenzen hinaus

-**bedeutungsvoll im internationalen Seerecht** (SR 0.747.305.12)**Art. 23**

1. Die Nacheile nach einem fremden Schiff kann vorgenommen werden, solange sich das fremde Schiff oder eines seiner Boote innerhalb der inneren Gewässer des Küstenmeeres oder der Anschlusszone des nacheilenden Staates befindet und darf ausserhalb des Küstenmeeres oder der Anschlusszone nur dann fortgesetzt werden, wenn sie nicht unterbrochen wurde.....

2. Das Recht der Nacheile endet, sobald das verfolgte Schiff das Küstenmeer seines eigenen oder eines dritten Staates erreicht hat.

3.

4. Das Recht der Nacheile darf nur von Kriegsschiffen oder Militärluftfahrzeugen oder anderen im Staatsdienst stehenden Schiffen oder Luftfahrzeugen ausgeübt werden, die hierzu besonders befugt sind.

-Was ist die *Ermittlung*?-Untersuchung bestimmter Sachverhalte durch *staatliche Organe*-> erfolgt sie auf fremdem Staatsgebiet, ist sie VR-widrig!-Bsp: **FRANZÖSISCHE Zöllner in der SCHWEIZ**Die Zöllner wollten von Schweizer Bank in Zürich Listen über private **frz.** Bankkonten.-> **Bezirksgericht Zürich** verurteilte sie wegen:-*verb. Handlung für fremden Staat*; -*wirtsch. N'dienst*;-*Verletzung des Banken-G.*

- Welche Fragen stellen sich bei *Zustellung amtl. Dokumente im Ausland?*
 - Hintergrund: -> In **anglo-amerik.** Staaten keine Amtshandlung
 - > In **A, CH, D** Amtshandlung
 - > Zustellung von Akten ist Verletzung der Gebiethoheit
- Welche Fragen stellen sich bei *Stimmabgabe im Ausland?*
 - IST sie völkerrechtswidrig?
 - > Merke: Aus VR (Vertrags- und Gewohnheitsrecht) sind **keine** Vorschriften oder Verpflichtungen ableitbar, welche die Stimmabgabe verbieten
 - > Regelung ist jedem Staat allein überlassen
 - > Bsp: **SCHWEIZ** erlaubt Ausländern nicht, an Abstimmungen & Wahlen ihres Heimatstaates teilzunehmen
- Was ist die *Staatenimmunität?*
 - Recht eines *Staates* und *seiner Organe*, sich für ihre Handlungen nicht vor Instanz eines anderen Staates verantworten zu müssen oder Vollzugshandlungen über sich ergehen zu lassen
- In welchem *Umfang* gilt die Staatenimmunität?
 - nur für **ACTA IURE IMPERII** (Hoheitsakte)
 - > für ACTA IURE GESTIONIS nicht
 - Bsp: BGE 82 I 75 **GRIECHENLAND** vs. *Bank JULIUS BÄR*
1962 gewährte **SCHWEDEN** dem **griechischen Königreich** ein *Darlehen*.
SCHWEDEN (Gläubiger) zedierte 1932 eine Teilforderung an die *JULIUS BÄR*.
1955 liess *JULIUS BÄR* alle Guthaben **Griechenlands** bei *Genfer Banken* verarrestieren.
-> **GR** erhob Beschwerde beim **BGer**.
• BGer erachtete Arrest als unzulässig
-> „... nicht jedes priv. Rechtsverhältnis, das von einem fremden Staat eingegangen wurde, kann zu Prozessvorkehrungen in der Schweiz führen. Erforderlich ist eine Beziehung zwischen Streitgegenstand und dem schweizerischen Hoheitsgebiet. WEIL DAS DARLEHEN NICHT IN DER SCHWEIZ BEGRÜNDET WURDE UND DER SCHULDNER (GR) KEINE HANDLUNGEN VORGENOMMEN HAT, DIE IN DER SCHWEIZ EINEN VOLLZUGSORT BEGRÜNDEN, FEHLTE ES AN EINER ANKNÜPFUNG“
- Können sich *juristische Personen* auf Staatenimmunität berufen?
 - hängt von Natur der *Rechtshandlung* ab
 - > ob also ein Unternehmen Imm. genießt, hängt nicht davon ab, ob es ein *Staatsunternehmen* oder eine *iuristische P.* des öffentl. Rechts oder des Privatrechts handelt

-Bsp: BGE 110 Ia 43 E. 4b Ital. Bank vs. peruanische Bank
Eine **ital.** Bank liess in Zürich Guthaben der **peruanischen Nationalbank** verarrestieren.

-> **peruan.** Nationalbank erhob Beschwerde beim **BGer.**

• **BGer** versagte ihr Berufung auf völkerrechtliche Immunität

-> „... Parteien gingen davon aus, dass es sich bei den Bankgeschäften **nicht** um eine hoheitliche Tätigkeit handelte.

ES WÄRE UNBILLIG, WENN EINE FINANZIELL ENG MIT EINEM AUSLÄNDISCHEN STAAT VERBUNDENE BANK INTERNATIONALE MIT PRIVATRECHTLICH ORGANISIERTEN BANKEN BELIEBIG IN WETTBEWERB TRETEN DÜRFTE, SICH ABER GERICHTLICHEN UND VOLLSTRECKUNGSRECHTLICHEN FOLGEN UNTER BERUFUNG AUF IMMUNITÄT ENTZIEHEN KÖNNTE

C) Staatsgebiet

-Was ist das Staatsgebiet?

-es ist der von den Staatsgrenzen abgegrenzte Teil der Erdoberfläche, inkl. des darüber befindlichen Luftraums und des darunter befindlichen Erdinnern, über den ein Staat die territoriale Souveränität innehat.

-Merke: Staatsgebiet wird unterschieden in:

-> territoriale Souveränität

-> Gebietshoheit

-Was ist die territoriale Souveränität?

-ist das Recht, über das eigene Staatsgebiet endgültig zu verfügen

-> vergleichbar mit EIGENTUM an Sachen

-wichtigster Inhalt: Recht auf Ausübung der Gebietshoheit

-auch möglich an Ort, wo berechtigter Staat Gebietshoheit nicht ausüben kann

-Bsp: Militärisch besetzt Staat X den Staat Y.

-> Staat X hat Gebietshoheit („Besitz“)

-> Staat Y hat Territoriale Souveränität („Eigentum“)

-Was ist die Gebietshoheit?

-ist die Ausübung tatsächlicher Hoheitsgewalt über die in bestimmtem Gebiet befindliche Personen und Sachen.

-> vergleichbar mit privatrechtlichem BESITZ an Sachen

-ANMERKUNG:

-**Regelfall** -> 1 Staat hat: • terr. Souv. & • Geb'Hoh.

-**Sonderfall** -> fremde(r) Staat(en) haben • Geb'Hoh.

z.B. Alliiertes Kontrollrat für D (1945-1948)

-> terr. Souv. verkommt u.U. zu nudum ius

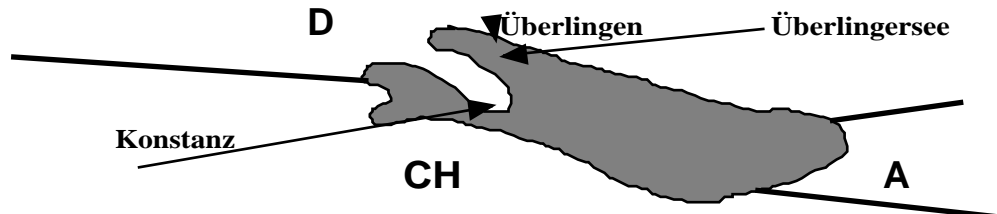
-**Sonderfall** -> 1 Staat überträgt vertraglich Teile der • Geb'Hoh.

z.B. Grenzbahnhöfe, milit. Stützpunkte, Zollanschlussgebiete

- Was ist die *Exterritorialität*?
 - Begriff *im Zusammenhang mit Immunität* (Unverletzlichkeit) von diplomatischen Missionen
 - Beachte:** Gelände einer fremden Botschaft im Empfangsstaat steht unter der *Gebietshoheit des Empfangsstaates*.
 - > Exterritorialität heisst in diesem Zusammenhang:
 - eingeschränkte **Rechtshoheit!!!**
- Was ist ein *Kondominium*?
 - bedeutet Gemeinherrschaft
 - > ist Gebiet, über das *mehrere Staaten* die territoriale Souveränität ausüben
 - Bsp: **ANDORRA**
 - > seit 1278 Co-Souveränität von **Spanien & Frankreich**
- Was ist ein *Koimperium*?
 - *Territoriale Souveränität* steht bei einem Staat
 - *Gebietshoheit* wird von mehreren Staaten ausgeübt
 - Bsp: **Tanger** (1924 - 1956)
 - (-> Sultan von Marokko hat *territ. Souv.* nie aufgegeben)
- Was ist ein *staatenloses Gebiet*?
 - sog. TERRA NULLIUS
 - an solchem Land gibt es (noch) keine territ. Souv. & keine Geb'Hoh.
 - Es ist davon auszugehen, dass in solchen Teilen jeder Staat Hoheitsakte vornehmen darf, *wo keine ausschliessliche Zuständigkeit eines anderen Staates* oder *keine einschränkende VR-Norm* besteht. -> LOTUS-Fall
 - heute nur **wenige** staatenlose Gebiete
 - > v.a. *Polarregionen*
 - > aber Rechtslage *umstritten* ---> siehe nächste Frage
- Wie ist die *Rechtslage in den Polarregionen*?
 - 1) Arktis (Nordpol)
 - Anliegerstaaten des *Nordpolarmeeres* beanspruchen denjenigen Sektor, der sich aus der *Verlängerung ihrer Staatsgrenzen zu Lande* bis hin zum Nordpol ergibt
 - > sog. Sektoretheorie
 - 2) Antarktis (Südpol)
 - 7 Staaten (AUS-ARG-CHI-GB-F-NZL-N)** beanspruchen Gebietsansprüche auf *verschieden grosse* Sektoren, die am Südpol zusammentreffen.
 - > alle Staate unternehmen einiges, ihre Sektoren auch *effektiv* zu besitzen.
 - *Unterhalt ständiger Siedlungen*
 - *Hoheitsakte* (z.B. Passkontrolle)
 - Antarktis-Vertrag (SR 0.121) regelt die Verwaltung (**AUS-ARG-CHI-GB-F-NZL-N**) & Konsultativparteien **B-J-S' afr. Union-Ex-Sow' union-N' IRLAND-USA**
 - > alle *territorialen Ansprüche* sind „eingefroren“
 - > Bestrebung, A. zu *heritage of Mankind* zu machen

- Was ist die *Funktion der Staatsgrenze*?
 - sie soll *Bereiche, für welche den Staaten territoriale Souveränität zusteht, abgrenzen*
 - Grenzen gibt es zwischen:
 - a) *Staaten*
 - b) *Staatsgebieten und staatsfreien Räumen*
- Wo verlaufen die Grenzlinien zu Lande?
 - Grenzen werden meist staatsvertraglich festgesetzt **Delimitation**
und mit Grenzsteinen/pfählen markiert **Demarkation**
- Wie geht man bei *Grenzstreitigkeiten* vor?
 - Hintergrund:
 - a)• primär sind Grenzlinien festgelegt durch:
 - > *Vertragsrecht* oder
 - > *1-seitige Anerkennung*
 - stillschweigend (-> sog. *AQUIESCENCE*)
 - ausdrücklich
 - b)• sekundär werden sie bestimmt durch das
 - > *Effektivitätsprinzip* (-> falls a) nicht gegeben))
 - c)• subsidiär ist auf *natürlichen Grenzverlauf* abzustellen
 - Bsp: *Preah Vihear-Tempel-Fall*
Gehört Tempel-Gebiet *kambodschanischem oder thailändischem* Territorium? Grenzvertrag 1904 sah Wasserscheidelinie als Grenze vor; deshalb - so Thailand - gehöre das auf seiner Seite der Wasserscheidelinie liegende Tempel-Gebiet zu thail. Territorium.
Die im Vertrag vorgesehene *G'bereinigung* war aber *nie vollendet* worden.
Auf Karte der Grenzbereinigungskommission war dieses Gebiet auf kambodschanischem Gebiet eingezeichnet worden. Thailand hat sie 1907 *offiziell* entgegengenommen. Rund 50 Jahre lang hat Thailand Gültigkeit der Karte *nie bestritten*; und sogar Exemplare dieser Karte unverändert nachgedruckt.
Da während diesen 50 Jahren keines der zwei Länder sich auf einen Irrtum bei Grenzziehung berufen hat, muss sich Thailand dieses Verhalten anrechnen lassen.
- Was sind *natürliche Grenzen*?
 - es sind Grenzlinien, *deren Verlauf in der Natur ersichtlich ist*
 - > *Wasserscheide* im Gebirge
 - > *Flussläufe*
 - > *Seen*
 - > *etc.*
 - VGR kennt viele Grenzregeln für *Flüsse, Flussbrücken, Seen und Gebirge*
- Wo verläuft die Grenze in einem *Grenzfluss*?
 - VGR unterscheidet:
 - > *schiffbare* Flüsse: Grenze auf Mittellinie
 - > nicht schiffbare Flüsse: Grenze auf Mitte der Schiffahrtsrinne

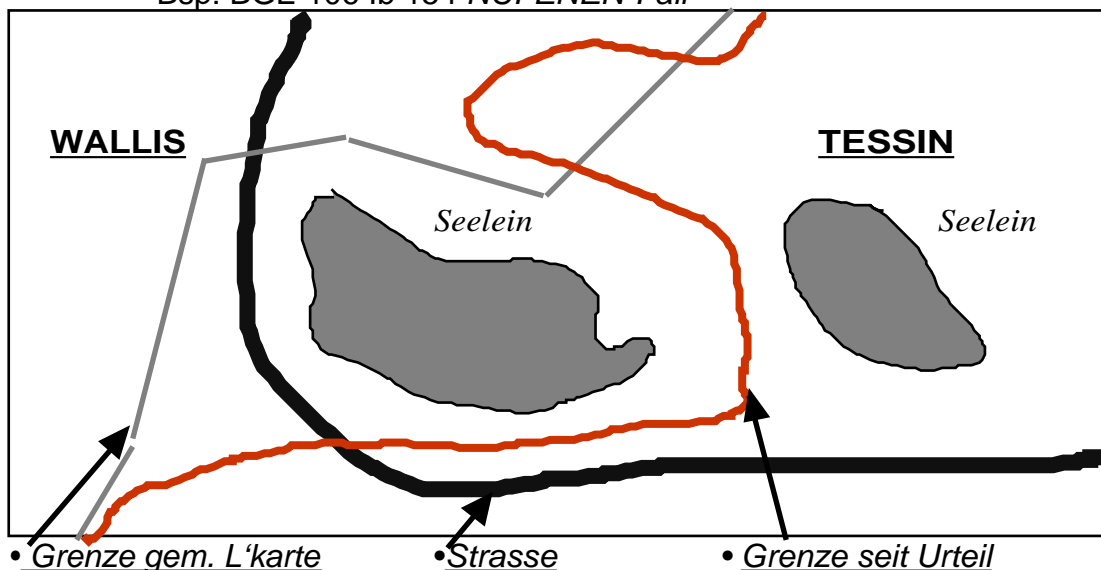
- PS: •Bei Grenzbrücken verläuft die Grenze durch die *Brückenmitte*
- Nutzung von Flüssen meistvertraglich geregelt
 - > BARCELONA-Abkommen (20.04.1921)
 - (SR 0.740.4 & 0.740.41)
- Wo verläuft die Grenze *im Bodensee*?



- Untersee -> zwischen **D** und **CH** entlang Mittellinie geteilt
- Überlingersee -> gehört zu **D**
- Obersee -> Grenzverlauf umstritten
 - > Position **CH**: GS der Realteilung entlang Mittellinie
 - > Position **A**: •Obersee ist *Kondominium* der *Uferstaaten*, nur •Halde bis 25-M-Tiefelinie gehört den Anrainern
 - > Position **D**: •keine der Ansichten festgelegt

-FAZIT & PRAXIS: Anreinerstaaten haben gewisse Nutzungen des Sees
 -Schifffahrt, -Fischerei, -Wasserentnahme
 -vertraglich ist Grenzfrage offengeblieben

- Wo verläuft die Grenze *im Gebirge*?
- keine** einheitliche Regelung durchgesetzt
 - > In Praxis bildet Wasserscheide oft die Staatsgrenze
- Bsp: BGE 106 Ib 154 NUFENEN-Fall



• Grenze gem. L'karte

• Strasse

• Grenze seit Urteil

- > **VS** und **TI** erbauten Strasse über NUFENEN-Pass (1965)
 - > Bund beteiligte sich an *Kosten*
- > **VS** bestritt (nach Bau der Strasse) Richtigkeit der L'karte
 - > berief sich auf *Anselmier-Karte von 1851*
- Frage war nun: Hat **VS** Grenzlinie gemäße L'karte durch langjährige Hinnahme konkludent anerkannt?
 - > **BGer** sah Tatbestand der *AQUIESCENCE als nicht erfüllt* ((gegenteilig *PREAH-VIHEAR-Fall*))
 - > hing damit zusammen, dass auch Bundesbeiträge in territorialem Zusammenhang gewährt wurde

-Also: • **innerstaatliche** Normen zur Grenzziehung **fehlten**
 -> deshalb Anwendung von **VR**

- **kein Vertrag** war nachweisbar
- **keine Anerkennung** war nachweisbar
- **keine Ersitzung** war nachweisbar
- **keine Hoheitsakte** waren nachweisbar

-> deshalb stellte **BGer subsidiär auf Bodengestalt** ab
 - **BGer** hielt fest, dass *im Gebirge das Kriterium der Wasserscheide der einzig praktikable Ansatz für die Festlegung der natürlichen Grenze war*

- Wie verlaufen die Grenzen *unterhalb* der Erdoberfläche?
 - senkrecht auf den unter Landgebiet befindlichen Untergrund
 - Grenze des Herrschaftsbereichs bildet die **technische** Nutzungsmöglichkeit

D) Veränderungen im Staatsgebiet

- Was bedeutet *Gebietserwerb*?
 - Die Vergrößerung des Staatsgebiets
 - > ist mit Erwerb der *territorialen Souv.* verbunden
 - > (sonst liegt kein Geb'erbwerb vor; vgl. Besetzung von *KUWEIT* durch den *IRAK*)
- Was sind die *Voraussetzungen* für den Gebietserwerb?
 - a)-**subjektives Element**:.....*offen hervortretende Erwerbsabsicht*
 - b)-**objektives Element**:*effektive Herrschaftsausübung*
 - > besonders wichtig (*EFFEKTIVITÄTSPRINZIP*)
 - c)-**plus**:*völkerrechtlicher Erwerbstitel*
- somit führt ANNEXION nicht zu Gebietserwerb
 - > verstösst ja gegen Gewaltverbot
 - > solche Gebietshoheit darf auch nicht anerkannt werden (sog. *STIMSON-Doktrin*, 1932)
- Wie sind die Rechtsfolgen des Gebietserwerbs geregelt?
 - völkerrechtlich**: es gelten Regeln der *Staatennachfolge*
 - innerstaatlich**: es gilt Recht des *Gebietserwerbers*

- Wie kann neues Staatsgebiet erworben werden?
 - > *Akkretion* (Anwachsung); vergrößert Staatsgebiet in Grenzgebiet
 - natürliche Anschwemmung (sog. *ALLUVIO*)
 - künstliche Landgewinnung
 - > *Okkupation* (Inbesitznahme)
 - > *Zession* (Abtretung)
 - > *Präskription* (Ersitzung)
 - > *Adujaktion*
- Was ist *Akkretion*?
 - Vergrößerung des Staatsgebiets in Grenzregionen durch:
 - natürliche Anschwemmung (sog. *ALLUVIO*)
 - künstliche Landgewinnung
- Was ist *Okkupation*?
 - effektive Inbesitznahme staatsfreien Gebiets durch den Staat
 - (heute selten; -> es gibt fast keine *staatsfreien* Räume mehr)
 - O. im Weltraum, auf *Himmelskörpern*, in *Polargebieten*, auf dem *Meeresgrund*: -> vertraglich ausgeschlossen
- Was ist die *Zession*?
 - vertragliche Abtretung der *territorialen Souveränität*
 - > Erwerber erhält Gebiet mit allen Rechten & Pflichten
 - Zessionsarten
 - a)-> *unentgeltlich* (Friedens-V., kleine gegens. G'bereinigung)
 - b)-> *entgeltlich* (*Kauf von Alaska* für 7,2 Mio \$)
- Was ist die *Präskription*?
 - Ersitzung von Staatsgebiet -> (von *Okkupation* abzugrenzen)
 - VR *unterscheidet* Ersitzung:
 - a)-> durch „*unvordenkliche*“ *Hoheitsausübung*
 - b)-> von *fremdem Landgebiet*
 - Herrschaftsausübung muss in diesem Fall:
 - > *langdauernd*
 - > *ungestört*
 - > *ununterbrochen*
 - > *effektiv*
 - sein.
 - Bsp: *LAS-PALMAS-Fall*
- Was ist die *Adjuktion*?
 - Zuweisung eines Gebietes durch *rechtsgestaltende* Entscheidung eines/einer:
 - a)-> *internationalen Gerichts*
 - b)-> *Schiedsgerichts*
 - c)-> *internationale Organisation*
 - selbständiger* Erwerbstitel
- Was besagt die „*UTI POSSIDETIS-Doktrin*“?
 - Wichtig bei *Entkolonialisierung*!
 - Staaten übernahmen ihr Gebiet in den *von den früheren Kolonialherren festgelegten* Grenzen.
 - >(Im Zweifel galt der wirkliche Besitzstand)

- Wie geht Staatsgebiet *verloren* (Verkl. des Staatsgebiets)?
 - > auf *natürliche* Art
 - Wegschwemmung von Land
 - etc.
 - > auf „*künstliche*“ (Anm. *eigene* Einteilung) Art
 - Zession (vertragliche Abtretung)
 - Dereliktion (Besitzaufgabe)
 - Adjukation
- Was ist die *Dismembration* eines Staates?
 - Zerfall* eines Staates in neue Staaten
 - > (territ. Hoheit geht auf neue Staaten über)
 - > (Gebietshoheit geht auf neue Staaten über)
 - Bsp: •ÖSTERREICH-UNGARN 1918
 - UdSSR 1991/1992

E) Staatennachfolge (=Staatenzukzession)

- Was ist die Staatennachfolge?
 - Nachrücken* eine Staates in die *R'position* seines Vorgängerstaates
 - (kann *bei Konsens* in Übergangsverträgen geregelt werden)
- Welche *Arten* der Staatennachfolge gibt es?
 - A) Hinsichtlich der beteiligten Subjekte unterscheidet man:**
 - I)-Staatennachfolge bei Untergang des Vorgängerstaates (sog. vollständige St'nachfolge)
 - 1) *Zusammenschluss*
 - > Gründung **Dt. Reich** 1871
 - 2) *Dismembration*
 - > **Österreich-Ungarn** 1918
 - II)-Staatennachfolge bei Bestehen des Vorgängerstaates (sog. partielle St'nachfolge)
 - 1) *Gebietsabtretung* (Zession)
 - 2a) *Dekolonisation* & 2b) *Separation*
 - B) Hinsichtlich der beteiligten Objekte unterscheidet man:**
 - I)-Staatennachfolge *in vör. Verträge*
 - II)-Staatennachfolge *in vör. Wiedergutmachungsansprüche*
 - III)-Staatennachfolge *in Vermögenswerte*
 - IV)-*Staatsangehörigkeit* bei Staatennachfolge
 - Merke: *Änderung Regierungssystem* ≠ Staatennachfolge
- Welche *Rechtsquellen* regeln die Staatennachfolge
 - > „*Wiener Konvention über das Recht der Staatennachfolge in Verträge*“ (23. August 1978)
 - sie kodifiziert bestehendes VGR
 - > „*Wiener Konvention über die Staatennachfolge in Staatsvermögen, -archive und -schulden*“ (8. April 1983)
 - Hinweis:** Nur von 3.-Welt-Länder & Ostblock angenommen; setzten „*Clean-Slate*“-Prinzip durch; besagt, dass Staatsschulden **nicht** auf die neuen *unabhängigen Staaten* übergehen

- Wie ist die „Staatennachfolge in Verträge“ geregelt?
 - es gilt das *Prinzip der beweglichen Vertragsgrenzen*
 - > bestehende Verträge werden durch Gebietsübergang nicht tangiert
 - > nur für das abgetretene Gebiet findet Rechtsänderung statt (Art. 15 *Wiener Konv. über das R. der St'nachf. in Verträge*)
 - Radizierte Verträge (=V. mit *territorialem* Bezug), - zB: Abkommen über Grenzverlauf - bleiben mit Gebiet *verhaftet* (Art. 11)
 - Prinzip der automatischen Nachfolge in alle Verträge* gilt also für:
 - > *Zusammenschluss* von Staaten
 - > *Separation* von Staaten
 - Nachfolge steht *generell* unter Prinzip der *CL. REB. S. STANTIBUS*
 - > bisherige Verträge gelten für *Nachfolgestaat dann nicht*, wenn sie für ihn unzumutbar sind
 - Bsp: *Verträge über MILITÄRISCHE Stützpunkte*
 - > Einschränkung gilt auch für Fälle der *Dekolonisation*
 - Hinweis: *CLEAN -SLATE-Prinzip* und *FREE-CHOICE-Prinzip*² haben selbe Zielrichtung; aber **zu radikal**
- Wie ist die „Staatennachfolge in Vermögen“ geregelt?
 - Beachte: es gibt keine allseitig anerkannten Prinzipien
 - Es gibt nur Faustregeln
 - > **Vermögenswerte**
 - im Nachfolgestaat: -> gehen *entschädigungslos* an *ihn*
 - im Ausland: -> verbleiben beim Vorgängerstaat
 - > **Finanzschulden**
 - > **gebietsbezogene**
 - gehen auf Nachfolgerstaat über
 - > **andere**
 - für diese haftet Vorgängerstaat weiterhin
 - > **Vermögenswerte von Ausländern**
 - bleiben von Staatennachfolge unberührt
 - > (Enteignung nur zulässig nach den
 - vör. Grundsätzen des Fremdenrechts und
 - gegen volle Entschädigung)
- Wie ist die „Staatsangehörigkeit bei Staatennachfolge“ geregelt?
 - Beachte: -> Zuordnung ist nicht kodifiziert
 - > kein VGR
 - zentrale Frage: *Erhalten Bewohner eines Gebietsteils bei der Staatennachfolge automatisch Staatsangehörigkeit des Nachfolgestaates?*
 - > viele Verträge räumen Bevölkerung ein **Optionsrecht** ein
 - (ist aber nicht VGR)

² *FREE-CHOICE-Prinzip* besagt, dass (dekolonisierte) Neustaaten frei entscheiden können, welche Verträge sie akzeptieren wollen (vgl. Art. 16 des Abkommens).

- Welche Theorien erklären das Verhältnis zw. Völkerrecht & Landesrecht?
 - Hintergrund: zentrale Frage ist, ob VR und LR einer einheitlichen Rechtsordnung angehören oder Bestandteil von zwei Rechtsordnungen sind
 - > Diese Verhältnis (VR <--> LR) wird durch die
 - monistische** und
 - dualistische** Theorie erklärt
 - > Letztlich geht es darum, ob bei *Kollisionen* VR oder LR vorgeht
- Was besagt die dualistische Theorie?
 - 2 Rechtsordnungen**
 - VR ist *eine* Rechtsordnung -> regelt Verhalten der Vr-Subjekte
 - LR ist *eine* Rechtsordnung -> regelt R'beziehungen der Gewaltunterworfenen (=Subordinations-Prinz.)
 - nach dieser Theorie sind *Konflikte* der 2 R'ordnungen nicht möglich
 - > (diese Theorie vergisst, dass auch *Einzelmenschen* vör. Rechte & Pflichten haben können)
- Was besagt die monistische Theorie?
 - 1 einheitliche Rechtsordnung**
 - > VR ist *ein Element*
 - > LR ist *ein Element*
 - Monismus mit Staatsrechtsprimat -> (Vorrang LR)
 - Monismus mit Völkerrechtsprimat -> (Vorrang VR)
- Welcher Theorie folgt die Staatenpraxis?
 - Einigkeit herrscht, dass VR *insofern übergeordnet ist, als dass ihm die Staaten unterworfen* sind
 - VR wird aber durch das LR mediatisiert
 - > der *Einzelne* wird über das LR vör. verpflichtet
 - > **innerstaatlich** gilt primär LR (unabh. ob es evt. vör'widrig ist
 - > bedeutet aber nicht, dass LR *grundsätzlich* vorgeht
 - Merke: *eine Ausnahme* (vom GS, dass der Einzelne nur über LR verpflichtet wird) bildet KRIEGSRECHT -> diese bindet den Einzelnen direkt & unabhängig vom LR
 - > LR, das gegen *KRIEGS-VR* verstösst ist nichtig
- Nach welchen Methoden kann die *innerstaatliche Anwendung von vör. Normen* geregelt werden?
 - Hintergrund: Staaten sind nach *monistischer und dualistischer* Theorie verpflichtet, LR dem VR *anzupassent*
 - um *innerstaatlich* zu wirken muss VR in LR einbezogen werden
 - 3 Theorien**
 - > Adoptionstheorie
 - > Transformationslehre
 - > Vollzugsthese
 - Merke: VR sagt nichts über Verhältnis zu LR und wie es umzusetzen ist

- Was besagt die *Adoptionstheorie*?
- dogmatisch mit *Monismus* (1 Rechtsordnung, 2 Elemente) *verwandt*
 - VR wird folglich *im LR als VR angewendet*
 - > innerstaatl. R'akt zur Herbeiführung der Verbindlichkeit der VR-Normen hat somit nur *deklaratorische* Bedeutung
 - VGR* wird *auch* als solches (und nicht als LR) von Behörden angewendet „*THE LAW OF NATIONS IS PART OF THE LAW OF THE LAND*“ (-> Maxime im *angels.* Raum)
 - V'vertragsrecht* kann *auch* kraft Adoption gelten
 - > **CH, F, USA**
- Was besagt die *Transformationslehre*?
- dogmatisch mit *Dualismus* (2 Rechtsordnungen) *verwandt*
 - VR kann nicht direkt innerstaatlich angewendet werden
 - > VR-Normen müssen deshalb *transformiert* (umgewandelt) werden
 - 2 Arten** der Transformation
 - > *generelle T.* (VR wird *en bloc* LR-Bestandteil)
 - > *spezielle T.* (VR wird durch *innerstaatl. R'akt* (G od. VO) in LR überführt und verbindlich)
- Was besagt die *Vollzugsthese*?
- vermittelt* zwischen T'lehre und A'theorie
 - Einführung der VR-Norm durch staatlichen *Vollzugsakt*
 - VR-Norm *bleibt* auch nach Vollzugsakt weiterhin *VR-Norm*
- Was ist eine *SELF-EXECUTING-Norm*?
- Norm, deren Absicht es ist, das **Individuum** zu verpflichten und zu berechtigen
 - ist eine Norm die *gem. Wortlaut* **direkt anwendbar** ist.
 - > muss genügend bestimmt sein, um R & Pfl erkennen zu lassen
 - Bsp:

EMRK (SR 0.101)
Art. 3 Verbot der Folter
Niemand darf der *Folter* oder *unmenschlicher oder erniedrigender Strafe* oder *Behandlung* unterworfen werden.
- Was ist eine *NON-SELF-EXECUTING-Norm*?
- Norm, die **nicht genügend bestimmt** ist
 - richtet sich an Staaten (-> *nicht an Rechtsanwender*)
 - > Norm ist Auftrag an Staat, diese weiter *gesetzlich* zu regeln
 - Bsp:

Konvention gegen Folter und anderer grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe
Art. 2 Abs. 1
 Jeder *Staat* ergreift wirksame gesetzgeberische, administrative, gerichtliche oder sonstige *Massnahmen*, um Folterungen in allen seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten zu verhindern.
- Merke:** Abgrenzung ob Norm *unmittelbar/mittelbar* anwendbar ist, kann im Einzelfall zu schwierigen *Abgrenzungsproblemen* führen

-Welchen *Rang* nehmen VR-Normen in der *innerstaatlichen* Rechtsordnung ein?

-VR selbst macht *keine* Aussage über seine Rangordnung (im innerstaatlichen Recht)

-> Rang einer VR-Norm ist deshalb Frage des LRt

-einige Verfassungen enthalten Rangklauseln

-> dabei wird meistens unterschieden zwischen:

a)-VGR

b)-Völkervertragsrechts

-Wie ist das *Verhältnis* „VR<-->LR“ in der *Schweiz*?

-**BV** enthält keine ausdrückliche Vorschrift

-> Regelung liegt bei *Lehre & Praxis*

-Unbestritten ist: *Vorrang des VR gegenüber*

-> Kt.R

-> Bundes-R auf Verordnungsstufe

-Lehre & Rechtsprechung räumen VR auch Vorrang ein gegenüber:

-> Bundesgesetzen (Art. 113 Abs. 3 aBV/Art. 191 nBV)

-> BV (Art. 113 Abs. 3 aBV/Art. 191 nBV)

aBV

Art. 113

¹ Das *Bundesgericht* urteilt ferner:

1. über Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden einerseits und Kantonalbehörden andererseits;
2. über Streitigkeiten staatsrechtlicher Natur zwischen Kantonen;
3. über Beschwerden betreffend Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger sowie über solche von Privaten wegen Verletzung von Konkordaten und Staatsverträgen.

² Vorbehalten sind die durch die Bundesgesetzgebung näher festzustellenden Administrativstreitigkeiten.

³ In allen diesen Fällen sind jedoch die von der Bundesversammlung erlassenen **Gesetze** und allgemeinverbindlichen Beschlüsse sowie die von ihr genehmigten **Staatsverträge** für das Bundesgericht massgebend.

BV

Art. 191 - Massgebendes Recht

Bundesgesetze und **Völkerrecht** sind für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend.

keine Transformation erforderlich

-VR-Verträge werden mit *Ratifikation* auch *im LR direkt* anwendbar und verpflichten Einzelpersonen

-> siehe *FRIGERIO-Fall*

-PS: **BGer** hält fest, dass *im Zweifel* auch LR völkerr'konform auszulegen ist

-Was war im *FRIGERIO-Fall* (BGE 94 I 669) zu entscheiden?

Übereinkunft zwischen der Schweiz und dem Grossherzogtum Baden betreffend den Wasser-verkehr auf dem Rhein von Neuhausen bis unterhalb Basels (SR 0.747.224.32) - Abgeschlossen am 10.5.1879 In Kraft getreten am 1.1.1880 Art. 1

Die Schifffahrt und Flossfahrt auf dem Rheine von Neuhausen bis unterhalb Basels soll jedermann gestattet sein; sie unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch die Steuer- und Zollvorschriften sowie durch die polizeilichen Rücksichten auf die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs geboten sind.

-> er berief sich auf obigen Art. 1

-Dieser Norm stand *innerstaatliches POSTREGAL* entgegen

-> sieht *Konzessionspflicht* vor

-**BGer** sagte: „Gem. Art. 113 Abs. 3 aBV geht Staatsvertrag vor; eine *Umsetzung* (Transformation) in LR bedürfe es *nicht*.

-> zu Frage, ob *späteres LR dem früheren Staatsvertrag vorgehe*, äusserte es sich nicht

!!Fazit **BGer**: „*Bundesgesetzgeber wolle gültig abgeschlossene Staatsverträge gelten lassen, sofern er nicht ausdrücklich in Kauf nehmen will, dass VÖLKERRECHTSWIDRIGES LR entsteht*

-> (Im Zweifel sei LR völkerrechtskonform auszulegen)

-Um was ging es im **SCHUBERT-Fall** (BGE 99 Ib 39)?

-Widerspruch zwischen **LEX FURGLER** (Bew'pflicht für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland; 22.3.1961) und dem

Art. 2 des Schweiz.-Österr. Niederl'vertrag; 7.12.1875

Art. 2

In Ansehung des Erwerbes, Besitzes und der Veräusserung von Liegenschaften und Grundstücken jeder Art sowie der Verfügungen über dieselben und der Entrichtung von Abgaben, Taxen und Gebühren für solche Verfügungen *sollen die Angehörigen jedes der vertragenden Teile in dem Gebiete des andern die Rechte der Inländer* geniessen.

Die Anwendung dieses Artikels ist suspendiert (Notenwechsel vom 28. April/9. Mai 1975 (SR 0.142.111.631.2).

-Hr. **SCHUBERT** war Österreicher

-> wollte Grundstücke in **CH** kaufen

-> man verweigerte ihm - gestützt auf **LEX FURGLER** - Bewilligung

-> Schubert berief sich auf Art. 2 des obigen Staatsvertrag

-**BGer** äusserte sich (1973) wie folgt:

„Gesetzgeber war sich bewusst dass LEX FURGLER dem VR widersprechen könnte“.

-> deshalb hielt sich **BGer** an Art. 113 Abs. 3 aBV

aBV

Art. 113

¹ Das *Bundesgericht* urteilt ferner:

1. über Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden einerseits und Kantonalbehörden andererseits;
2. über Streitigkeiten staatsrechtlicher Natur zwischen Kantonen;
3. über Beschwerden betreffend Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger sowie über solche von Privaten wegen Verletzung von Konkordaten und Staatsverträgen.

² Vorbehalten sind die durch die Bundesgesetzgebung näher festzustellenden Administrativstreitigkeiten.

³ *In allen diesen Fällen sind jedoch die von der Bundesversammlung erlassenen Gesetze und allgemeinverbindlichen Beschlüsse sowie die von ihr genehmigten Staatsverträge für das *Bundesgericht* massgebend.*

Fazit: dadurch, dass die **CH** sich an nur an die *Massgeblichkeit der Gesetze* hielt, - nicht aber die Massgeblichkeit von **Staatsverträgen** beachtete - verletzte sie den Staatsvertrag.

(PS: Darauf erklärte **Österreich**, dass der Art. 2 nicht mehr anwendbar sei)

Notenwechsel vom 28. April/9. Mai 1975 betreffend Suspendierung von Artikel 2 des Niederlassungsvertrages In Kraft getreten am 9. Mai 1975 (SR 0.142.111.631)

Gemäss den Ausführungen der Botschaft *sind die zuständigen Behörden der Republik Österreich zum Schluss gekommen, dass die in diesem Artikel ((2)) festgelegte formelle Gegenseitigkeit bei der Behandlung der Staatsangehörigen beider Vertragsstaaten nicht mehr gegeben ist.*

-Kann sich ein Staat bei *völkerrechtlichen* Problemen auf sein *Verfassungsrecht* berufen?

-**Nein**, er kann nicht, denn

-> auf *zwischenstaatlicher Ebene* gilt nur VR!!

-> Staat kann sich durch Hinweis auf *entgegenstehendes Verfassungsrecht* von vör. Pflichten befreien

-Auch wenn sich ein Staat an *seine Verfassung hält, kann dies gegen VR-Normen verstossen*

A) Allgemeines

- Was wird als Notwendigkeit der Organschaft bezeichnet?
 - Alle VR-Subjekte sind **juristische** Personen¹
 - > deshalb *brauchen* sie Organe
 - Organe des vör. Verkehrs sind:
 - a)- *zentrale Staatsorgane* (St'oberhaupt & Regierung)
 - >in CH beides im Bundesrat verkörpert
 - b)- *diplomatische* Vertreter
 - c)- *Vertreter internationaler Organisationen*
 - Beachte: die *VR-Gemeinschaft als solches hat keine* eigene Organe
 - >(in diesem Zus'hang spricht man von funktioneller Verdop- pelung; dies bedeutet, dass *Organe der Staaten* und *Organe von Intl. Organisationen* auch Interessen der VR-Ge- meinschaft wahrnehmen,
 - zB: Massnahmen gegen Verschmutz. der hohen See)
- Welches sind die vör. *Organe eines Staates* (= *zentrale Organe*)?
 - Art. 7 Abs. 2 VRK (SR. 0.111)
 - 1)-Staatsoberhaupt
 - Monarch
 - Präsident
 - 2)-Regierung
 - in **CH** fallen 1) und 2) zusammen
 - *positives VR* (-> Art. 7 Abs. 2 VRK) vermutet die hinreichende Be- vollmächtigung von *Staatsoberhaupt, Reg'chef* und *Aussenminister*
 - > Dem Staat zuzurechnen sind aber auch Handlungen von jedem anderen Staatsorgan!!
 - > vgl. *WAY-Fall* (**USA vs. MEXICO**)
- Was ist eine Exilregierung?
 - Regierung, die ihren Sitz im Ausland hat
 - > führt von da ihre *Amtsgeschäfte*
 - > will ihre volle Regierungsgewalt wieder
 - > verkörpert *weitherhin oberste Staatsgewalt*
 - kann Streitkräfte aufstellen
 - vör. Verträge abschliessen
 - über nationale Vermögenswerte verfügen
 - Gründe für Exil:
 - > *kriegerische* Ereignisse; Aufstände
 - Merke; sie braucht Aufenthaltgenehmigung vom Gastland
- Was ist *diplomatischer Schutz*?
 - Befugnis eines Staates, zum Schutz seiner Staatsangehörigen auf ein anderes *VR-Subjekt* einzuwirken
 - gehört zum **völkerrechtlichen** *Fremdenrecht*

-Abgrenzung:

dipl. Schutz ≠ *Schutz der Diplomaten* (->Gesandtsch'Recht)

¹ Im Gegensatz zu *Einzelmenschen*, die eben **natürliche Personen** sind; diese können ja *ausnahmsweise* VR-Fähigkeit erlangen (partielle VR-Fähigkeit).

B) Gesandtschaftsrecht

- Was ist *Gesandtschaftsrecht*?
 - Alle vör. Normen, welche die *zwischenstaatl.* Beziehungen durch Errichtung **ständiger diplomatischer Missionen** regeln
 - (= Gesandtschaftsrecht *i.w.S.*)
 - >Gesandtschaftsrecht *i.e.S.*
 - vör. *Fähigkeit* diplomatische Vertreter zu:
 - a)-> *entsenden* (= aktives GR)
 - b)-> *empfangen* (= passives GR)
 - > *Staaten*
 - > *Hl. Stuhl*
 - > *Souveräner Malteser Ritterorden*
 - > best. *internationale Organisationen*
- Was regelt das Gesandtschaftsrecht?
 - insbesondere* regelt es:
 - > *Arten und Rang* der diplomatischen Vertreter
 - > *Aufnahme und Abbruch* der diplomatischen Beziehungen
 - > *Aufgaben und Wirkungskreis* der Diplomaten
 - > *Vorrechte und Befreiung* des diplomatischen Personals
- Welche *Rechtsgrundlagen* bestehen für das Gesandtschaftsrecht?
 - früher: *gewohnheitsrechtliche* Grundlage
 - heute**: grösster Teil **kodifiziert**
 - > *Wiener Übereinkommen Über diplomatische Beziehungen (SR 0.191.01)*
 - > *Übereinkommen über Sondermissionen (SR 0.192.2)*
 - > *Übereinkommen über Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegn vör. geschützte Personen einschliesslich Diplomaten (= Diplomatschutzkonvention)*
- Welche *Arten von Personal* einer **diplomatischen** Mission gibt es?
 - > *Ar.t 1 Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (SR 0.191.01)*
 - MISSIONSCHEF**
 - MITGLIEDER DER MISSION**
 - >Missionschef
 - >Mitglieder des Personals der Mission
 - MITGLIEDER DES PERSONALS DER MISSION**
 - >Mitglieder des *diplomatischen* Personals
 - >Mitglieder des *Verwaltungspersonals*
 - >Mitglieder des *technischen* Personals
 - >Mitglieder des *dienstlichen Hauspersonals*
 - DIPLOMATEN**
 - >*Missionschef*
 - >Mitglieder des *diplomatischen* Personals der Mission
 - MITGLIEDER DES VERWALT'- & TECHN. PERSONALS**
 - MITGLIEDER DES DIENSTLICHEN HAUSPERSONALS**
 - PRIVATE HAUSANGESTELLTE**
 - > sind nicht Bedienstete des Entsendestaats

- Welche *Klassen* gibt es bei Missionschefs?
 - a)-*Botschafter* -> bei Staatsoberhaupt beglaubigt
 - Nuntien* (Botsch. des hl. Stuhl) „
 - b)-*Gesandte* „
 - Minister* „
 - Internuntien* „
 - c)-*Geschäftsträger* -> bei Aussenminister beglaubigt
- Was besagt der Grundsatz der *lokalen Anciennität*?
 - Innerhalb jeder Klasse von M'chefs richtet sich Rangfolge nach Tag und Zeit des Amtsantritts
 - > Art. 16 Abs. 1 *Wiener Ü'eink. über diplom. Beziehungen*
 - Anmerkung: Der **Nuntius** ist traditionell Sprecher aller im Empfangsstaat akkreditierten ausl. Diplomaten. (sog. **DOYEN**).
 - > *Einhaltung* dieser Regel *durchbricht* u.U. Prinzip der Anc.
 - > *fehlt* diese Regel, so ist der am längsten akkreditierte Missionschef DOYEN im Empfangsstaat
- Was sind die *Aufgaben* der diplomatischen Mission?
 - Art. 3 *Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen*
 - > *Vertretung* des Entsendestaates
 - > *Interessen* des Entsendestaates schützen
 - > *Interessen* der Angehörigen des Entsendestaates schützen
 - > Mit der Regierung des *Empfangsstaates verhandeln*
 - > sich (rechtmässig) über Entwicklung & Verhältnisse im Empfangsstaats zu unterrichten und Entsendestaat zu informieren
 - > freundschaftliche *Beziehungen* zu fördern
 - > *Ausbau* der *wirtsch., kulturellen & wissensch.* Beziehungen
- Wie erfolgt die *Aufnahme* der diplomatischen Beziehungen?
 - durch Vereinbarung (Art. 2 *Wiener Üe. ü. diplom. Beziehung*.)
 - vor *Ernennung* des M'chefs muss Entsendestaat Agrément einholen
 - > *Verweigerung* des Agrément benötigt keine Begründung (Art. 4 des *Wiener Üeinkommens*....)
 - Merke: Es gibt keine vör. Pflicht zur Aufnahme diplom. Beziehungen
 - > *Abbruch* folglich **kein vör. Delikt**
- Was sind *Mehrfachbeglaubigungen*?
 - a)-> Art. 5 *Wiener Übereinkommen über diplomat. Beziehungen*
 - Nach *Notifikation* an an beteiligte Empfangsstaaten kann der Entsendestaat die:
 - > Beglaubigung eines M'chefs oder die
 - > Bestellung eines Mitglieds des diplom. Personals
 - für **mehrere Staaten** vornehmen
 - b)-> Art. 6 *Wiener Übereinkommen über diplomat. Beziehungen*
 - mehrere Staaten können dieselbe Person bei einem anderen Staat beglaubigen bzw. bestellen
 - (PS: Beide Fälle unter Vorbehalt des *Einspruchs* durch Empf'staat)

- Wie erfolgt *Abbruch* der diplomatischen Beziehungen?
 - wird in einer **Note** erklärt
 - Abzug* des höheren diplom. Personals aus Mission
 - Kein Abbruch der diplom. Beziehungen, wenn Posten des M'chef *vorübergehend nicht* besetzt ist, weil er Aufgabe nicht erfüllen kann.
 - zB: -> *infolge Todes/schwerer Unfall*
 - > *zu PERSONA NON GRATA erklärt*
- Wie sehen die diplom. zwischenst. Beziehungen *bei Waffenkonflikt* aus?
 - Regel: *Abbruch* der diplom. Beziehungen
 - Empfangsstaat muss aber *Räumlichkeiten* und *Archive* achten (Art. 45 lit. a)
 - Gewährung* der Vorrechte & Immunitäten (Art. 44)
 - > *helfen* Land zu verlassen
 - bei Bedarf *Beförderungsmittel* für Personen & ihre Vermögensgegenstände
- Welche Aufgaben hat eine *Schutzmacht*?
 - Hintergrund: *Schutzmacht* ist Staat der im Empfangsstaat die Interessen eines *im Empfangsstaats nicht vertretenen* dritten Staates übernimmt. (Art. 46)
 - > *Schutzmacht* braucht natürlich vorherige Zustimmung des Empfangsstaats
 - bei *Abbruch der diplom. Beziehungen* zwischen zwei Staaten
 - > Entsendestaat kann einem (dem Empfangsstaat genehmen) dritten Staat :
 - Obhut der *Räume, Archive, Vermögen*
 - Schutz seiner *Interessen* und seiner Angehörigen übertragen.
- Was besagt die *Funktionstheorie*?
 - Gewährung von *Vorrechten & Befreiungen* an die diplom. Mission, um deren *Funktionsfähigkeit* zu sichern
 - > würde die Mission voll dem Empfangsstaat unterstellt, könnte die Arbeit beeinträchtigt werden
- Welches sind die *Vorrechte & Befreiungen* einer diplomatischen Mission?
 - a)- *Unverletzlichkeit* der Räume
 - b)- Recht, *Flagge & Hoh'zeichen* zu führen (Art. 20)
 - > an *Beförderungsmittel*
 - > an *Missionsgebäude*
 - c)- Befreiung von *Steuern & Abgaben*
 - d)- *Immunität vor Gerichtsbarkeit* des Empfangsstaats
 - e)- *Depeschenrecht*
 - > freie Kommunikation mit Entsendestaat
 - Recht *verschlüsselte* Botschaften zu senden
 - Recht *unverletzliche diplom. Kuriere* zu senden
- Was ist die *Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten*?
 - Merke: *Gebäude & Gelände* sind **nicht exterritorial**
 - > (Unverletzlichkeit ≠ Exterritorial)

- Unverletzlichkeit heisst, dass *der Empfangsstaat keinen Zwang* im Bereich der Mission ausüben darf, also zB:
 - > *Durchsuchung*
 - > *Beschlagnahme*
 - > *Pfändung*
 - > *Vollstreckung*
 - > *Verhaftung*
 - > *etc.*
- Betretten* nur mit Einwilligung des Missionschef
 - > *umstritten*: Betreten durch Organe des Empfangsstaat bei *Gefahr* auch *ohne Bewilligung?* (zB: *Brandfall*)
 - Bsp: *US-Botschaft in TEHERAN 1979*
 - Trotz Hilferufe der Botschaft, blieben iranische Behörden untätig
- Darf in der Mission *Flüchtlingen Asyl* gewährt werden?
 - Hintergrund: es geht um *Asyl von Staatsangehörigen des Empfangsstaates!*
 - völkerrechtlich: besteht *keine* Verpflichtung
 - Empfangsstaat* kann Personen vor Missions-Zutritt *kontrollieren*
 - diplomatisches *Asyl* (quasi auf unbestimmten Zeitraum) besteht nicht
 - > durch Unverletzlichkeit der Mission ist ein *Flüchtling* zumindest *vorübergehend* vor Zugriff des Empfangsstaats geschützt
 - HAYA-DE-LA-TORRE-Fall*
 - IGH** entschied, das Empfangsstaat *Auslieferung* von Verbrechern, die *gemeine Delikte* begangen haben, *verlangen kann*
 - Staatenpraxis: *viele* Fälle von *langdauerndem* diplomat. *Asyl*
 - >Bsp: *Asyl für Kardinal MINDSZENTY*
1956 - 1971 (**15 Jahre**)
US-Botschaft von Budapest
 - > möglicherweise bildet sich hier *neues VGR*
- Wie ist die *Befreiung* von Steuern und Abgaben geregelt?
 - Grundsatz: Steuer- und Abgabebefreiung (Art. 23 Abs. 1)
 - Ausnahme: best. *indirekte* Steuern sind zu zahlen (Art. 34)
 - > *MwSt; Telefongebühren, Abfallgebühren* etc.
- Wie ist die Immunität für das *Personal* der diplom. Mission geregelt?
 - a)-Diplomat
 - > Immunität von *Strafgerichtsbarkeit* (**auch privat**)
 - > Immunität vor *Zivilgerichtsbarkeit* (nur für amtliche Handl.)
 - > Immunität vor *Verwaltungsgerbark.* („)
 - > *keine* Pflicht zur *Zeugenaussage*
 - Ausnahmen: *private* Handlungen; *freier* Beruf
 - b)-Verwaltungs- und technisches Personal
 - > alle **3 Immunitäten** (s. oben) nur für *dienstliche Tätigkeiten*
 - Merke: Auf Immunität kann Personal nicht verzichten
 - > dies *kann nur der Entsendestaat* (Art. 32 Abs. 1)

C) Konsularrecht

-Was ist *Konsularrecht*?

-Alle vör. Normen, welche die *zwischenstaatl.* Beziehungen durch Errichtung von **Konsulaten** regeln

- (= Konsularrecht *i.w.S.*)

->Konsularrecht *i.e.S*

-vör. *Fähigkeit* Konsuln zu:

a)-> *entsenden* (= aktives Konsularrecht)

b)-> *empfangen* (= passives Konsularrecht)

-Konsularrecht setzt also voraus:

1.-VR-Fähigkeit

2.-vör. Handlungsfähigkeit

-(konsularische Beziehungen werden nur von Staaten gepflegt)

-Wie grenzt man *diplomatischen* und *konsularische* Beziehungen ab?

-*diplomatische* Beziehungen

-werden auf *REGIERUNGSEBENE* gepflegt

-haben *HOCHPOLITISCHEN* Inhalt

-*konsularische* Beziehungen

-werden auf *VERWALTUNGSEBENE* gepflegt

-haben keinen *HOCHPOLIT.* Inhalt

-(Abgrenzung kann natürlich schwierig sein)

-Was regelt das Konsularrecht?

-*insbesondere* regelt es:

-> *Kategorie, Klasse, Rang, Amtszeit* der Konsuln

-> *Aufnahme* und *Abbruch* der konsularischen Beziehungen

-> *Aufgaben* der Konsuln

-> *Vorrechte* und *Befreiung* der Konsuln

-Welche *Rechtsgrundlagen* bestehen für das *Gesandtschaftsrecht*?

-früher: *gewohnheitsrechtliche* Grundlage

-**heute**: grösster Teil **kodifiziert**

-> *Wiener Übereinkommen Über konsularische Beziehungen*
(**SR 0.191.02**)

-> ist dem SR 0.191.01 nachempfunden

-Was sind die *konsularischen* Aufgaben?

-Interessen des *Entsendestaates* schützen

-Interessen der *Angehörigen des Ents'taates* schützen

-Entwicklung von Beziehungen fördern

-> *wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche*

-Angehörigen des Ents'taats „*Papiere*“ ausstellen

-> *Pässe, Reiseausweise*

-Personen, die in Ents'taat wollen, „*Papiere*“ ausstellen

-> *Sichtvermerke, Urkunden (z.B. Visa)*

-Ausübung von *notariellen* Befugnissen

-Ausübung von *standesamtlichen* Befugnissen

-Ausübung von *ähnlichen* Befugnissen

-Interessenwahrung bei *Nachlassen*

- Interessenwahrung von *minderjährigen* und andern *Nicht-voll-Geschäftsfähigen* Angehörigen des Ents'taates
- Vertretung* vor Gericht und Behörden
 - > bzw. für *Vertretung zu sorgen*
- Übermittlung von *gerichtlichen* und *aussergerichtlichen* Urkunden
- Erledigung von *Rechtshilfeersuchen*
- Wie erfolgt die *Aufnahme* konsularischer Beziehungen?
 - sie erfolgt im *gegenseitigen Einvernehmen*
 - Aufnahme *diplomatischer* Beziehungen lässt auf *Einverständnis* zur Aufnahme **konsularischer** Beziehungen schliessen
 - > (Art.2 Wiener Übereink. über *konsularische* Beziehungen)
 - Keine konsularische Vertretung ohne Zustimmung des Empf'staats
 - > (Art. 4 Abs. 1)
- Wie erfolgt der *Abbruch* konsularischer Beziehungen?
 - steht im *Ermessen* von jedem Staat
 - Abbruch *diplomatischer* Beziehungen hat nicht automatisch den Abbruch von **konsularischen** Beziehungen zur Folge
 - > (Art. 2 Abs. 3)
- Welche *Kategorien* und *Ränge* von Konsuln gibt es?
 - 1)-**Kategorien**
 - a)-Berufskonsuln
 - Besoldung* durch *Entsendestaat*
 - hauptberuflich* in Ents'taat entsandt
 - Staatsangehörige* des Ents'taats
 - b)-Honorarkonsuln (= Wahlkonsuln)
 - Staatsangehörige* des Empfangsstaat (i.d.R)
 - Amt ist *Nebenbeschäftigung*
 - 2)-**Ränge**²
 - a)-Generalkonsul
 - b)-Konsul
 - c)-Vizekonsul
 - d)-Konsularagent
- Was ist das *EXEQUATUR*?
 - Zulassung des Konsuls durch *Empfangsstaat*
 - > steht im *freien Ermessen* des Empf'staats
 - Beachte: Vor der Zulassung, händigt der Entsendestaat dem Konsul ein „Bestallungsschreiben“ aus.
 - > dieses enthält *Klasse, Konsularbezirk, Konsulatsitz*
 - (Art. 11 und 12)
- Welche *Vorrechte* und *Befreiungen* hat ein Konsul?
 - Unverletzlichkeit der *Konsulate* (inkl. *Archive* und *Schriften*)
 - Freiheit des Nachrichtenverkehrs* mit Entsendestaat
 - Freiheit des Verkehrs* mit Angehörigen des Ents'taats
 - Immunität* für *in Wahrnehmung dienstlicher* Aufgaben vorgenommener Handlungen
 - Befreiung von der Zeugnispflicht* bei *amtlichen* Angelegenheiten

² Rangeinteilung hat nur *protokollarische* Bedeutung.

9 Organe des völkerrechtlichen Verkehrs

-57-

Fragen 232 - 263

-> siehe auch Art. 28 ff.

-Darf ein Konsul *Asyl* gewähren?

-*nein*

A) Fremdenrecht

- Was versteht man unter Fremdenrecht?
 - es befasst sich mit *Rechtsstellung der Staatsangehörigen fremder Staaten*; also mit den **AUSLÄNDERN**
 - Abgrenzung: *innerstaatl. FR ≠ vör. FR*
 - Welche Normen bestimmen Rechtsstellung der Fremden?*
 - 1-**Völkerrecht**
 - > vgr. *Minimalgarantien*
 - > vör. *Verträge* (des Heimat- mit Aufenthaltstaat)
 - 2-**Innerstaatl. Fremdenrecht** (des Aufenth'staats)
 - > *Ausländerpolizei-R.*
 - > *intl. Privatrecht*
 - > *intl. Verwaltungsrecht*
 - > *intl. Strafrecht*
 - Gibt es ein *Verbot der Ungleichbehandlung* von Ausländern gegenüber Inländern?
 - Nein, da dies kein allg. VR-GS verbietet
 - > Staaten *bestimmen* wie sie Ausländerstellung regeln
 - a)-*gesetzgeberisch*
 - b)-durch vör. *Verträge* (meist *Nachbarstaaten*)
 - Bsp: *Niederlassungsvertrag CH/D* (0.142.111.361)
 - Merke: vör. *Minimalstandard* steht allen Ausländern zu
 - Welche Rechte gehören zum fremdenrechtlichen Minimalstandard?*
 - Hintergrund: Gestützt auf „*Erklärung über die Menschenrechte von Personen, die nicht Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie leben*“ der UN-Generalversammlung vom 13.12.1985
- Rechtsfähigkeit* (=Anerkennung als R'person)
 - Zugang zu Gerichten*
 - rechtliches Gehör*
 - Schutz wohlverworbener Privatrechte* vor Enteignung und Verstaatlichung
 - > bzw. *Recht auf angemessene/prompente Entschädig.*
 - Schutz vor willkürlicher Verhaftung*
 - > Bsp: **WAY-Fall (USA vs. MEXICO)**
 - Schutz gegen Angriffe*
 - Diskriminierungsverbot*
- PS: kein Anspruch auf:
 - politische Rechte*
 - bestimmte Berufe*
 - Grundstück-Erwerb*
 - Gibt es *völkerrechtliche Niederlassungsfreiheit*?
 - Nein, das *allg. VR* kennt nicht:
 - > *Recht auf Einreise* in fremden Staat
 - > *NLF* in einem fremden Staat
 - > *absoluter Anspruch auf Familienzusammenführung*
 - Es liegt allein im staatlichen Ermessen, Einreise zu regeln
 - > oft mit *Bedingungen* verbunden (Bsp: *Gesundheits-Test*)

- Niederlassung wird oft in „Niederlassungsverträgen“ bilateral geregelt
- Merke: **AUSREISE** darf **nicht** verweigert werden.
 - > **JEDER** hat das **RECHT**, **JEDES** Land zu verlassen
 - > **JEDER** hat das **RECHT**, auf **Rückkehr** in **SEIN** Land
 - > (Art. 13 Abs. 2 Allg. Erklärung der Menschenrechte¹ vom 10.12.1948, verkündet von UN-Generalversammlung)
- Haben Ausländer Rechtsschutz vor Ausweisung?
 - “JAIN“ Ausweisung *muss begründet* sein (Anforderung gering)
 - > *Störung der inneren Ordnung*
 - > *strafbare Handlungen*
 - > *Beleidigung des Aufenthaltstaates*
 - > *politische Umtriebe*
 - > *etc.*
 - Durchführung der Ausschaffung* ist an die *elementaren Gebote der Menschlichkeit* gebunden
 - > Bsp: *hygienische Verhältnisse*
 - Abgrenzung: Ausweisung ≠ *Auslieferung*!!
- Zusatzfrage: Was versteht man unter *Auslieferung*?
 - Amtliche Überstellung einer Person aus der Strafgewalt* eines Staates *in die Strafgewalt eines andern* Staates zum Zweck der *Strafverfolgung* oder *Strafvollstreckung*
- Verhältnis *innerstaatl. Gleichheits-GS* <--> *fremdenrechtl. Minim‘standard*?
 - (vör.) fremdenrechtlicher Minimalstandard geht vor!
 - > Staat kann sich *vör. Pflicht* entledigen, indem er sich auf *Verfassungs-Grundsätze* beruft
- Was heisst *Inländerbehandlung*?
 - Vereinbarung wonach *Behandlung der Ausländer der Vertragsstaaten* nicht schlechter sein darf, als sie *Inländern*² zukommt.
 - > meist durch *Reziprozitätsklauseln* gewährt (= Prinzip der Gegenseitigkeit)
- Kann auf *Geltendmachung des Minimalstandards* *verzichtet* werden?
 - NEIN**; der *Einzelne* kann darauf nicht verzichten
 - infolge Mediatisierung hat der Heimatstaat das Schutzrecht.
 - > *Heimatstaat* nimmt den Anspruch wahr, da er ja *vör-widrig* geschädigt ist
 - PS: *kapitalimportierende Staaten* stellen sich wie folgt dagegen
 - Zwangseinbürgerung per Gesetz (z.B. Grundbesitzer)
 - Calvo-Klausel
- Was bedeutet Calvo-Klausel?
 - Klausel, mit deren *Unterzeichnung* Ausländer für die Ausübung einer *geschäftlichen Tätigkeit* im *fremden Land* zum voraus auf das Recht verzichten, diplomatischen Schutz ihres *Heimatstaates* zu beanspruchen

¹ Nicht verwechseln mit *EMRK (SR 0.101)*.

² Natürliche und Juristische Personen.

Bsp:-> *NORTH AMERICAN DREDGING CO. (Texas vs. MEX)*

Eine US-Firma verlangte Schadenersatz wegen Vertragsverletzung.

Ihr Anspruch stand in Frage, weil sie eben eine *CALVO-Klausel* unterzeichnet hat.

-> ihr *diplomatischer Schutz* stand in Frage

US-Mexik. Claims-Commission hielt fest:

-> *CALVO-Klausel* ist Vertragsbestandteil
 -an sie ist man also *grundsätzlich* gebunden
 -Entscheidend ist aber, dass der *diplomatische Schutz ein Recht des Heimatstaates ist, über den nicht verzichtet werden kann*

-Anmerkung: *IN CASU* konnte sich **MEXICO** auf die *CALVO-Klausel* berufen, weil die **US-Firma** den **mexik.** Rechtsweg *nicht ausgeschöpft* habe.

-Was versteht man unter *Meistbegünstigung*?

-es geht um *fremdenrechtliche* Stellung *im Vergleich zu Drittstaat*

-> Behandlung von X im Land Y darf nicht weniger günstig sein als die Behandlung von Z (im Land Y)

-PS: Damit wird nichts über Behandlung im Vergleich zu Inländern (Angehörige von Y) ausgesagt

-Bsp: *Allg. Zoll- und Handelsabkommen (GATT = General Agreement on Tariffs and Trade)*

B) Diplomatischer Schutz

-Was ist diplomatischer Schutz?

-*Befugnis* eines Staates, *zugunsten seiner* Staatsangehörigen auf einen andern Staat *einzuwirken*, wenn letzterer durch VR-widrige Handlungen Schaden verursacht

-Welche *Rechtsnatur* hat diplomatischer Schutz?

-*schutzgewährender* Staat versucht *in eigenem* Recht (*Med'sierung*) die Angelegenheit zu regeln.

a)-auf *Verhandlungsweg* zu regeln oder

b)-vor *internationalem (Schieds-)Gericht*

-Merke: Ob ein Staat diplom. Schutz gewähren will oder muss ist eine Frage des *innerstaatlichen* Rechts

-Bsp: **MAVROMMATIS-Fall**; (**GR** vs. **GB**)

•**M.** erhielt von **Jerusalem** EW-Konzession;

• Kriegsausbruch schob Vorhaben auf;

-> **Briten** -*neue Mandatsinhaber* - zögern und erteilen eine *ähnliche Konz. an Rutenberg*.

• **GR** klagt *gegen* **GB**

-> Fragestellung: liegt wirklich **zwischenstaatl.** Streit vor?

-**StIGH** sagt:

„Mit Gewährung des *grch. diplom. Schutzes* liegt ein zwischenstaatlicher Streit - **GR**<-->**GB** - vor“.

-Was ist *konsularischer* Schutz?

-Schutz der Interessen der *eigenen Staatsangehörigen* im Ausland durch die dortigen *konsularischen* Behörden (oder durch die *diplomatische* Mission)

-> etwa bei *Verhaftung*

-> *andere Rechtsbeeinträchtigungen*

-Merke: das *konkrete Tätigwerden* heisst **Intervention**; ihr Ziel ist.

a)-> Rechtsverletzung

-*verhindern*

-*stoppen*

b)-> Allgemein

-*Unterstützung*

-*Fürsorge*

-*Beratung*

-*Hilfe*

-Die Ausübung des konsularischen Schutzes *beinhaltet* also *nicht* die *formelle* Behauptung der Verletzung eines VR-Satzes

-Wessen Rechte müssen verletzt sein, damit *diplom.* Schutz gewährt wird?

-Rechte der *eigenen* Staatsangehörigen als **natürliche Personen**

-> *ausnahmsweise* auch jene Fremder

(= Staat ist dann **SCHUTZMACHT**)

-Intervention auch zugunsten von **juristischen Personen**

-> deren Staatsangehörigkeit stellt *i.d.R.* ab auf:

- *Gründungsort* und/oder

- *Hauptort* der Aktivitäten

-Merke: **Staatenlose** können *keinen diplom. Schutz* verlangen

-> für sie gilt das *Übereinkommen über Rechtsstellung der Staatenlosen* (SR 0.142.40)

Art. 1 Definition des Begriffs «Staatenloser»

1. «Staatenlos» im Sinne dieses Übereinkommens ist eine Person, die kein Staat auf Grund seiner Gesetzgebung als seinen Angehörigen betrachtet.

-Hat der Geschädigte *gegenüber seinem* Heimatstaat ein Recht auf den diplomatischen Schutz?

-Grundsatz: *Kompetenz* zur Gewährung des diplomatischen Schutzes steht *im Ermessen* des Staates

-Bsp: **Deutschland** gewährt *gewohnheitsrechtlich* allen Deutschen diplomatischen Schutz.

-> Gem. Art. 116 Abs. 1 GG ist *Deutscher*, „wer die deutsche *Staatsangehörigkeit* besitzt oder als *Flüchtling* oder *Vertriebener* deutscher Volkzugehörigkeit oder als *dessen Ehegatte* oder *Abkömmling* in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat“.

-für die **SCHWEIZ 2 BGE-Entscheide** wegleitend

-> **1)-Fall OSWALD-Erben (BGE 52 II 235)**

- **Italienische** Soldaten, die aus Irrtum auf **Schweizer** Territorium waren, *verletzten* Soldat OSWALD durch *Schüsse* schwer.
- **EIDGENOSSENSCHAFT** fordertes *Schadenersatz*
 - > **Italien** *anerkannte* den Anspruch
- Inzwischen *erlag* OSWALD den Verletzungen
 - > Tod *verringerte* die Belastung der Eidg'schaft, weil die *Rente* *wegfiel*
- OSWALD-**Erben** forderten von **Schweiz**, die gesamte von **Italien** geleistete Summe
 - > Begründung: **CH** *habe als Mandatarin OSWALDS dessen private Entschädigungsforderung geltend gemacht*
- **BGer** hat Klage **abgewiesen**
 - > **CH** *habe aus eigenem Recht gehandelt, und es in ihrem Ermessen stehe, ob sie überhaupt diplomatischen Schutz gewähren wolle* und ob sie **eine einmal eingeleitete Intervention weiter verfolgen wolle.**

-> **2) SCHOENEMANN-Fall (BGE 81 I 159)**

- **SCHOENEMANN** forderte von **Schweiz** *Schadenersatz*
 - > Grund: *Bundesrat* *habe durch ein für ihn ungünstiges Abkommen mit D sein Recht auf diplomat. Schutz verletzt.*
- **BGer** führte zur *Rechtsnatur* des *diplomat. Schutzes* aus:
 - > „...*dass der einzelne Schweizer Bürger kein subjektives Recht auf diplomat. Schutz habe.*
 - > (Eine gerichtliche Klage auf *Schadenersatz* wegen *fehlenden oder ungenügenden diplomatischen Schutzes* kann daher *keinen Erfolg* haben)

-Welche *Voraussetzungen* müssen für *diplomat. Schutz* gegeben sein?

->Heimatstaat muss sich (durch eine Handlung gegen seinen Staatsangehörigen) **selbst als geschädigt** betrachten.

->Wichtig: a)-prüfen ob *innerstaatl. Rechtsweg erschöpft* ist, oder
b)-auf *Rechtsweg keine Beseitigung* des Unrechts zu erwarten ist

-Also:

- Staatsangehörigkeit*
- Erschöpfung des nationalen Instanzenzugs*
- Verletzung eine Völkerrechtssatzes*

-Wie wirkt sich der *Wechsel der Staatsangehörigkeit* auf den diplomati-

-Wie wirkt sich der Wechsel der Staatsangehörigkeit auf den diplomatischen Schutz aus?

-**instruktiv** Mme-GORGULOFF-Fall

- Frau GORGULOFF *verlor* durch Heirat **schweizer** Bürgerrecht
- Ihr Mann (Mörder des **franz. Staatspräsidenten** DOUMER) wurde 1932 hingerichtet.

- Nach dem Tode ihres Mannes wurde sie wieder Schweizerin
-> sie ersuchte **Schweiz** um *diplomat. Schutz*, um in Besitz der *Effekten und Vermögen* ihres Mannes zu gelangen
-F hielt diese Dinge nach Hinrichtung zurück

- zentrale Frage aus Schweizer Sicht:

-> „Soll für Frau GORGULOFF **interveniert** werden, auch wenn sie erst nach dem Tode ihres Mannes wieder Schweizerin wurde?“

-> **Grundsatz: Prinzip der KONTINUITÄT**

-> Ein Staat ist nur dann zum *diplomatischen Schutz* legitimiert, wenn die zu schützende Person vom Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs bis zur Intervention **ununterbrochen** seine Staatsangehörigkeit besessen hat.

Frau Gorguloffs Staatsangehörigkeit im zeitlichen Überblick

• Schweizerin	• Bürgerrecht des Mannes ≠ Schweizerin ≠ Französin	• Schweizerin nach Hinrichtung ihres Mannes
---------------	--	--

← Heirat Hinrichtung →

-> **Schweiz** *entschied entgegen dem obigen Grundsatz*

- **Schweiz** wird zugunsten Neubürgern auch für früher entstandene Ansprüche tätig

-Ausnahmen:

-> nicht gegen früheren Heimatstaat

-> Kein Schutz bei fraudulöser Einbürgerung

-> sonstiger Missbrauch des diplomat. Schutz

-Wie werden Verstaatlichungskonflikte gelöst?

-Hintergrund: Wenn verstaatlicht wird, besteth ein **völkergewohnheitsrechtlicher Anspruch** auf:

-angemessene und prompte Entschädigung

-> Problem liegt meist bei der Höhe der Entsch.

-Entschädigungsmöglichkeiten

-> **Globalentschädigungsabkommen**³

-verstaatlichender Staat verpflichtet sich zu längeren Zahlungen an Heimatstaat der ausl. Investoren

-> Heimatstaat verteilt Gelder

- siehe nächste Seite (SR 981)

³ sog. „Lump-Sum-Settlements“.

-> *Bundesgesetz über Entschädigungsansprüche gegenüber dem Ausland* (SR 981)

Art. 1 Zweck

Dieses Gesetz regelt

- a. die *Ermittlung von Entschädigungsansprüchen*, die der Eidgenossenschaft wegen Eingriffen ausländischer Staaten in Interessen schweizerischer natürlicher und juristischer Personen nach Völkerrecht zustehen;
- b. den *Vollzug der* entsprechenden *Entschädigungsabkommen*.

Art. 5 Aufgaben der Kommission

1

2

3 Sie stellt fest, ob ein Gesuchsteller die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für die Ausrichtung einer Entschädigung erfüllt, bewertet den erlittenen Schaden *und verteilt die Entschädigung* auf die Anspruchsberechtigten.

-> Bsp. für ein *Präventives* bilaterales Abkommen (= **Investitionsschutzabkommen**)

Abkommen zwischen der **Schweiz. Eidgenossenschaft** und der **Republik Bulgarien** über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen (SR 0.975.221.4)

Art. 7 Besitzentziehung, Entschädigung

(1) Keine Vertragspartei darf Enteignungs- oder Verstaatlichungsmassnahmen gegenüber Investitionen treffen, die Investoren der anderen Vertragspartei gehören, es sei denn, solche Massnahmen erfolgten im öffentlichen Interesse, seien nicht diskriminierend, entsprächen den gesetzlichen Vorschriften und es würde eine Entschädigung vorgesehen. Die *Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder die bevorstehende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich nach der Enteignung geleistet werden; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.*

-> Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts

-Praktisches Beispiel

•**US-Iranisches** Schiedsgericht von 1981

-> regelte Entschädigungen für:

-Umwälzungen

-Besetzung der **US**-Botschaft

-“Theoretisches“ Beispiel:

gleicher Erlass

Art. 11

Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei

Art. 12

Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertragsparteien

-> einfach mal nachschauen; (Art. 11 und 12 sehen u.a. Bildung eines Schiedsgerichts vor)

- Welche Pflichten hat *Empfangsstaat* gegenüber Entsendestaat?
 - diplomatischen Schutz nicht *verunmöglichen*
 - >v.a. ist er *völkergew'rechtlich verpflichtet*, eine *Verhaftung* dem Konsulat/diplom. Mission *mitzuteilen*
- Was ist *DENI DE JUSTICE*?
 - = *Rechtsverweigerung*
 - > *typischer* Fall für diplomatischen Schutz
 - > löst die *vör. Hatung* des entsprechenden Staates aus
 - > Beispiele
 - *Verweigerung* von Rechtsschutz
 - reine *Willkürjustiz*
 - wenn *Beschreitung des Rechtsweges* von *vornherein* (für Ausländer) als *aussichtlos* erscheint
 - Merke:• Zugang zu Gerichten
 - *Faires Verfahren*
 - > sind im Rahmen des *fremdenrechtlichen Minimalstandards* enthalten

C) Staatsangehörige, Flüchtlinge und Staatenlose

- Was *bedeutet* die Staatsangehörigkeit?
 - Sie ist die *Mitgliedschaft natürlicher Personen in einem Staat!!*
 - Staaten regeln sie *souverän*
 - > Voraussetzung: eine **zulässige** Anknüpfung durch
 - Personalhoheit* oder *Gebietshoheit*
 - Ius solis, Ius Sanguinis, Ehe, Ein- oder Ausbürgerung* etc.
 - > **unzulässig**: *Zwangseinbürgerung*
 - > (*Zwangsausbürgerung* gem. h.L. zulässig)
- Welche Regeln gelten für *Doppelstaatler*?
 - Hintergrund: *Solange es keine einheitlichen* Regeln über Erwerb & Verlust der Staatsangehörigkeit gibt, wird es *Doppelstaatler* geben
 - Versuch der Einschränkung durch *multi-* und *bilaterale* Verträge
 - Hauptprobleme in den Bereichen:
 - >*diplomatischer Schutz*
 - >*Wehrpflicht*
 - allgemeiner Grundsatz:
 - >Vorrang der **effektiven** Staatsangehörigkeit
 - >Bei *Doppelstaatlern* ist der *diplomatische Schutz* des *einen Heimatstaats* gegen den *andern unzulässig*
 - Art. 4 *Haager Abkommen über die Konflikte der Staatsangehörigkeit* vom 12.04.1930

-Bsp: NOTTEBOHM-Fall (LIECHTENSTEIN vs. Guatemala)

- NOTTEBOHM ist **Deutscher**
- 1905 *Auswanderung* nach **Guatemala**
 - > reist aber oft nach *EUROPA* und **Deutschland**
- 1939 Erwerb Liechtensteinische Staatsbürgerschaft
 - > dies lässt N. im *Fremdenregister* von **Guatemala** vermerken
- 1949 beschlagnahmt **Guatemala** Vermögen von N.
 - > gestützt auf Dekret, das Vermögens-Einzug von Personen - die 1949 einem Kriegsgegner von **Guat.** angehörten - zulässt.
 - > 1941 erklärte **Guatemala** Krieg an **Deutschland**
 - N. wurde als **Deutscher** betrachtet
- **LIECHTENSTEIN** klagte beim **IGH** gegen **Guatemala**
 - Ziel: Rückerstattung der Vermögenswerte an N.
 - > **Guatemala** wendete ein, dass **FL** für den *diplom. Schutz* von N. *nicht zuständig* sei.
 - Begründung: N. hätte **FL**-Staatsangehörigkeit *nicht rechtmässig* erworben
- **IGH** trat auf *Klage von FL* *nicht ein* und hielt fest:
 - > VR bestimmt, ob ein Staat *befugt* sei, *diplom. Schutz* auszuüben.
 - > *Im Falle doppelter Staatsangehörigkeit* gilt:
 - Vorzug der **effektiven** Staatsbürgerschaft
 - > *IN CASU* hatte NOTTENBOHM *keine effektive* Bindung an **Liechtenstein**

-Wie bemisst sich die *Staatszugehörigkeit* von *juristischen* Personen?

-Begriffliches: Im Zusammenhang mit *jur. Personen* ist der Begriff „*Staatszugehörigkeit*“ zu verwenden.

-Staatszugehörigkeit ist Voraussetzung für Aktivlegitimation eines Staates zur Ausübung des diplom. Schutzes

-Zur Frage der Staatszugehörigkeit gibt es verschiedene Theorien:

- | | |
|------------------------------|---|
| a)- <u>SITZ</u> -Theorie | -> <i>offizieller</i> Sitz ist entscheidend |
| b)- <u>INKORPORAT.</u> -Th. | -> <i>Gründungsrecht</i> ist entscheidend |
| c)- <u>VERWALTUNGS</u> -Th. | -> <i>Zentrum der wirtsch. Tätigkeit</i> ist entscheidend |
| d)- <u>KONTROLL</u> -Theorie | -> <i>Staatsangehörigkeit der</i> - hinter jur. P. - stehenden <i>nat. Personen</i> ist entscheidend, bzw. -> <i>Sitz der Muttergesellschaft</i> bei Konzernstatbeständen |

-Abgrenzung bei Konkurrenz mehrer Anknüpfungspunkte

-> abstellen auf *tatsächliches wirtschaftliches* Interesse des betreffenden Staats (= *MATERIAL LINK*)

-> u.U. direkter Durchgriff auf *dahinterstehendes Vermögen* oder auf *Hintermänner* (= *Kontroll-Th.*)

-Für *Schiffe* und *Luftfahrzeuge*

-Für *Schiffe* und *Luftfahrzeuge*

-> spezielle Regeln

-Besonders die **Schweiz** befolgt die *KONTROLL-Theorie*

-> ist jur. Person *effektiv schweizerisch* kontrolliert?

- ist also Mehrheit

->der *Aktionäre*,

->des *Verwaltungsrats* oder

-> der *Gläubiger* (z.B. Obligationeninhaber)

SCHWEIZER?

-Worum ging es im *BARCELONA-TRACTION-Fall?* (**Belgien vs Spanien**)

--> IGH hatte eine **gewohnheitsrechtliche** Lage zu beurteilen⁴ :

-> *Besitzt auch ein Nicht-Inkorporationsstaat das Recht zur*

Gewährung des diplomat. Schutzes für eine juristische Person?

• 1911: Gründung der *BARCELONA TRACTION* (BT)

-> nach **kanadischem Recht** ((*INKORPORAT.-Th.*))

-> *Tätigkeitsgebiet* war **Spanien** ((*VERWALT.-Th.*))

-> BT war an vielen span. Gesellschaften beteiligt

-als *Alleinaktionärin*

-als *Mehrheitsaktionärin*

• nach dem **1. WK**: **MEHRHEIT** der BT-Aktien gelangen in **belgischen** Besitz

• 1948: **spanische Gläubiger** (Obligationeninhaber) *verlangen* *Konkurs* der BT

-> Argument: BT zahle Obligationenzins nicht

• --> *Auflösung* der BT durch **span.** Gericht

• Folge: **GB, KANADA, USA** und **BELGIEN** unternehmen *diplomat. Schritte* bei der **span.** Regierung

-> *erfolglos*

• 1955: **KANADA** stellt Bemühungen ein

• nach 1955: **BELGIEN** nimmt Sache allein in die Hand

-> *erfolglose* diplom. Verhandlungen mit **Spanien**

• --> **BELGIEN** *klagt* beim IGH

-> Argumente: a) *willkürliches Vorgehen bei Auflösung*

b) *diskriminatorisches Vorgehen bei A.*

c) „*Dénis de Justice*“ der Gerichte bei *Konkurserklärung*

-> Hinweis: -**B** handelte zuerst *im Namen der BT*

-(später namens *Mehrheit der Aktionäre*)

• --> Standpunkt von **SPANIEN**:

-> BT sei **Kanadische** Gesellschaft; also sei

KANADA für *diplomat. Schutz zuständig*

-> VR erlaube nicht, dass Interessen einer AG durch

Heimatstaat der *Aktionäre* (**Belgien**) wahrzunehmen seien

⁴ Siehe dazu SCHLUSSBEMERKUNG auf nächster Seite.

- Standpunkt des IGH ((wies **BELGIENS** Klage ab))
 - > (hielt nach einigen allg. Ausführungen zu den Theorien, fest:)
 - > **KANADA** sei zum diplom. Schutz für BT zuständig gewesen
 - hat Interesse anfänglich wahrgenommen
 - > selber schuld, dass es *aufgab*
 - > sei aber kein R'grund für **Belgien**, Ansprüche **belg.** Aktionäre geltendzumachen
 - B** anerkannte auch, dass BT **kanad.** G'schaft ist
 - Spanien** hat Recht **Kanadas** zum dipl. Schutz nie bestritten
 - > warum KANADA?
 - 1)-> BT sei in dort inkorporiert (**kan.** Gründungs-R.)
 - 2)-> mehr als 50 Jahre habe BT,
 - SITZ
 - BUCHHALTUNG
 - AKTIENREGISTER
 in **Kanada** gehabt
 - 3)-> *viele Jahre lang* haben auch die
 - Sitzungen des VR-Rates
 in **Kanada** stattgefunden
 - 4)-> **kanadischer** Charakter der BT sei auch
 - allgemein anerkannt*
 gewesen
- > somit liegen bes. Voraussetzungen nicht vor, für eine Interessenwahrnehmung der juristischen Person durch einen *anderen als den Inkorporationsstaat*.

Zusatzargument des IGH:

Umstand, dass die **spanischen** Massnahmen gegen die BT **belgische** Interessen verletzt hätten, reicht nicht aus, um **Belgien** die Zuständigkeit zum diplomatischen Schutz zu verleihen.

-> Die **spanischen** Massnahmen hätten sich *gegen* BT *gerichtet*, nicht gegen ihre *Aktionäre*

SCHLUSSBEMERKUNG:

-**IGH** betonte, dass er nur gewohnheitsrechtliche Lage zu beurteilen habe
 --> in bilateralen und multilateralen Verträgen kann ein:
 -Schutzrecht des Heimatstaates der Aktionäre und
 -das Kontrollprinzip
 durchaus *beibehalten* werden

- Wie bestimmt die *Schweiz. Praxis* die Staatszugehörigkeit jur. Personen?
 -Grundsatz: KONTROLL-Theorie⁵
 -diplom Schutz wird gewährt, wenn die jur. Person tatsächlich von Schweizerbürgern beherrscht wird
 -> über 50 % Beteiligung
 -> Zusammensetzung VR
 -> Verhältnis EK<-->FK etc.
- Wichtig: Bedeutender Anwendungsbereich des *diplomat. Schutzes* ist der Schutz ausländischer Investitionen
 -> in vielen bilateralen Abkommen geregelt⁶
 -> Staatszugehörigkeit bestimmt sich *meist* nach:
 -> KONTROLL-Theorie und / oder der
 -> INKORPORAT.-Th.
- Was sind *Flüchtlinge* und *Staatenlose*?
- a) Flüchtlinge befinden sich aus *begründeter* Furcht vor Verfolgung⁷ ausserhalb ihres Heimatstaates, von dem sie nicht geschützt werden. Auch besitzen sie *keine neue* Staatsangehörigkeit
 -> Treueband zu Staat ist zerrissen
 (sie sind *de-facto-Staatenlose*)
- b) Staatenlose werden von keinem Staat nach dessen *innerstaatlichem* Recht als *eigene* Staatsangehörige behandelt
 -> kein diplom. Schutz, da St'ang'keit fehlt
 •1)-Personen, die nie eine St'ang'keit hatten
 •2)-Personen, die rechtsgültig auf St'ang'keit *verzichtet* haben
 •3)-Personen, die ausgebürgert wurden
- Problem für diese Personen ist, dass ihnen kein Staat diplom. Schutz gewährt
- UNO schuf 1950 *Amt des Hohen Kommissars der UNO für Flüchtlingswesen* (**U**nited **N**ations **H**ight **C**ommissioner for **R**efugees)
 -> *Flüchtlinge* gegenüber *Aufenthaltsstaat* schützen
 -> Kampf gegen *menschliches Elend* der *Flüchtlinge*
 (durch *humanitäre* Hilfsprogramme)
- Welche Übereinkommen regeln die *Rechtsstellung* der *F'linge* & *St'losen*?
- a) Flüchtlinge
 • Abkommen über Rechtsstellung der Flüchtlinge
 (Genfer Konvention; 28.7.1951; SR 0.142.3)
 • Protok. über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
 (31.1.1967; SR 0.142.301)
- b) Staatenlose
 • Ü'eink. über die Rechtsstellung v. Staatenlosen
 (28.9.1954; SR 0.142.40)
 • Ü'eink. zur Verminderung der Fälle von St'l'keit
 (13.9.1973; SR 141.0)/D, **GR**, **LUX**, **NL**, **CH**, **TÜR**

⁵ Siehe auch S. 70 oben.

⁶ siehe z.B. S. 67 Abkommen zwischen SCHWEIZ und BULGARIEN.

⁷ wegen **rassischer, religiöser, politischer** und **sozialer** Gründe oder wegen ihrer **Nationalität**.

-Gibt es ein *völkerrechtliches Asylrecht*?

-VR gibt dem Zufluchtsstaat Recht, einem polit. Flüchtling Asyl zu gewähren⁸

-Diesem staatlichen (auf Souveränität beruhenden) Recht des Zufluchts- oder Aufnahmestaats steht **kein entsprechendes INDIVIDUALRECHT** des Flüchtlings gegenüber

-> zwar hat jeder Mensch „*das Recht, in andern Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu geniessen* „

(Art. 14 Abs. 1, Allg. Erklärung der M'rechte, 10.12.1948)

-> Doch kein Staat hat vör. Pflicht Asyl zu *gewähren*

•**NON-REFOULEMENT-Prinzip (UN-Resolution 2312 (XXII))** *empfiehlt*, Asylsuchende an der Grenze nicht zurückzuweisen

-(vgl. auch

Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

(sog. *Genfer Konvention*; SR 0.142.30)

Art. 33 Verbot der Ausweisung und Zurückstellung

1. Kein vertragschliessender Staat darf einen Flüchtling in irgendeiner Form in das Gebiet eines Landes ausweisen oder zurückstellen, wo sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Anschauungen gefährdet wäre.

--> **NON-REFOULEMENT** konnte aber nicht in Vertragsform festgehalten werden.

-> somit ist Asylgewährung Frage des **innerstaatlichen** Rechts geblieben

-Anmerkung: **einzigartig** ist Lösung in **Deutschland** geblieben

-> Art. 16a Abs. 1: „*Politisch Verfolgte geniessen Asylrecht*“

-vermittelt ihnen *einklagbaren, subjektiven R'anspruch*

-Abgrenzung

-> Asyl *innerhalb* Staatsgebiet (territoriales Asyl)

-> Diplomat. Asyl in Botschaftsgebäude

(gem. allg. VR *Zweckentfremdung* der dipl. Mission)s

⁸ diese Asylgewährung darf nicht als *unfreundlicher Akt* angesehen werden.

A) Einzelmensch und Völkerrecht

-Welche Stellung hat der Einzelmensch im Völkerrecht?

-*traditionelle* Lehre:

- > Mensch ist **kein** VR-Subjekt
(-> Nur Staaten & Intl. Organisationen)
- > Mensch ist VR-Objekt von Rechten und Pflichten
- > *Einzelperson* wird nur unmittelbar durch übergeordneten Staat *berechtigt/verpflichtet* (sog. *MEDIATISIERUNG*)
 - Individualschutz *verpflichtet die VR-Subjekte* zu best. Verhalten

-*„moderne“* Lehre:

- > in **vör. Verträgen** werden die *M'rechte mit Verfahren kombiniert*
 - erlaubt dem Individuum Anspruch aus M'recht *gegen den Staat vor vör. R'sprechungsinstanzen einzuklagen* (Bsp: **EMRK**)
 - deshalb gilt Einzelmensch als **partielles VR-Subjekt**

-Welche vör. Rechtsgebiete befassen sich mit dem *Einzelmenschen*?

-es gibt *verschiedene* vör. Rechtsgebiete

- > *MENSCHENRECHTE*
- > *FREMDENRECHT*
- > *DIPLMATISCHER SCHUTZ*
- > *SCHUTZ DER FLÜCHTLINGE*
- > *SCHUTZ DER STAATENLOSEN*
- > *HUMANITÄRES KRIEGSVÖLKERRECHT*

-folgende *Organisationen* befassen sich damit

- > ECOSOC
- > UNICEF
- > FAO
- > Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen
- > Europarat (EMRK)

-Wie unterscheiden sich die *Menschenrechte* vom *Fremdenrecht*?

a)-Menschenrechte

- > Schutz aller Menschen um ihrer selbst willen
- > grundlegende Rechte
- > unabhängig von *Staatsangehörigkeit*
- > *vorstaatlich; universell; unverzichtbar, unverjährbar*

b)-Fremdenrecht

- > (Schutz „aller“ *Menschen* steht auch im Vordergrund)
 - Schutz aber von Staatsangehörigkeit *abhängig*
- > *Heimatstaat* betrachtet Schädigungen eines andern Staats (gegenüber Angeh. des Heimatsaats) als *Verletzung eigener Rechte*.

-Kann ein Einzelmensch ein *völkerrechtliches Delikt* begehen?

-Grundsätzlich nein!

-> Mensch ist ja *kein VR-Subjekt*

-> somit sieht VR *grunds. keine Haftung* oder *Bestrafung* für Einzelmenschen vor

-> Staaten haften für *Organe* (vör.-widrige Handlungen und Unterlassungen)

-> Staaten sind verpflichtet strafrechtlich¹ gegen *Organe & Gewaltunterworfenen* vorzugehen

-für *best. Verbrechen* gilt Universalitätsprinzip

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Menschenhandel • Sklaverei • Rauschgifthandel • Piraterie |
|--|

sog.
Delicta Iuris Gentium

-ausnahmsweise kommt **Völkerstrafrecht** zum Zug

-> also: Die direkte Strafbarkeit *nat. Personen* ergibt sich *direkt/unmittelbar aus VR* (= ohne Vermittlung durch staatl. R.)

-> Bsp: **Nürnberger** Kriegsverbrecherprozesse

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Kriegsverbrechen • Verbrechen gegen die Menschlichkeit • Verbrechen gegen den Frieden • Mitgli'schaft in verbrecherisch. Organisationen |
|--|

-> Rechtsquellen dieser TB bestanden nach Ansicht der Richter im VGR

-> Versuch, *Nürnberger Prinzipien* zu kodifizieren, *scheiterte*

B) Universeller Menschenrechtsschutz

-Was sind Menschenrechte?

-Rechte, die *Jedem* aufgrund Eigenschaft, menschliches Wesen zu sein, zusteht

-> unabhängig von:

- Rasse
- Geschlecht
- Sprache
- Religion

-historisch

-> 1776 - *VIRGINIA BILL OF RIGHTS*

-> 1798 - *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*

-> erst nach II. WK - vör. Normierung der Menschenrechte

¹ und zwar nach **innerstaatlichem** Strafrecht.

- Welches ist die *grundlegende Rechtsquelle* des MR-Schutzes?
 - **UN-Charta** vom 26.6.1945
 - > mit ihr beginnt der *moderne Schutz* der Menschenrechte
 - > aufgrund der in ihr verankerten Zielsetzungen sind viele
 - Verträge,
 - Deklarationen,
 - Resolutionen,
 erarbeitet worden
 - > Merke: Charta enthält „nur“:
 - 1- Zielsetzungen
 - 2- **keine materiellen** Schutznormen
 - 3- auf Charta gestützte „**Allg. Erklärung der MR**“ ist „nur“ *unverbindliche Empfehlung*
- Welche Verträge dienen dem universalen Schutz der Menschenrechte?
 - 1- **UN-Charta** (26.6.1945)
 - 2- **Allg. Erklärung der Menschenrechte**
 - > stützt sich auf Charta
 - 3- **Intl. Pakt über bürgerliche & polit. Rechte** (19.12.1966)
 - > (= UNO-Pakt 1; SR 0.103.2)
 - 4- **Intl. Pakt über wirtsch., soz. & kultur. Rechte** (19.12.1966)
 - > (= UNO-Pakt 2; SR 0.103.1)
 - > Dies Verträge werden *ergänzt durch spezielle* Verträge
 - > gegen *SKLAVEREI*
 - > gegen *FRAUEN-, MÄDCHEN* und *KINDERHANDEL*
 - > gegen *FOLTER*
 - > gegen *RASSEDISKRIMINIERUNG* und *APARTHEID*
 - Merke: in *bewaffneten* Konflikten gilt das **humanitäre** VR
- Welche Verträge dienen dem regionalen Menschenrechtsschutz?
 - Es gibt **3 regionale intl. Organisationen**
 - > **Europarat** (-> unten: 1- und 2-)
 - > **OAS** (= Organisation *amerikanischer* Staaten)
 - > **OAU** (= Organisation *afrikanischer Einheit*)
 - haben auf *vertraglicher* Grundlage spez. Systeme zum MR-Schutz eingerichtet²
 - 1- **EMRK** (=Konvent. zum Schutz der M'rechte & Grundfreih.)
 - > (4.11.1950; SR 0.101)
 - 2- **Europäische Sozialcharta** (18.10.1961)
 - 3- **Amerikanische M'rechtskonvention** (22.11.1969)
 - 4- **African Charter on Human & Peoples Rights**
 - > (26.6.1981)
- Welche Menschenrechte gehören zum *Ius Cogens*?
 - Hintergrund: die *erwähnten* VR-Verträge und viele *intl. Abkommen* haben zusammen mit UN-Praxis viele MR geschaffen, die allgemein gültig sind.
 - zumindest die *fundamentalsten Grundsätze* gelten als *Ius Cogens*

² stark von **Allg. Erklärung der Menschenrechte** beeinflusst.

- > Verbot des *Völkermords*
- > Verbot der *willkürlichen Tötung*
- > Verbot der *Folter*
- > Verbot der *unmenschlichen Behandlung*
- > Verbot der *Sklaverei*
- Welche Pflichten begründet die *Charta der Vereinten Nationen*?
 - sie sieht vor, dass
 - a)-**UNO selbst**, die Realisierung der M'rechte & Grundfreiheiten fördert (Art. 55 lit. c)
 - b)-**Mitgliedstaaten** mit UNO zusammenarbeiten, um die Charta-Ziele zu erreichen (Art. 56)
- Welche Bedeutung hat die *Allg. Erklärung der Menschenrechte*?
 - Hintergrund: UN-Charta erwähnt MR & Grundfreiheiten, beschreibt sie aber nicht näher
 - > *Allg. Erklärung der M'rechte* füllt die Lücke
 - > durch Aufzählung von grundlegenden *zivilen, bürgerlichen & politischen* Rechten
 - > hat aber **keine bindende** Wirkung (in Form der *RESOLUTION*s)
 - Merke: enthält *Recht auf Eigentum*
- Welche Rechte schützt der *UNO-Pakt 1*?
 - siehe SR 103.2
- Welche Rechte schützt der *UNO-Pakt 2*?
 - siehe SR 103.1
 - erweitert die auf diesem Gebiet in der *Allg. Erkl. der MR* fixierten Rechte
 - Anmerkung: *Recht auf Eigentum* fehlt
- Welche Bedeutung haben der *UNO-Pakt 1* und *UNO-Pakt 2*?
 - bindende* Wirkung für Beitrittsstaaten
 - UNO-Pakt 1 *präziser* als *Allg. Erkl. d. M'rechte*
 - UNO-Pakt 2 hat für viele Länder eher *programmatischen* Charakter
 - > seine Rechte setzen benötigen entsprechenden *Wohlstand*
 - Hauptmangel: **kein** *intl. Organ*, das Rechtspflichten der Staaten überwacht
 - PS: Pakte enthalten **kein** *Verfahren zur Durchsetzung* der MR im *Einzelfall*
 - > Keine *Individualbeschwerden* oder
 - > *sonstige Verfahrensrechte* für Einzelmenschen vorgesehen
- Was ist das *Petitionsverfahren*?
 - Verfahren *ausserhalb der 2 Pakte*; aber *im Rahmen der UNO*
 - eine *Kommission* prüft Mitteilungen bzgl. staatl. Verletzungen
 - >kann sie an ECOSOC mit Bericht & Empfehlung zuleiten
 - >kann Ad-Hoc-Kommission bilden zwecks Untersuchung
 - Untersuchung bedarf aber ausdr. Zustimmung des betroffenen Staates

-Wie sind *Minderheiten* geschützt?

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (SR 0.103.2) / UNO-Pakt 1 (19.12.1966)

Art. 27

In Staaten mit *ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten* darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr *eigenes kulturelles Leben zu pflegen*, ihre eigene *Religion* zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer *eigenen Sprache* zu bedienen.

C) Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)³

-Was ist die EMRK?

-Kombination von:

a)- **Katalog** von Menschenrechten und Grundfreiheiten

mit

b)- **völkerrechtlichem Durchsetzungsverfahren**

(im Gegensatz zu andern intl. MR-Schutz-Instrumenten)

-sie besteht aus:

-KONVENTION (SR 0.101)

-*ergänzended materielles* VERTRAGSRECHT

-> in Form von (**Zusatz**)-**Protokollen**
für **CH** bindend

• Prot. Nr. 6 (Abschaff. Todesstrafe) (SR 0.101.06)

• Prot. Nr. 7 (SR 0.101.07)

-Beachte: Bei Anwendung einer EMRK-Norm sind *immer die einzelnen Vorbehalte* und *Erklärungen* zu berücksichtigen.

((Zudem haben nicht alle Vertragsstaaten alle einzelnen Protokolle unterzeichnet))

-Wen schützt die EMRK?

-Hintergrund: *Konventi'mitglieder müssen Europarat-Mitglied* sein.

-> d.h. aber nicht, dass nur *Staatsangehörige* geschützt sind

-Art. 1 EMRK sichert **allen Personen, alle Konventions-Rechte** zu, sofern sie der Jurisdiktion eines Vertragsstaats unterstehen

-Hinweis: Art. 14 EMRK enthält *umfassendes Diskriminierungsverbot*

Art. 14 Diskriminierungsverbot

Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des *Geschlechts*, der *Rasse*, der *Hautfarbe*, der *Sprache*, der *Religion*, der *politischen oder sonstigen Anschauung*, der nationalen oder sozialen *Herkunft*, der *Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit*, des *Vermögens*, der *Geburt* oder eines *sonstigen Status* zu gewährleisten.

-Welche Rechte und Freiheiten schützt die EMRK?

-Hintergrund: ihr Katalog ist von der *Allg. Erkl. d. M'rechte* beeinflusst

-Unterscheidung in **3 Gruppen** von Rechten

-> Basismenschenrechte (siehe nächste Seite)

-> Jusitzrechte („)

-> Freiheitsrechte („)

³ Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.1..1950 (SR 0.101).

- Enthält die EMRK *absolute Garantien*?
- NEIN!!** Es gibt Einschränkungen:
 - a)-in den Bestimmungen *selbst*
 - b)-in *Notstandslagen*
- V.a. ist die *Beschränkung der polit. Freiheiten von Ausländern* erlaubt

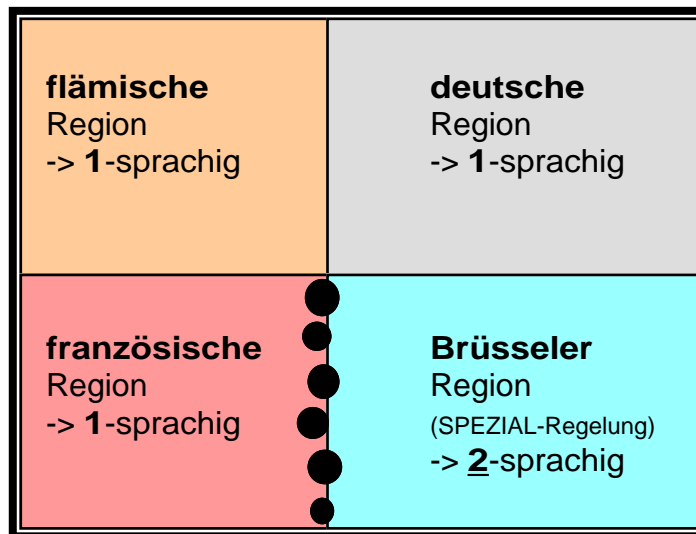
- Welches sind die *Basismenschenrechte* der EMRK?
 - Art. **2** -> *Recht auf Leben*
 - Art. **3** -> *Schutz vor Folter und vor unmenschl./erniedrig. Strafe*
 - Art. **4** -> *Schutz vor Sklaverei, Zwangsarbei, Pflichtarbeit*
- Welches sind die *Justizrechte* der EMRK?
 - Art. **5** -> *Recht auf Freiheit und Sicherheit*
 - Art. **6** -> *rechtliches Gehör.....(Abs. 1)*
 - „ -> *Unschuldsvermutung.....(Abs. 2)*
 - „ -> *Informations- und Verteidigungsrechte.....(Abs. 3)*
 - Art. **7** -> *Rückwirkungsverbot; „KEINE STRAFE OHNE GESETZ“*
- Welches sind die *Freiheitsrechte* der EMRK?
 - Art. **8** -> *Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens,
der Wohnung und des Briefverkehrs*
 - Art. **9** -> *Gedanken-F, Gewissen- u. Religions-F, Bekenntnis-F*
 - Art. **10**-> *Freie M'äusserung, freie M'verbreitung und Informations-F*
 - Art. **11**-> *Versammlungs-F, Vereinigungs-F, Gewerkschafts-F*
 - Art. **12**-> *Recht auf freie Wahl des Ehegatten*

- Welches sind die *Organe* der EMRK?
 - 1)-**Europäische Menschenrechtskommission**⁴
 - > **Beschwerde**-Instanz
 - Individualbeschwerden* (von Einzelmenschen)
 - Staatenbeschwerde* (ist *selten*, siehe unten)
 - > Strassburg
 - > Anzahl Mitglieder = Zahl der Vertragsstaaten/E'rat-Mitglied
 - 2)-**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte**
 - > **Erste** (und letzte) Instanz
 - Kommission*
 - Vertragsstaaten*
 - > Strassburg
 - 3)-**Ministerausschuss** (Ministerkomitee) **des Europarats**
 - 4)-**Generalsekretariat des Europarats**
- Was ist die *Staatenbeschwerde*?
 - durch Vermittlung von „4“ kann „1“ durch jeden Vertragsstaat, mit jeder angeblichen Verletzung von EMRK-Bestimmungen durch anderen Vertragsstaat, befasst werden
 - > Art. 24
 - > (ist *sehr selten*)

⁴ verfahrensrechtliche wirk sie als „Filter“ vor dem Zugang zum Gerichtshof.

- Wer darf eine *Individualbeschwerde* erheben?
 - Art. 25 bestimmt Klageberechtigung von:
 - > *jeder natürlichen* Person
 - > *jede nichtstaatliche* Organisation
 - > *jede Personenvereinigung*
 - Merke: Die *Individualbeschwerde* ist nur gegen *Vertragsstaaten* möglich, welche (der Kommission) erklärt haben, sich der Individualbeschwerde zu unterwerfen
- Welche *Voraussetzungen* muss die Individualbeschwerde erfüllen?
 - Ausschöpfung des *innerstaatlichen Instanzenzugs*
 - Erstmalige Unterbreitung
 - > nicht deckungsgleich mit bereits geprüftem Gesuch
 - Vereinbarkeit* mit EMRK
 - nicht *rechtmisbräuchlich*
 - nicht *offensichtlich unbegründet*
 - (Art. 26, 27)
 - Merke: Gegen Rückweisung durch Kommission gibt es **kein RM**
 - > 90 % werden zurückgewiesen
- Wie behandelt* die Kommission ein Beschwerdegesuch?
 - vgl. Art. 28
- Wie schliesst* die Kommission das Beschwerdeverfahren *ab*?
 - mit einem Bericht (-> vgl. Art. 30, 31)
- Unter welchen *Voraussetzungen* befasst sich *Gerichtshof* mit dem Fall?
 - fragliche Staat hat sich zur Zuständigkeit des Gerichtshofs unterworfen
 - wenn Kommission im Bericht festgehalten hat, dass keine gütliche Regelung erzielt wurde
 - vgl. Art. 32
- Wer darf einen Fall dem Gerichtshof vorlegen?
 - Kommission*
 - Vertragsstaat*
 - a)-dessen Staatsangehöriger der Verletzte ist
 - b)-der die Kommission mit dem Fall befasst hat
 - c)-gegen den sich Beschwerde richtet
 - Merke: Privatpersonen ist der *direkte Zugang ausgeschlossen*
 - a)-*natürliche Personen*
 - b)-*nichtstaatliche Organisationen*
 - c)-*Personenvereinigungent*
- Wie schliesst* der Gerichtshof bei Zuständigkeit das Klageverfahren *ab*?
 - mit einem *begründeten, endgültigen URTEIL*
 - wird festgestellt, dass ein Vertragsstaat EMRK verletzt hat, kann der Gerichtshof u.U. eine gerechte Entschädigung zusprechen
 - > *wichtig, wenn innerstaatl. Gesetze* Wiedergutmachung nur *unvollkommen* regeln

- Wie werden die *Urteile* des Gerichtshofes *durchgesetzt*?
 - Ministerausschuss *überwacht* Vollzug der Urteile (Art. 54)
 - Vertragsstaaten haben sich zu Urteilsbefolgung *verpflichtet* (Art. 53)
- Wie werden die *Entscheidungen* des Ministerausschusses *durchgesetzt*?⁵
 - Vertragsstaat muss innerhalb eines *Zeitraums* die entschiedenen Massnahmen *durchführen*
 - vgl. Art. 32 Abs. 2 und 3
- Was war im *BELGISCHEN SPRACHENSTREIT* zu entscheiden?



-Hintergrund:

- Sprachgesetzgebung* von **BELGIEN** beruht auf dem *Territorialitätsprinzip*
- **BELGIEN** hat **4** Sprachregionen
- Sprachregelung v.a. wichtig für **öffentlichen Unterricht**

-Sachverhalt: Einige Eltern wollten ihre Kinder nicht in der Sprache einer beliebigen Region unterrichten lassen.

- > so mussten sie Kinder in Privatschulen schicken
 - wurden vom Staat *nicht subventioniert*
 - Zeugnisse vom Staat *nicht anerkannt*
- > Eltern klagten bei der **Europ. Menschenrechtskommission**
 - wegen Verletzung der EMRK
- > **Kommssion** ging an **Gerichtshof**
 - Aus dem Haupturteil des Gerichtshofs:
 - „Ausschluss best. Kinder von den franz‘sprachigen Schulen in **6** der Brüsseler Region benachbarten **Gemeinden** ● verstösst gegen:
 - Art. 2 Satz 1 ZP (Recht auf Bildung)
in Verbindung mit
 - Art. 14 EMRK (Diskriminierungsverbot)
- > (**Belgien** kündigte an, sich dem Urteil des Gerichtshofes zu unterwerfen)

⁵ Gilt nur, falls EMRK-Verletzung bejaht wurde.

- Kann die EMRK von einem Vertragsstaat *gekündigt* werden?
 - JA**; unter folgenden Voraussetzungen -> (**Art. 58 EMRK**)
 - 1)-nicht vor Ablauf von 5 Jahren nach dem Tag, an dem die Konvention für ihn wirksam wird
 - 2)-nur nach einer 6 Monate vorher an den *Generalsekretär des Europarates* gerichteten Mitteilung
 - Beachte: Mit Ausscheidung aus EMRK, scheidet Staat auch aus EMRK aus
- Was ist die *europäische Sozialcharta*?
 - sie ist der **sozialrechtliche Ergänzungsvertrag** zur EMRK
 - verpflichtet Vertragsstaaten zur Angleichung ihrer Sozialordnungen
 - nicht alle Mitgliedstaaten des Europarates sind beigetreten
 - unterschiedlicher* Umfang der Rechte & Pflichten
 - Die einzelnen Rechte sind **keine subj. Individualrechte**
 - > es sind **rechtspolitische Zielsetzungen**
 - Beachtung* (der Sozialcharta) nur schwach abgesichert
 - >Vertragsstaaten müssen bloss alle 2 Jahre über die Anwendung der für sie verbindlichen Bestimmungen berichten

A) Die Organisation der Vereinten Nationen

- Welches ist der *Ursprung* der Vereinten Nationen?
 - Nachfolgestaat* des Völkerbundes
 - gegründet* am 26.6.1945
 - >San Francisco
 - > durch die UN-Charta
 - erste GV-Tagung* am 10.1.1946 (London)
- Welche *Ziele* und *Grundsätze* haben die Vereinten Nationen?
 - Ziele**
 - gem. Art. 1 UN-Charta sind es:
 - > *Weltfrieden* wahren
 - > *Intl. Sicherheit* wahren
 - > *Selbstbest'recht der Völker* verwirklichen
 - > *internationale Zusammenarbeit* fördern
 - > *Schutz der Menschenrechte* fördern
 - > Diese Ziele verfolgt die UNO *mit* folgenden **Grundsätzen**:
 - gem. Art. 2 UN-Charta
 - > *Gewaltverbot*
 - > *friedliche Streitbeilegung*
 - > *Interventionsverbot*
 - > *Pflicht der Zusammenarbeit*
 - > *Gleichberechtigung* der Völker
 - > *Selbstbestimmung* der Völker
 - > *souveräne Gleichheit* der Staaten
 - > Erfüllung der Charta-Verpflichtung nach *T & G*
 - Welches ist die *Rechtsnatur* der Vereinten Nationen?
 - interationale* Organisation
 - Völkerrechtssubjekt* **aufgrund Universalität'**
 - Bsp: *Graf BERNADOTTE-Fall*
 - Graf BERNADOTTE war *Vermittler* der Vereinten Nationen
 - Während dienstlicher UN-Tätigkeit in *Palästina* **ermordet**
 - >(zusammen mit weiteren Personen)
 - > **UN-Generalversammlung** ersucht **IGH** um *Gutachten*
 - Frage an den IGH:
 - Kann die UNO gegen die verantwortliche (*de-facto-* oder *de-iure-*)Regierung:
 - a) *den Schaden, der UNO entstanden ist* u n d
 - b) *den Schaden, der dem UN-Beamten (bzw. dessen Angehörigen) entstanden ist*
 - geltend machen?
 - Antwort des **IGH** --> **beide** Fragen: **JA**
 - Begründung: „UNO kann solche Ansprüche auch gegen Nichtmitgliedstaaten erheben, weil die UNO eine internationale Organisation ist, die keiner Anerkennung durch Nichtmitglieder bedarf.

¹ also nicht kraft Anerkennung.

- Wer kann Mitglied der Vereinten Nationen werden?
 - jeder *friedliebende Staat*
- Wie erfolgt die Aufnahme neuer Mitglieder?
 - aufgrund Empfehlung* des Sicherheitsrats, durch
 - > Beschluss der GV
 - vgl. Art. 4 UN-Charta
 - Aufnahmebeschluss erfordert 2/3-Mehrheit
 - Anmerkung: Nichtmitglieder mit Beobachterstatus
 - > können auf Antrag Beobachterstatus erwerben
 - > Voraussetzung: Mitglied einer Sonderorganisation
 - > **kein Rederecht**
 - > Bsp: **CH, Heilige Stuhl**
- Lässt sich *Neutralität* mit der UN-Mitgliedschaft vereinbaren?
 - Hintergrund: Bestimmungen wie etwa:
 - Art. 25; Bindende Wirkung der Beschlüsse des Sicherheits-R
 - Art. 42 f, 48, 51; Beistandspflicht & System der koll. S'heit
 führen zu Frage der Vereinbarkeit
 - Geist der Charta lässt nicht auf grunds. Unv'einbarkeit schließen
 - Österreich** und **Schweden** sind UNO-Mitglieder und **neutral**
- Wie wird die Mitgliedschaft *beendet*?
 - Charta enthält keine Bestimmungen über Austrittsrecht
 - Materialien von San Francisco ist Austritt **möglich**
 - > in Praxis sogar zugelassen
 - Bsp: Austritt von **Indonesien**²
- Welche *Organe* haben die Vereinten Nationen?
 - 1)-Hauptorgane
 - > *Generalversammlung*
 - > *Sicherheitsrat*
 - > *Wirtschaft- und Sozialrat*
 - > *Treuhandrat*
 - > **IGH**
 - > *Sekretariat*
 - 2)-Nebenorgane
 - > *UNICEF* (Kinderhilfswerk)
 - > *u.a.*
 - 3)-Friedenssichernde Organe
 - > *UNIFIL* (Interimstruppe im Libanon)
 - > *u.a.*
 - 4)-Sonderorganisationen
 - > *WWHO* (Weltgesundheitsorganisation)
 - > *u.a.*
 - 5)-Autonome Organisationen innerhalb des Verbands
 - > *GATT* (Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen)

² aus Protest gegen die Wahl von Malaysia in den Sicherheitsrat.

- Wie erfolgt die Vertretung der Mitgliedstaaten in den *Hauptorganen*?
 - durch Staatenvertreter
 - > *Generalversammlung*
 - > *Sicherheitsrat*
 - > *Wirtschaft- und Sozialrat (ECOSOC)*
 - > *Treuhandrat*
 - Beachte: *Vollmachtbestimmungen* in VRK (Art. 7)
- Wie sind *Zusammensetzung* und *Stimmrecht* der GV geregelt?
 - a)-Zusammensetzung
 - > Art. 9 UN-Charta
 - > sie besteht aus *allen Mitgliedern* der UNO
 - > *höchstens 5* Vertreter pro Mitglied
 - b)-Stimmrecht
 - > **jedes Mitglied 1 Stimme**
 - bei *wichtigen*³ Beschlüssen:
 - > 2/3-Mehrheit der *anwesenden* und *abstimmenden* Mitglieder
- Wie heißen die *Willensakte* der Generalversammlung?
 - 1)-**Resolutionen** (*resolutions*)
 - > in dieser Form spricht GV *meist EMPFEHLUNGEN* aus
 - 2)-**Erklärungen** (*declarations*)
 - > Gegenstand bilden wichtige *ENTSCHEIDE*
 - 3)-**Beschlüsse** (*decisions*)
 - > für *ORGANISATORISCHE* und *TECHNISCHE* Fragen
- Welches sind die *Aufgaben* der Generalversammlung?
 - Art. 10, 11 UN-Charta
 - A)-Erörterung *aller* Fragen, die in Bereich der Charta fallen
 - B)-Erörterung *aller* Fragen über Kompetenz eines (Charta)-Organs
 - C)-Befassung mit *allg. Grundsätzen*
 - > der *Zusammenarbeit* zur Wahrung des Weltfriedens,
 - > der *intl. Sicherheit*,
 - > inkl. (Grundsätzen) für *Abrüstung & Rüstungsregelung*
 - >Möglichkeit bezüglich *Grundsätze* EMPFEHLUNGEN an
 - Mitglieder
 - Sicherheitsrat
 zu richten
 - Merke: In Bereichen A), B), C) i.d.R. **keine rechtlich** verbindlichen Empfehlungen
- Art. 4, 6, 101/1, 23, 61, 97 UN-Charta und Art. 4, 32 IGH-Statut
 - echte **Entschiessungskompetenzen**

³ siehe zu diesen Fragen Art. 18 UN-Charta.

- Wie ist der *Sicherheitsrat* zusammengesetzt?
 - aus **15** Mitgliedern
 - > 5 *ständige* **CHIN • F • RUSS • GB • USA**
 - > 10 *nichtständige*
 - von GV gewählt
 - für 2 Jahre
 - k. unm'bare Wiederwahl
 - Art. 23
- Welche *Aufgaben* hat der Sicherheitsrat
 - Hauptverantwortung für *Wahrung Weltfrieden & intl. Sicherheit*
 - Friedliche* Beilegung intl. Konflikte
 - Jahresberichte* (zur Prüfung) an GV
 - > falls nötig auch *Sonderberichte*
 - Art. 24
- Wie erfolgt die *Abstimmung* im Sicherheitsrat?
 - Art. 27
 - *jedes Mitglied 1 Stimme*
 - **Beschlussfassung**
 - 1)-über Verfahrensfragen
 - Zustimmung von 9 Mitgliedern
 - 2)-über alle anderen Fragen
 - Zustimmung von 9 Mitgliedern
 - > **inkl.** *Zustimm. der ständigen* Mitglieder
 - (führt zu Vetorecht der ständ. M.)
- Wie ist der *Wirtschafts- und Sozialrat* (ECOSOC) zusammengesetzt?
 - Art. 61
 - **54** UN-Mitglieder
 - > von GV gewählt
 - > (alle 3 Jahre 18)
 - > unmittelbare Wiederwahl *möglich*
- Welche *Aufgaben* hat der Wirtschafts- und Sozialrat?
 - Er kann über *internationale Angelegenheiten* aus den Bereichen
 - Sozialwesen
 - Kultur
 - Erziehung
 - Gesundheit
 - und *verwandte* Gebiete
 - > *Untersuchungen* durchführen oder bewirken;
 - > *Berichte* verfassen oder veranlassen
 - > diesbezügliche *Empfehlungen* richten an:
 - UN-Mitglieder
 - Generalversammlung
 - Sonderorganisation, Unterkommissionen
 - Anmerkung:** In vielen Bereichen ist ECOSOC „nur“ noch *Übermittlungsstelle* zwischen GV<->Sonderorganisation od. Unterkommiss.

- Was ist die Aufgabe der (*Wirtschafts*)-Kommissionen des ECOSOC?
 - Begriff: Dies Kommissionen sind Nebenorgane des ECOSOC
 - Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung* in div. Regionen
 - Übersicht der regionalen *Wirtschaftskommissionen*
 - >ECE (Economic Commission for **Europe**)
 - >ESCAP (Economic & Social Commission for **Asia** and the **Pacific**)
 - >ECA (Economic Commission for **Africa**)
 - >ECWA (Economic Commission for **Western Asia**)
- Was ist das *Treuhandsystem*?
 - historischer Hintergrund:
 - *Nach* dem 1. WK wurden
 - > frühere deutsche Kolonien und
 - > gewisse asiatische Gebiete der Türkei
 - dem *Mandatssystem des Völkerbundes* unterstellt
 - UNO ersetzte *Mandatssystem* durch **Treuhandsystem**
 - > **Treuhandsystem** verwaltet und beaufsichtigt *abhängige* Gebiete
 - > Art. 75 ff UN-Charta
- Wie ist der Treuhandrat *zusammengesetzt*?
 - ständige* Mitglieder des *Sicherheitsrat*
 - UN-Mitglieder
 - > jene, die Treuhandgebiete *verwalten*
 - > von GV gewählte weitere Mitglieder
 - > Art. 86 UN-Charta
- Was sind die *Aufgaben* des Treuhandrats?
 - Prüfung der Jahresberichte* der Verwaltungsmächte
 - Petitionen* der eingeborenen Bevölkerung *prüfen*
 - >(In Konsultation mit dem Treuhänder)
 - periodische Besichtigungen* der Treuhandgebiete
 - Beachte: Beschlüsse haben bloss empfehlenden Charakter
- Wie wird der *Generalsekretär* gewählt?
 - auf *Empfehlung* des *Sicherheitsrats* von der GV
- Was ist seine *Stellung*?
 - höchster *Verwaltungsbeamte* der UNO
- Was sind die *Aufgaben* und *Funktionen* des Generalsekretärs?
 - a)-administrative Aufgaben
 - > Ernennung der *Bediensteten*⁴ der UNO
 - > Teilnahme an *allen Sitzungen* von
 - GV
 - Sicherheitsrat
 - ECOSOC
 - Treuhandrat
 - > Wahrnehmung aller sonstigen ihm (von eben erwähnten) zugewiesenen Aufgaben
 - > Berichterstattung an GV über UNO-Tätigkeit (jährlich)

⁴ sog. „internationale Beamte“.

b)-politische Funktion

- > nach eigenem Dafürhalten kann er den *Sicherheitsrat* auf *friedensgefährdende Angelegenheiten* hinweisen
- > (auf eigene Initiative „*Gute Dienste*“ anbieten und „*Vermittlungsvorschläge*“ unterbreiten)
 - also ohne Auftrag der GV
- Wie wird UNO *finanziert*?
 - Art. 17 Abs. 2 UN-Charta
 - nach *Verteilungsschlüssel*
 - > wird von GV fixiert
 - > **USA**.....25 %
 - > **D•J•RUS**.....10 % (je)
 - > **GB•I•KAN•ESP**.....2 % (je)
 - > **Meisten** Staaten.....0,01 %

B) System der Friedenssicherung

- Was besagt das *Gewaltverbot*?
 - Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta
 - Keine Androhung oder Anwendung von Gewalt**
 - > in *intl.* Beziehungen
 - > gegen die *territoriale* Unversehrtheit o d e r
 - > gegen die *politische* Unabhängigkeit eines Staats
 - einzig*e Ausnahme
 - > Recht auf individuelle Selbstverteidigung (Art. 51)
 - antizipiert* erlaubt
 - Bsp: **israelischer Präventivschlag** im JOM KIPPUR-Krieg
- Was ist die Pflicht zur *friedlichen Streiterledigung*?
 - Streitparteien sollen sich *friedlicher Mittelbemühen*
 - Art. 33 Abs. 1 UN-Charta
 - > Beilegung durch:
 - Verhandlung*,
 - Untersuchung*,
 - Vermittlung*,
 - Vergleich*
 - Schiedsspruch*
 - gerichtliche Entscheidung*
 - Regionale Einrichtungen/Abmachungen* nutzen
 - andere* friedliche Mittel nach Wahl
- Was sind die *Aufgaben* des Sicherheitsrats *bei der friedlichen Beilegung* von Streitigkeiten?
 - Art. 34, 36, 38 UN-Charta
 - Untersuchen* (ob Weltfriede und/oder intl. Sicherheit gefährdet)
 - Empfehlungen* abgeben
 - Vermittlungsvorschläge* unterbreiten

- Wie können Staaten ihre Rechtsansprüche *durchsetzen*?
 - Merke: „**Mangel**“ der UN-Verfassung besteht darin, dass sie Durchsetzung mit Gewalt *verbietet*, ohne jedoch eine anderes griffiges Verfahren - zur Zwangsvollstreckung von R'ansprüchen - *einzuführen*
 - Normales Vorgehen
 - **IGH** erlässt Urteil (wenn von Partei X nicht befolgt)
 - > Partei Y *wendet sich an Sicherheitsrat*
 - **Sicherheitsrat**
 - gibt *Empfehlung* ab o d e r
 - beschliesst *Massnahmen*
 - Art. 94 Abs. 2 UN-Charta
- Was ist das *System der kollektiven Sicherheit*?
 - Hintergrund: mit diesem *System* soll Weltfrieden gewahrt werden
 - Bedeutung: Ein Staat, der *Gewaltverbot verletzt*, soll mit dem Widerstand der **Gesamtheit der UN-Mitglieder rechnen**.⁵
 - > Bsp: Sanktionen gegen **Irak** (nach Überfall auf **Kuwait**)
- Was unternimmt der Sicherheitsrat gegen Staaten, die den Weltfrieden gefährden?
 - a)-Friedliche Sanktionsmassnahmen
 - Art. 41 UN-Charta
 - Beschluss* von Massnahmen
 - > Auffordern der Mitglieder sie *durchzuführen*
 - Unterbrechung
 - > Wirtschaftsbeziehungen
 - teilweise
 - vollständige
 - > Transportsysteme
 - Luftverkehr
 - Seeverkehr
 - Eisenbahn
 - > Kommunikationssysteme
 - Telegraph/Telefon
 - Post
 - Funk
 - Abbruch
 - > diplomatischer Beziehungen
 - b)-Militärische Sanktionen
 - Art. 42 UN-Charta
- Welche Beispiele *militärischer Sanktionen* gibt es?
 - KOREA**-Krieg (1950 - 1953) -> Im kollektiven Verbund
 - IRAK-KUWEIT** (1990 - 1991) -> USA und Alliierte

⁵ also nicht *nur Widerstand des Angegriffenen* erwarten.

- Was ist „UNITING FOR PEACE“?
 - Hintergrund bildet die gleichnamige GV-Resolution vom 3.11.1950
 - > Versäumt es der Sicherheitsrat (mangels Einhelligkeit der ständigen Mitglieder) Weltfrieden & intl. Sicherheit zu wahren, **kann sich GV** mit Angelegenheit befassen
 - Resolution von **IGH** gebilligt
 - > als „subsidiäre Verantwortung der UNO-GV“
 - Merke: GV kann aber nur *Empfehlungen* abgeben
 - >(also keine Zwangsmassnahmen wie Sicherheitsrat)
 - PS: GV hat *noch nie* Gebrauch gemacht
- Was ist „PEACEKEEPING“?
 - Militärische* und *Paramilitärische* Einsätze von UN-Personal
 - > zur friedlichen Beilegung von intl. Konflikten
 - Personal sind die:
 - a)-UN-Beobachtereinheiten (*observer forces*)
 - > **Blauhelme**
 - kein Kampfauftrag
 - Einsatz nur mit *Zustimmung* aller Konfliktpartein⁶
 - Ausrüstung zwecks *Selbstverteidigung*
 - b)-UN-Friedenssicherungseinheiten (*peace-keeping forces*)
 - Einsätze waren zB:
 - > 1947 - **UNSCOB** (*Special Committee on the Balkans*)
 - > 1980 - **UNIIMOG** (*Iran-Irak Military Observer Group*)

C) Sonderorganisationen

- Was sind *Sonderorganisationen* der Vereinten Nationen?
 - > *internationale* Organisationen
 - > auf *verschiedenen* Gebieten tätig
 - Wirtschaft
 - Sozialwesen
 - Kultur
 - Erziehung
 - Gesundheit
 - > sind durch *Kooperationsabkommen* über den ECOSOC mit den Vereinten Nationen verknüpft (vgl. Art. 57 UN-Charta)
 - > **eigene** *Rechspersönlichkeit*
 - > ihre Mitglieder **müssen nicht zwingend** UN-Mitglied sein
 - >(!!Einige Sonderorganisationen sind älter als UNO)⁷
- Welches sind die *Organe* der Sonderorganisationen?
 - Versammlung* der Mitgliedstaaten
 - Exekutivorgan*
 - Sekretariat*.....(Vorstand ist *Generaldirektor* od. -*sekretär*)
 - (*mehrere*) *Ausschüsse*

⁶ Blauhelme-Einsätze sind somit keine Zwangsmassnahmen. „THERE IS NO PEACEKEEPING, IF THERE IS NO PEACE TO KEEP!“.

⁷ so wurde die „INTL. ARBEITSORGANISATION“ 1919 gegründet (Genf).

-*Welches* sind die Sonderorganisationen der UNO?

• UPU	Weltpostverein	Bern
• OIT	Intl. Arbeitsorganisation	Genf
• UIT	Intl. Fernmelde-Union	Genf
• WHO	Weltgesundheitsorganisation	Genf
• OMPI	Weltorganisation für geistiges Eigentum	Genf
• WMO	Weltorganisation für Meteorologie	Genf
• CFC	Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe	Amsterdam
• IMO	Intl. Seeschiffahrtsorganisation	London
• UNESCO	Org. für Erziehung, Wissenschaft, Kultur	Paris
• FAO	Ernährung- und Landwirtschaftsorg.	Rom
• FIDA	Intl. Agrar-Entwicklungsfonds	Rom
• ICAO	Intl. Zivilluftfahrt-Organisation	Montreal
• IDA	Intl. Entwicklungsorganisation	Washington
• IBRD	Intl. Bank für Wiederaufbau & Entwicklung	Washington
• IFC	Intl. Finanzkorporation	Washington
• IMF	Intl. Währungsfonds	Washington

(Anmerkung: **unterstrichen** = Schweiz ist (sicher) Mitglied)
 SR-Nummer: zahlensystematisch ab „0.192.....“)

-*Was* sind die Nebenorgane der UNO?

-Hintergrund: *Einteilung* der Organe der UNO im Überblick

1)-	Hauptorgane -> <i>GV</i> • <i>Sicherh'rat</i> • <i>ECOSOC</i> • <i>Treuhandrat</i> • <i>IGH</i> • <i>Sekretariat</i>
2)-	Nebenorgane -> <i>UNICEF</i> (Kinderhilfswerk)• <i>u.a.</i>
3)-	Friedenssichernde Organe -> <i>UNIFIL</i> (Interimstruppe im Libanon)• <i>u.a.</i>
4)-	Sonderorganisationen -> <i>WHO</i> • <i>u.a.</i> --> siehe Auflistung oben
5)-	Autonome Organisationen innerhalb des Verbands -> <i>GATT</i> (Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen)• <i>u.a.</i>

-werden *zusätzlich* (neben Hauptorganen) *nach Bedarf* eingesetzt
 -> Art. 7 UN-Charta

-*Bezeichnungen* sind vielfältig
 -> *Unterorgan*
 -> *Sonderorgan*
 -> *Hilfsorgan*
 -> *Programme*

-*Kompetenz* leitet sich *aus Zuständigkeit der Hauptorgans* ab, von welchem es *geschaffen* wurde
 -> somit **keine eigene Rechtspersönlichkeit**

- UNO-Mitglieder *i.d.R.* Mitglieder der Nebenorgane
- (u.U. hat Nebenorgan *keine eigene Finanzierungsgrundlage*
 - > ihre *Rechnung* ist dann Bestandteil des *UNO-Haushalts*
 - Bsp: UNCTAD)

- Welches sind die *wichtigsten Nebenorgane der UNO?*
 - a)-des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC)
 - > UNICEF
 - > UNHCR
 - > UNDP
 - > UNEP
 - b)-des Sicherheitsrats
 - > UNMOGIP
 - > UNTSO
 - > UNFICYP
 - > UNDOF
 - > UNIFIL
 - > UNIIMOG
 - > UNTAG

(sind alles *friedenssichernde Operationen*)
 - c)-autonome Organisationen innerhalb des Verbandes der VN
 - > GATT
 - > IATA

- Was ist die **ILO**?
 - INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION (IAO)**
 - 1919 gegründet
 - Genf ist Sitz
 - seit 1946 *Sonderorganisation*
 - ca. 100 Mitgliedstaaten
 - Förderung der sozialen Gerechtigkeit**
 - > durch *Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen*
 - Zielerreichung* durch:
 - > Ausarbeitung von *intl. Übereinkommen*
 - > Abgabe von *Empfehlungen*
 - > Errichtung von *Ausbildungszentren*
 - Organe
 - > *intl. Arbeitskonferenz* (= Mitglieder-Vollversammlung)
 - > *Verwaltungsrat* (Exekutivorgan)
 - > *Intl. Arbeitsamt-IAA* (Administrativorgan)
 - Generaldirektor* steht vor

- Was ist die **FAO**?
 - INTL. ERNÄHRUNGS- & LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION**
(*Food and Agricultural Organization*)
 - 1945 gegründet
 - Rom ist Sitz
 - ca. 150 Mitgliedstaaten

- Hebung des globalen Ernährungsstandards**
- Steigerung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion**
- Förderung der Fischerei**

-Zielerreichung durch:

-> gezielte Förderung der Entwicklungsländer
(durch technische Hilfe)

-> Im Rahmen des „Welternährungsprogramms“ ist sie zuständig für die Nahrungsmittel-Notstandhilfe

(geschöpft aus spez. bestehendem Fonds;--> Intl. Emergency Food Reserve)

-Organe:

-Konferenz (Mitglieder-Vollversammlung)

-FAO-Rat (49 Mitglieder als Exekutivgremium)

-FAO-Sekretariat (Administrativorgan)

-> Generaldirektor als Vorsteher

-Was ist die **UNESCO**?

-UN's Educational, Scientific & Cultural Organization

-intl. Organisation

-1945 als Sonderorganisation gegründet

-Paris ist Sitz

-ca. 150 Mitglieder

-**Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf den Gebieten der ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT und KULTUR zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit**

-Zielerreichung durch:

-> Verbesserung des Schulunterrichts weltweit

-> Beseitigung des Analphabetismus in der 3. Welt

-> Förderung des freien Nachrichtenaustausches

-> Schutz & Verbreitung des kulturellen Erbes

-(Copy right-Schutz)

-Organe:

-Generalkonferenz (Mitgliedstaaten-Vollversammlung)

-Exekutivrat

-Sekretariat

-Generalsekretär als Vorsteher

-Was ist die **WHO**?

-WORLD HEALTH ORG. / Weltgesundheits-Organisation

-internationale Organisation

-1946 gegründet

-> seit 1947 Sonderorganisation

-Genf ist Sitz

-ca. 160 Mitglieder

-**Schaffung des bestmöglichen Gesundheitszustands für alle**

-Zielerreichung durch:

-> *Seuchenbekämpfung*

-> *Verbesserung der Umwelthygiene*

-> *Verbesserung der medizinischen Forschung*

(Bsp. für Erfolg: **Pockenschutzimpfprogramm** --> so konnte 1980 Ausrottung der Pocken deklariert werden)

-Organe:

-> *Weltgesundheitsversammlung* (Mitglieder-Vollversamml.)

-> *Exekutivrat*

-> *Sekretariat*

-*Generaldirektor* als Vorsteher

-Was ist der **UPU**?

-*UNIVERSAL POST UNION; WELTPOSTVEREIN*

-*internationale Organisation*

-1874 gegründet

- ist *Sonderorganisation*

-*Bern* ist Sitz

-ca. 160 Mitglieder

-***Verbindung zwischen den Völkern durch wirkungsvolle Postdienste***

-Zielerreichung durch:

-> *technische* Hilfe bei Auf- und Ausbau der Postdienste

-> *Förderung der Freiheit des Postdurchgangs*

-Organe:

-> *Kongress* (Mitgliedstaaten-Vollversammlung)

-> *Vollzugsrat*

-> *Intl. Büro* (Administrativorgan)

-*Generaldirektor* als Vorsteher

-Was ist die **WMO**?

-*WORLD METEOROLOGICAL ORGANIZATION*

-*Intl. Organisation*

-1947 gegründet

-seit 1951 *Sonderorganisation*

-*Genf* ist Sitz

-***Weltweite Kooperation zwischen meteorolog. Stationen***

-> *Datenaustausch*

-> *Normierung von Beobachtungsinstrumenten*

-> *Erstellung einheitlicher Statistiken*

-Organe:

-> *Meteorolog. Weltkongress* (Mitgliedstaaten-Vollversamml.)

-> *Exekutivrat*

-> *Sekretariat*

-*Generalsekretär* als Vorsteher

-Was ist die **WIPO**?

-WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION

-> **OMPI** (Org. Mondiale de la Propriété Intellectuelle)

-1967 gegründet als Sonderorganisation

-Genf ist Sitz

-ca. 100 Mitglieder

-**weltweite Förderung des Schutzes des geistigen Eigent.**

-> Urheberrecht an Werken der Literatur & Kunst

-> Schutz von Erfindungen an Marken, Mustern & Modellen

-Zielerreichung durch:

-> Förderung internationaler Vereinbarungen

-> Zurverfügungstellung von rechtlicher & technischer Hilfe

-> Bereitstellen der Verwaltung für :

- die PARISER Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (**PÜV**, 1883)

- die BERNER Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und der Kunst (**BÜ**, 1886)

-Anmerkung: Mitglied wird, wer:

a) UN-Mitglied ist, o d e r

b) **PÜV** beigetreten ist o d e r

c) **BÜ** beigetreten ist

-Organe:

-> Generalversammlung

-> Konferenz (Exekutivorgan)

-> Internationales Büro (Administrativorgan)

-Generaldirektor als Vorsteher

-Was ist der **IFAD**?

-INTL. FUND FOR AGRICULTURAL DEVELOPMENT

(Intl. Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung)

-intl. Organisation

-1976 gegründet

-seit 1977 Sonderorganisation

-ca. 140 Mitglieder

-**Förderung der Nahrungsmittelerzeugung in den Entwicklungsländern**

-Zielerreichung durch:

-> günstige Kredite

-Organe:

-> Gouverneurs-Rat (Versammlung aller Gouverneure;
<pro Staat 1 G.>)

-> Verwaltungsrat (Exekutivgremium)

- Was ist die **UNICEF**?
 - UN's CHILDREN's FUND / KINDERHILFSWERK
 - Nebenorgan** des ECOSOC der Vereinten Nationen
 - New York ist Sitz
 - Hilfe für alle notleidenden Kinder**
 - Zielerreichung durch:
 - > Unterstützung v.a. der 3. Welt
 - > *Hilfsprogramme*
 - für *Mütter und Kinder* in Bereichen wie:
 - Gesundheitsfürsorge
 - Ernährung
 - Erziehung
 - Organe:
 - > *Verwaltungsrat (EXECUTIVE BOARD)*
 - > *Sekretariat*
 - Generaldirektor* als Vorsteher
- Was ist der **UNHCR** der Vereinten Nationen?
 - UN's HIGH COMMISSIONER FOR REFUGEES
(Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)
 - Nebenorgan** des ECOSOC der Vereinten Nationen
 - Genf ist Sitz
 - Wahrnehmung des intl. Rechtsschutzes für Flüchtlinge**
 - Zielerreichung durch:
 - > **v.a.** durch *Überwachung* des Vollzugs der
„Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom
28.7.1951“ ((sog. GENFER Konvention))⁸
 - Wahl erfolgt durch GV der Vereinten Nationen
 - Bericht* (via ECOSOC) an GV
 - beraten wird er von *Verwaltungsrat (EXECUTIVE COMITEE)*
 - >(Verw'rat besteht aus *Vertretern von 41 Staaten*)
- Was ist das **UNDP** der Vereinten Nationen?
 - UN's DEVELOPMENT PROGRAMME
(UN-Entwicklungsprogramm)
 - Nebenorgan** des ECOSOC der Vereinten Nationen
 - Technische Unterstützung der Projektierung & Ausarbeitung von Programmen für Entwicklungsländern zur wirtschaftlichen & sozialen Entwicklung**
 - Organe:
 - > *Verwaltungsrat (Governing Council)* (48 Mitglieder)
 - > *Administration*
 - Administrator* als Vorsteher

⁸ SR 0.142.30.

A) Nichtrichterliche Streitbeilegung

-Sind die *Staaten* zur *friedlichen Streitbeilegung* verpflichtet?

a)-Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen

-**JA**, dies ist kodifiziert in Art. 2 UN-Charta

-> siehe auch „**12 Vereinte Nationen**“

b)-Nicht-Mitgliedstaaten?

-**JA!!** und zwar gem Völkergewohnheitsrecht

-Grundsatz: Es **muss** ernsthaft verhandelt werden

-Anmerkung: Prinzip der friedlichen Streitbeilegung ist - neben Art. 12 UN-Charta - in diversen Abkommen kodifiziert.

-> Art. 1; Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18.10.1907

->(SR 0.193.212)

-> Art. 1; Europäisches Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vom 29.4.1957

->(SR 0.193.231)

-> u.a.

-Welche Mittel *friedlicher* Streitbeilegung gibt es?

a)-Mittel **nichtrichterlicher** Streitbeilegung

-> Art. 33/1 UN-Charta

- Verhandlungen
- Gute Dienste
- Vermittlungen
- Untersuchung
- Vergleich
- andere Mittel eigener Wahl

b)-Mittel **richterlicher** Streitbeilegung

-> Art. 33/1 UN-Charta

- Schiedsgerichtsbarkeit
- internationale Gerichtsbarkeit

-Was sind *Verhandlungen*?

-Bemühungen der Streitparteien ->(also *unter Ausschluss* Dritter)
Konflikte *diplomatisch* zu lösen

-Form der Verhandlungen

-*mündlich*

-*schriftlich*

-Aufnahme der Verhandlungen

1)-kann als *Rechtspflicht* in Verträgen *kodifiziert* sein

->PACTUM DE NEGOTIANDO

- V. ernsthaft führen (nach T & G)
- pos. Abschluss **kein** *Muss*

2)-Begründung einer *Rechtspflicht* zum pos. Abschluss kann begründet werden

->PACTUM DE CONTRAHENDO

- Was sind *Gute Dienste*?
 - Anerbieten eines *am Streit Unbeteiligten VR-Subjekts* die Streitparteien zur *Verhandlungsaufnahme* zu bewegen (und ihnen *technische* Hilfe zu gewähren)
 - Merke:
 - keine Verhandlungsbeteiligung**
 - kein sonstiges** Tätigwerden (zB. Vermittlung)
 - Pflicht* zur Annahme *Guter Dienste* kann **vertraglich** begründet werden
 - zB: Art. 2/1 *Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle* vom 18.10.1907
 - >(SR 0.193.212)
 - Beispiele
 - > Wahrung fremder Interessen als Schutzmacht
 - > *Humanitäre* Aktionen
 - > Bereitstellen der *Infrastruktur für Verhandlungen*
 - (Anerbieten *GD* könnte als *Enmischung in Inneres* betrachtet werden; wäre somit --> unfreundlicher Akt
 - >Art. 3/3 des *Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle* hält fest, dass das Anerbieten *Guter Dienste* **nie als unfreundlicher** Akt betrachtet wird)
- Was ist *Vermittlung*?
 - Unterbreitung einer Lösung zur Beendigung eines Konflikts durch unbeteiligtes VR-Subjekt
 - Lösungsvorschlag ist für Parteien **unverbindlich**
 - Lösungsvorschlag ist **kein unfreundlicher Akt**
 - Art. 3/3 (des Abkommens; SR 0.193.212)
 - Beispiel: *INDUS-Wasserstreit* (1951)
 - durch die *GD & Vermittlung* der *Weltbank* beigelegt
- Was ist *Sekundantenvermittlung*?
 - besondere Form** der *Vermittlung*
 - Art. 8/1 (des Abkommens; SR 0.193.212)
 - jede der im Streit befindlichen Parteien bestimmt *eine Macht*
 - > diese wird betraut *direkt* mit der *Macht* des Gegners in Kontakt zu treten, um den Bruch der friedlichen Beziehungen zu verhindern
- Was ist die *Untersuchung*?
 - unparteiische Kommission* stellt im *U-Verfahren* Tatsachen fest
 - > Untersuchungsbericht wird erstellt
 - > bildet *Grundlage* für weitere Verhandlungen
 - > (Merke: *rechtliche Schlussfolgerungen* sind zu unterlassen)
 - Beispiel: *DOGGERBANK-Zwischenfall*
 - 1904 feuerten **russische** Schiffe auf **englische** Fischerboote (**Russen** glaubten es seien **Japan**. Kriegsschiffe)
 - > *Unabh. U-Kommission* stellte Sachverhalt fest

-Was ist der *Vergleich*?

-**Kombination** von *Vermittlung* und *Untersuchung*

-Vergleichskommission :

-> stellt *Tatsachen* fest..... (= Untersuchung)

-> unterbreitet Parteien dann.....(=Vermittlung)

Lösungsvorschlag

-(Vorschlag **muss nicht** angenommen werden)

-Beispiel: **D-CH** Schieds- und Vergleichsvertrag vom 3.12.1921

-> sah vor, dass sämtliche Streitigkeiten¹ einer **ständigen Vergleichskommission** vorzulegen sind.

B) Schiedsgerichtsbarkeit

-Was ist ein *internationales Schiedsgericht*?

- **Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle** (SR 0.193.212)

Artikel 37

Die internationale Schiedssprechung hat zum Gegenstande die *Erledigung von Streitigkeiten zwischen den Staaten durch Richter ihrer Wahl* auf Grund der Achtung vor dem Rechte.

Die *Anrufung der Schiedssprechung schliesst die **Verpflichtung** in sich*, sich nach Treu und Glauben **dem Schiedsspruche zu unterwerfen**.

-Begriff-Abgrenzung:

-> Schiedsgericht ≠ Vergleichskommission

-*Entscheid* der Vergleichskommission hat **keine Bindungswirkung**

-Beachte: Staaten sind *souverän*

-> somit können sich nicht gegen ihren Willen einem Schiedsgericht unterworfen werden

-> Unterwerfung durch vör. **Vertrag**

-Beispiel:

Schiedsgericht- und Vergleichsvertrag zwischen der SCHWEIZ. EidG. und dem DEUTSCHEN REICH
(SR 0.193.411.36)

Artikel 1

Die vertragsschliessenden Teile verpflichten sich, *alle Streitigkeiten irgendwelcher Art*, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessener Frist auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, nach Massgabe des gegenwärtigen Vertrages entweder einem Schiedsgerichtsverfahren oder einem Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

Streitigkeiten, für deren Schlichtung die vertragsschliessenden Teile durch andere zwischen ihnen bestehende Abmachungen an ein besonderes Verfahren gebunden sind, werden nach Massgabe der Bestimmungen dieser Abmachungen behandelt.

Artikel 2

Dem Schiedsgerichtsverfahren werden auf Verlangen einer Partei, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 3 diejenigen Streitigkeiten unterworfen, die betreffen

- 1.: Bestand, Auslegung und Anwendung eines zwischen den beiden Parteien geschlossenen Staatsvertrages;
- 2.: irgendeine Frage des internationalen Rechtes;
- 3.: das Bestehen einer Tatsache, die, wenn sie erwiesen wird, die Verletzung einer zwischenstaatlichen Verpflichtung bedeutet;
- 4.: Umfang und Art der Wiedergutmachung im Falle einer solchen Verletzung.

¹ Mit Ausnahme von *Rechtsstreitigkeiten*; diese waren einem *Schiedsgericht* oder dem *StIGH* vorzulegen.

-Welche *Arten von Schiedsabkommen* gibt es?

- > *Schiedsklausel* (auch *kompromissarische Klauseln*)
- > *Schiedsvertrag*
- > *Kompromiss*

-Was sind *Schiedsklauseln*?

-Vereinbarungen, welche die *Parteien eines* (bilateralen oder multilateralen) *Vertrages verpflichten*, bestimmte Streitigkeiten, die sich *aus diesem Vertrag* ergeben, einem *nach vorgeschriebenen Verfahren zu bildenden Schiedsgericht* vorzulegen.

-*Beispiel:*

Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984 (SR 0.105)

Art. 30

1. Jede Streitigkeit *zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten* über die *Auslegung* oder *Anwendung* dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, *ist auf Verlangen eines* dieser Staaten *in einem Schiedsverfahren* zu un-terwerfen.

-Was sind *Schiedsverträge*?

-*Bilaterale* oder *Multilaterale* Vereinbarungen, deren **einzigste Funktion** es ist, eine *Methode* für die *Lösung und schiedsrichterliche Entscheidung* künftiger Streitigkeiten zu finden.

-*Beispiele:*

- > Schiedsgericht- und Vergleichsvertrag zwischen der **Schweiz** und dem **Deutschen Reich** (SR 0.193.411.36)
- > *Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle* vom 18.10.1907 (SR 0.193.212)
- > *Europäisches Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten* vom 29.4.1957 (SR 0.193.231)

-Was ist der *Kompromiss*?

-**Einigung** von Streitparteien, die Lösung des Konflikts durch einen *Schiedsspruch* herbeizuführen **und zwar in Fällen, wo sonst kein Schiedsvertrag und keine Schiedsklausel anwendbar sind.**

-*Beispiel:*

- > Abkommen zwischen **USA** und **IRAN** 1981 zur schiedsrichterlichen Entscheidung über Wiedergutmachung (Besetzung der **US**-Botschaft, Freilassung der **US**-Diplomaten)

-Welche *Formen* der Schiedsgerichtsbarkeit gibt es?

a)-*Institutionelle* Schiedsgerichte

- > wird aufgrund **Schiedsvertrag** für *künftige* Streitigkeiten gebildet

b)-*Ad-hoc* gebildete Schiedsgerichte

- > wird **nach Entstehung** eines Streitfalls eingesetzt

-Wie ist ein Schiedsgericht *zusammengesetzt*?

-> **Einzelrichter**

-> **Kollegialgericht** (heute üblich)

Bsp: 1794 im *Fall des US-Schiffs NEPTUNE*

Napoleon verhängte *Kontinentalsperre*. **GB** drohte eine *Hungersnot*. **GB** beschlagnahmten Ladung des **US**-Schiffes **NEPTUNE**. **GB** berief sich auf *Notstand*.

Schiedskommission verwarf diesen Einwand; (-> **GB** hätte andere Möglichkeiten gehabt).

ABER: „...ein solcher Eingriff wäre als NS-Handlung entschuldbar, **wenn Not unverschuldet, dringend** und **unmittelbar** wäre und **keine anderen Abwehrmittel** zur Verfügung stehen.

-Was ist der *Ständige Gerichtshof*?

-Hintergrund: Geschaffen, um intl. Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Weg erledigt werden konnten, direkt einer schiedsgerichtlichen Beurteilung zuzuführen.

-> vgl. Art. 41 *Haager Übereinkommen zur friedlichen Erledigung intl. Streitfälle* vom 18.12.1907 (SR 0.193.212)

-Den Haag ist Sitz

-Der *Ständige Gerichtshof* führt Liste von Schiedsrichtern

C) Internationale Gerichtsbarkeit

-Was ist ein internationales Gericht?

-Es ist ein

-> **ständiges** Gericht

-es besteht aus

-> *Institutionen*, die sich aus **unabhängigen** Richtern zusammensetzt

-es beurteilt

-> **völkerrechtliche Streitigkeiten** zwischen:

- STAATEN
- INTL. ORGANISATIONEN
- INDIVIDUEN

-und entscheidet

-> **verbindlich**, nach einem **im voraus bestimmten** Verfahren

-Die bedeutendsten Intl. Gerichte:

-**StIGH** (Ständiger Internationaler Gerichtshof)

-**IGH** (Internationaler Gerichtshof)--> UN-Organ

-**Europ. Gerichtshof für Menschenrechte**

-**EuGH** (Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften)

-Historisches

Das erste Internationale Gericht war der „Zentralamerikanische Gerichtshof (1908 -1918)“

-> sollte Streitigkeiten entscheiden zwischen:

-Costa Rica / Honduras / Guatemala / Nicaragua / El Salvador

!!!!Erstmals in der Geschichte des VR sah ein Statut vor, dass **Individuen** gegen Staaten Verfahren einleiten konnte!!!!

-Merke: Zuständigkeit von *Internationalen Gerichten* zur Streitentscheidung hängt vom Einverständnis der beteiligten VR-Subjekte ab.

-Was ist der **StIGH?**

-geschaffen vom **VÖLKERBUND**

-65 Fälle (von 1922 - 1940)

-> Urteile noch heute von grosser Autorität

-IGH ist Nachfolgeorganisation

-Was ist der **IGH?**

-besteht aus **15 Mitglieder**

-> jedes aus anderem Land (Art. 3/1 Statut IGH)

-> Richter werden gewählt von

- Sicherheitsrat u n d
- GV

-> (Amtsdauer: 9 Jahre)

-Wie ist die Zuständigkeit des IGH geregelt?

-> **2 Zuständigkeiten**

a)-Erstattung von Gutachten

-> zu Anforderung berechtigt sind nur (Art. 96 UN-Charta):

- ORGANE
- SONDERORGANISATIONEN²

b)-“Streitige“ Gerichtsbarkeit

-> nur für Streitigkeiten zwischen (Art. 34/1 IGH-Statut):

- STAATEN³

-> **Merke:**

IGH-Statut ist **Bestandteil** der UN-Charta!

-> deshalb sind alle UN-Mitglieder dem Statut beigetreten

!!!!blosse Statut-Beitritt begründet noch **keine** Zuständigkeit des IGH

-> am Streit beteiligten Staaten müssen Zuständigkeit des IGH für Streitsache anerkannt haben

-für Zuständigkeit **3 Fälle** prüfen

1)-Ad-Hoc-Zuständigkeit (Art. 36 IGH-Statut)

2)-Zuständigkeit aufgrund bilateralen oder multilateralen Vertrages

3)-Zuständigkeit aufgrund Unterwerfung unter Fakultativklausel

-> Erklärung sich IGH (auch ohne bes. Übereinkunft) zu unterwerfen wenn sich anderer Staat auch verpflichtet (Art. 36/2)

² Staaten und Individuen also nicht.

³ **Internationale Organisationen** und **Individuen** sind vor IGH **nicht** parteifähig.

- Was besagt das *Prinzip der Gegenseitigkeit*?
 - steht in Zusammenhang mit Fakultativklausel
 - Viele Staaten haben bei der *Anerkennung* der IGH-Zuständigkeit **Vorbehalte** angebracht.
 - > Diese **Vorbehalte** wirken reziprok
 - > Ein Staat der keine oder wenige Vorbehalte angebracht hat, kann sich auf die von Gegenseite angebrachten Vorbehalte berufen.
- CONNALY-Amendment**
 - > ist ein besonders weitreichender Vorbehalt der USA
 - > Nach diesem sind von der IGH-Zuständigkeit *alle Streitigkeiten ausgenommen*, die nach Auffassung der **USA** in die *interne Zuständigkeit* gehören.
 - (sog. SELBSTBEURTEILUNGSKLAUSEL)
 - > Kritik: Diese Klausel bedeutet schlicht, das die „Kompetenz-Kompetenz“⁴ nicht beim IGH, sondern bei den Streitparteien liegt.

!!!!Weil das IGH-Statut - in Art. 36 Abs. 6 - die „Kompetenz-Kompetenz“ dem IGH zuweist, **verstösst** das **CONNALY-Amendment** gegen das IGH-Statut!!!!

- Welche *Wirkungen* entfalten IGH-Urteile?
 - es ist **endgültig** (Art. 60)
 - kein Rechtsmittel** (Art. 60)
 - verpflichtet** jedes Mitglied Entscheid zu *befolgen* (Art. 94 Abs. 1)
 - > Bei Nichtbefolgung:
 - keine** gewaltsame Durchsetzung durch Gegenpartei
 - (infolge GEWALTVERBOTS)
 - Sicherheitsrat** informieren; dieser
 - erlässt, falls erforderlich, *Empfehlungen* o d e r
 - beschliesst *Massnahmen*,
 - um Urteil *Wirksamkeit* zu verschaffen (Art. 94 Abs. 2)

⁴ d.h. die „Kompetenz des Gerichts über seine eigene Zuständigkeit zu entscheiden“.

- Welche Zwangsmittel stehen im Völkerrecht zur Verfügung?
 - Hintergrund: Im VR *fehlt* eine den VR-Subjekt *übergeordnete Zwangsgewalt*
 - WAS ALSO TUN, wenn die Mittel der *friedlichen Streitbeilegung versagen*???? -> Gibt es noch *andere Massnahmen*?
 - > **JA**, es gibt andere Mittel
 - > **SELBSTHILFE**
 - a)- Defensive Mittel
 - Notwehr
 - Nothilfe
 - b)- Aktive Mittel
 - Repressalie
 - Retorsion
- !!! Schranke der Selbsthilfe!!!**
Gewaltverbot
- > war dem *älteren VR nicht* bekannt
 - > *DRAGO-PORTER-Konvention (1907)* erlaubte noch Waffengewalt als *ultimo ration* für *Eintreibung von Vertragsschulden*
- Was ist eine *Repressalie*?
 - eine an sich *völkerrechtswidrige* Handlung
 - ist die staatliche *Erwiderung* eines erlittenen völkerrechtlichen Delikts
 - > Der *deliktisch handelnde Staat* soll gezwungen werden zur:
 - Aufgabe des *vör'widrigen Verhaltens* o d e r
 - Wiedergutmachung
- Wie sieht die (vör. zulässige) *Repressalie* aus?
 - *verhältnismässig*
 - *kein Verstoss gegen GEWALTVERBOT*
 - Merke: *Völkerrechtliche Delikte* sind:
 - *Repressalien-Exzess*
 - *bewaffnete Repressalien*
- Welches sind die *Voraussetzungen* der vör. zulässigen *Repressalie*?
 - 1)- *vorausgegangenes, offenbar rechtswidriges Unrecht*
 - 2)- *friedliche Möglichkeiten ausgeschöpft*
 - 3)- *ausdrückliche Aufforderung* an den Gegner zur:
 - Aufgabe des *vör'widrigen Verhaltens* o d e r
 - Wiedergutmachung
 - > meist in Form des **Ultimatums**
 - 4)- *Weigerung* des Gegners 3) nachzukommen
 - 5)- *Verhältnismässigkeit* Repressalie<--->Delikt
 - 6)- *kein Eingriff* in zwingend geschützte Rechtsgüter (Ius Cogens)
- Beispiel:
 - Staat „X“ *beschränkt Bewegungsfreiheit der Diplomaten* des Staates „Y“. Daraufhin beschränkt Staat „Y“ *entsprechend* die Bewegungsfreiheit der Diplomaten des Staates „X“.

-Welche *Mittel* werden zur Repressalie eingesetzt?

a)-Aktive Reaktion

- wirtschaftlich und finanziell
- >Eingriff in Verträge
- >Boycott
- >Einfrierung von Guthaben
- >u.a.

b)-Passive Reaktion

- durch *Unterlassen* eines an sich völkerrechtlichen Verhaltens
- >Verweigerung von Leistungen aus Verträgen
- >u.a.

-Was ist eine *Retorsion*?

-**“Retourkutsche“**

- ist **kein Verstoss** gegen VR-Norm
- > verstösst allenfalls gegen *COURTOISIE*¹
- Merke: **heute nicht mehr so aktuell**
- >typische Beispiele sind:

- Abbruch diplomatischer Beziehungen
- Nichtanerkennung fremder Hoheitsakte

-Was ist die *HALLSTEIN-Doktrin*?

-**BRD** vertrat seit 1955 *aussenpolitisch Maxime des Alleinvertretungsanspruchs für Deutschland*

- >*HALLSTEIN-Doktrin* drohte, diese Maxime durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Staaten, welche mit **DDR** anerkennen sollten, diplomatische Beziehungen unterhalten oder aufnehmen sollten.

-Um was ging es im *KORFU-Kanal-Fall*?

- 1946 gab es zwischen **GB** und **ALBANIEN** Meinungsverschiedenheiten *bezüglich der Frage des „Rechts zur freien Durchfahrt“* durch die Meerenge zwischen der **albanischen Küste** und **Korfu (GR)**
- *Demonstrativ* schickte **GB** ein Geschwader durch die Meerenge
- > **Minen-Explosion** führte zu:
 - 44 Tote (**Briten**)
 - 42 Verletzte (**Briten**)
- Trotz **albanischen** Protesten *entminte* **GB** die **albanischen** Gewässer

--> Fall kam vor den **IGH**

- ALBANIEN** (nicht UNO-Mitglied) machte *Unzuständigkeits-einrede* geltend. Diese wurde *verworfen*, weil **ALBANIEN** zuvor die Zuständigkeit anerkannt hat.



(zu Streitfragen siehe nächste Seite)

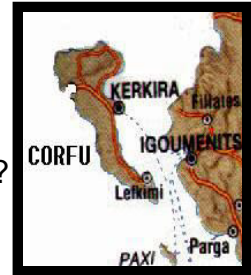
¹ Die Retorsion kann aber, falls sie angemessen ist, vor den Regeln der Courtoisie „gerechtfertigt“ sein.

² sog. *INNOCENT PASSAGE*

D. CONTOYANNIS

Fragen 394 - 403• **2 Streitfragen** galt es zu entscheiden

- 1)-Ist **ALBANIEN** für die **Explosion** und **Schäden verantwortlich**?
-> muss es also Wiedergutmachung (in Form von *Schadenersatz*) zahlen?
- 2)-Hat **GB** (durch *Minenräumaktion*) in den **albanischen Gewässern die albanische Souveränität verletzt**?
-> muss **GB** Wiedergutmachung (in Form der *Genugtuung*) leisten?

• **Beurteilung des IGH**Zu 1)-: Schadenersatz von ALBANIEN„...**ALBANIEN** ist für Schäden völkerrechtlich verantwortlich und muss deshalb-> *Schadenersatz*³ zahlen“.Zu 2)-: Genugtuung von GB-> diese Frage war *umstritten*-> **GB** sagte, die *Minenräumung* war *Selbsthilfe*

-> dieser Einwand wurde abgelehnt

„...weil der *Achtung der Gebietshoheit* in den *intl. Beziehungen* ein *so hoher Stellenwert darstelle*, dass die *Minenräumaktion nicht gerechtfertigt* sei..“-> zur Form der *Genugtuung*„...Feststellung der *Verletzung albanischer Gebietshoheit stellt angemessene* *Genugtuung* dar.“Anmerkung: Dieser Fall wurde nur unter der Optik der *Zwangsmittel* dargestellt.(Fragen im Zusammenhang mit *Delikts-Aspekten* v.a. *Verschuldensfragen* gehören also nicht in diesen Bereich; siehe aber *KÄLIN-Skript*)-Welche Mittel stehen zur Durchsetzung der Entscheidungen *internationaler Gerichte* zur Verfügung?-Beachte: *Internationale Gerichte* haben **keine** (eigenen) **Vollstreckungsorgane**-> Dies ist *grundsätzlich kein Problem*,weil Parteien ja selbst vorerst die Frage der *Zuständigkeit* regeln; (daraus folgt dann der „*Gerichtstermin*“)-> Staat, der sich *Gerichtsbarkeit* unterwirft, verpflichtet sich, das Urteil

- gegen sich *gelten* zu lassen und
- zu *befolgen*

-> hält er diese *Verpflichtung nicht ein*, wird der *Schieds- und Vergleichsvertrag verletzt*.-> obsiegende Staat, kann nun den „*Vertragsverletzer*“ wie jeden andern Staat behandeln, der *Verpflichtung* nicht einhält.

³ Die *Höhe* des *Schadenersatzes* wurde in einem *zweiten Verfahren* festgelegt.

-Welche Mittel stehen dem **IGH** zur Durchsetzung seiner Entscheidungen zur Verfügung?

-*UN-Charta* kennt ein besonderes Durchsetzungsverfahren

-> Die *Anrufung* des **Sicherheitsrats**

Charta der Vereinten Nationen

Kapitel XIV. Der Internationale Gerichtshof (IGH)

Artikel 94 Abs. 2

Kommt eine Streitpartei ihren Verpflichtungen aus einem Urteil des Gerichtshofs nicht nach, so kann sich die andere Partei an den **Sicherheitsrat** wenden; dieser kann, wenn er es für erforderlich hält, Empfehlungen abgeben oder Massnahmen beschliessen, um dem Urteil Wirkung zu verschaffen.

-> Dieses Verfahren ist bisher noch nie angewendet worden

->**IGH**-Urteile wurden praktisch immer beachtet

-Anmerkung zu *KORFU-Kanal-Fall* (s. S. 103/104)

-> **ALBANIEN** kam der vom **IGH** auferlegten Verpflichtung (Schadenersatzzahlung an **GB**) nie nach.

-Vorbemerkung: Infolge zahlreicher Zwischenkapitel erfolgt zunächst eine Übersicht

<u>A) Allgemeines</u>	11 Fragen
<u>B) Das Recht zum Krieg</u>	12 Fragen
<u>C) Das Recht im Krieg</u>	21 Fragen
<u>D) See- und Luftkrieg</u>	7 Fragen
<u>E) Humanitäres Völkerrecht</u>	12 Fragen
<u>F) Bürgerkrieg</u>	4 Fragen
<u>G) Wirtschaftskrieg</u>	5 Fragen
<u>H) Abrüstung</u>	15 Fragen

A) Allgemeines

- Welches sind die *wichtigsten Fragen im klassischen Kriegsvölkerrecht?*
 - > Wie definiert sich *Begriff des Krieges* völkerrechtlich?
 - > Gibt es ein *Recht zum Krieg (IUS AD BELLUM)?*
 - > Gibt es für die Kriegführenden *Schranken* bei der Anwendung von Gewalt (*Recht im Krieg, IUS IN BELLO*)?
 - > Wie wirkt sich der Krieg auf *nichtbeteiligte Staaten* aus (*Recht der Neutralität*)?¹

-Wie definiert man „Krieg“ im Völkerrecht?

- Feindseliger Zustand der Beziehungen (zwischen mindestens zwei Staaten) unter dem die Geltung des normalen Völkerrechts - des allg. Friedensrechts - suspendiert ist

- *typische Erscheinungsform* des Krieges ist der:

-> **bewaffnete Konflikt**

-> (= Krieg im **materiellen** Sinn)

-> *Gewaltanwendung* ist aber *nicht* begriffsnotwendig

-Bsp: div. **südamerik. Staaten erklärten** im 2. WK dem **Deutschen Reich** den Krieg,

-> *ohne dass es zu gewaltsamen* Auseinandersetzung kam

-> (= Krieg im **formellen** Sinn)

-**Hinweis:** So auch **GUATEMALA**²

-Welches sind die *Subjekte* der Kriegsführung?

-**Grundsatz:** nur **Staaten**

-**Ausnahme:** nur die *Vereinten Nationen*

-> **UN-Charta**

Kapitel VII. Massnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen

Art.42 (Militärische Sanktionsmassnahmen)

Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Art. 41 ((Anm.: *friedliche Sanktionsmassnahmen*)) vorgesehenen Massnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit *Luft- See- oder Landstreitkräften die* zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit *erforderlichen Massnahmen durchführen*. Sie können *Demonstrationen, Blockaden* und *sonstige Einsätze* der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschliessen.

-Was ist ein *Bürgerkrieg*?

- *Gewaltsamer, kriegsähnliche* Auseinandersetzungen **innerhalb** eines Staates.

-als *interner Konflikt* ist es *kein Krieg im völkerrechtlichen Sinn*

-> im „Krieg“ sind *VR-Subjekte* Streitparteien

-**Parteien** eines Bürgerkriegs sind etwa:

-> *Teile* der Bevölkerung

-> *ethnische Minderheiten*

-> *Rebellen*

-> *offizielle Streitkräfte*

¹ Siehe dazu auch Kapitel 16 „Neutralität“.

² erwähnenswert im Zusammenhang mit dem *Fall NOTTEBOHM* (siehe S. 96); im Zusammenhang mit Fragen des Fremdenrechts und des diplomatischen Schutzes.

-Was ist das Recht „im“ Krieg?

-(= „*IUS BELLO*“)

-ist das **Kriegsrecht im eigentlichen Sinn**

-es befasst sich mit den Regeln, welche Kriegsparteien zu beachten haben

-**Hauptziel** des **Kriegsrecht** ist nämlich:

-> GEWÄHRLEISTUNG der VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT zwischen den **im Krieg eingesetzten Mitteln** und der **Kriegsraison**

-> so ächten verschiedene Abkommen:

- den Einsatz besonders grausamer Waffen

Bsp: **Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen**
Abgeschlossen am 13.1.1993 in PARIS
(SR 0.515.08)

- die Zerstörung von Kulturgütern

Bsp: **HAAGER Abkommen vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten**
(SR 0.520.3)

-Was ist humanitäres Völkerrecht?

-Es ist ein **Teil des Kriegsrechts**

-es will ein gewisses Mass an Menschlichkeit wahren

-es **dient** vor allem dem Schutz von:

-> Verwundeten

-> Kriegsgefangenen

-> Zivilpersonen

-Was ist das Neutralitätsrecht?

-befasst sich mit den Beziehungen zwischen Kriegführenden und den nicht am Konflikt Beteiligten.

-es ist modifiziertes Friedensrecht

-ist **nicht Teil des Kriegsrecht i.e.S.**

-Was ist eine Intervention?

-**Zwei** Bedeutungen

1)-**zwangsweise** Einmischung in innere Angelegenheiten eines Staates, ohne dass Krieg im vör. Sinn vorliegt

2)-Gewährung diplomatischen Schutzes
(= diplomatische Intervention)

-Beispiel

Im SUEZ-Konflikt in ÄGYPTEN wurden **britische** und **französische** Truppen eingesetzt.

Dieser Einsatz hiess aus Sicht der Beteiligten:

-> Intervention und Polizeiaktion.....**GB** und **F**

-> Kriegshandlung.....**ÄGYPTEN**

- Was ist eine *Kriegsrepressalie*?
- sie ist die **Antwort** auf eine *Verletzung des Kriegsrechts*
 - an sich* verstösst sie gegen das Kriegsrecht
 - >richtet sich aber *gegen* kriegsrechtliche Verstösse des Feindes
 - sie ist **kein** blosser Vergeltungsakt,
 - >sondern hat auch im Kriegsrecht eine Funktion
 - sie beruht auf dem *Prinzip der Gegenseitigkeit*
 - sie hat:
 - a)-**Präventive** Funktion
 - Als Möglichkeit der (*zulässigen*) Repressalie soll sie den Gegner **zum vornherein** veranlassen, von *unzulässigen* Massnahmen abzusehen.
 - b)-**Repressive** Funktion
 - Hat der Gegner *Kriegsrecht bereits verletzt*, soll er durch die Repressalie wieder zu völkerrechtsgemäsem Verhalten **gezwungen** werden.
 - Repressalien-Exzess*
 - > gegen solche ist *Gegenmassnahme erlaubt*
 - >(falls Repressalie *innerhalb Zulässigkeitsgrenze*, ist *Gegenmassnahme nicht erlaubt*)
 - Merke:** Repressalie ist **unzulässig** gegen:
 - >*Verwundete*
 - >*Kranke*
 - >*Sanitäts- und Seelsorgepersonal (und ihre Einrichtungen)*
- Was ist das „*Recht des internationalen bewaffneten Konfliktes*“?
- es ist eine *Begriffsschöpfung*, welche folgendes erfasst:
 - > **alle** *zwischenstaatlichen* Auseinandersetzungen mit Waffengewalt
 - > mit diesem *Begriff* wollte man die *Anwendbarkeit der „kriegsrechtlichen“ VR-Vorschriften auf alle zwischenstaatlichen* Auseinandersetzungen mit Waffengewalt, unabhängig vom Bestehen eines „Kriegszustandes“ gewährleisten.
 - >*Historisch:* der Begriff hat sich *nach dem 2. WK durchgesetzt*
- >**Also:** „*Recht des intl. bewaffneten Konflikts*“ umfasst:

 - traditionellen Krieg zwischen Staaten
 - bewaffnete Konflikte *ohne Kriegszustand* zwischen den Kriegsparteien

->deshalb stützen sich *GENFER ABKOMMEN* auf diesen Begriff

-Was ist ein *internationaler bewaffneter Konflikt*?

-er liegt vor, wenn

eine Konfliktpartei **Waffengewalt** gegen den völkerrechtlich geschützten Bereich des Konfliktgegners einsetzt

((-> **keine** Waffengewalt sind:

-waffenlose feindselige Aktivitäten, wie zB:

->Propaganda

->Infiltration

->Subversion

->Pressionen

•politische

•**wirtschaftliche**))

-Waffeneinsatz muss einer Konfliktpartei zurechenbar sein

->wichtig v.a. bei terroristischen Aktionen

-**Internationaler Konflikt** bedeutet:

->Krieg

->militärische Intervention

->bewaffnete Repressalie

->Blockade

≠ **interne** Konflikte

(Bürgerkrieg)

-Beginn und Beendigung des intl. bewaffneten Konflikts

1)-Beginn

Mit Erstanwendung von Waffengewalt („**erster Schuss**“)

2)-Beendigung

Mit faktischer Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung
zB: (**Waffenstillstand**)

B) Das Recht zum Krieg

-Was ist die *Lehre vom gerechten Krieg*?

-**BELLUM IUSTUM**

-es geht um Abgrenzung „**gerecht**“<-->“**ungerecht**“

-> Krieg ist **ungerecht** wenn **kein** RF-Grund vorliegt

-Bsp: •Vergeltung für Unrecht

•(sogar) Krieg gegen Ungläubige (Kreuzzug)

-> **CICERO • AUGUSTINUS • AQUIN • GROTIUS**

-Bis zum 1. WK galt:

Aufgrund *staatlicher Souveränität* war es den Staaten grundsätzlich erlaubt Krieg zu beginnen

-Welche *Entwicklung* nahm das „Recht zum Krieg“ *nach* dem 1. WK?

1. Schritt

-VÖLKERBUND-Satzung verbot Mitgliedern **in best.** Fällen:
...zum Krieg zu **schreiten**. (= relatives K'verbot)

2. Schritt

-BRIAND-KELLOG-Pakt **erweiterte** relatives Kriegsverbot in:
allgemeines Kriegsverbot

3. Schritt

-UN-CHARTA

-> **verbietet** Androhung und Anwendung von Gewalt in
internationalen Beziehungen (Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta)

-> Einführung des *Systems der Friedenssicherung*
-somit sind auch *bewaffnete* Konflikte, welche
vör. keine Kriege darstellen, **verboten**

-Fazit

Begriff des Krieges wird für Frage der *Legalität von Auseinander-*
setzungen bedeutungslos

-Aber **neu wird die Frage wichtig**

„WIE DEFINIERT MAN VERBOTENE GEWALT?“

-Was ist Gewalt?

-**jede** Art von Aggression durch einen Staat

-gegen *Hoheitsgebiet* eines anderen Staates

-gegen *Streitkräfte* eines anderen Staates

-Beispiele

-> *Bombardierung*

-> *massive Grenzverletzung*

-Beachte:

->i.d.R. **keine** Verletzung des Gewaltverbotes

• *Truppenkonzentration* im Grenzgebiet

-Erfasst das Gewaltverbot die Gewaltanwendung auf *eigenem* Territorium?

-**NEIN!**

-Anwendbar sind Regeln des *Fremdenrechts*; etwa in Fällen wie:

-Gewaltmassnahmen gegen *eindringendes Flugzeug*

-willkürliche *Verhaftung fremder* Staatsangehöriger

-(letztlich - wenn auch gewaltsam - setzt ein Staat *seine staatliche*
Gebietshoheit durch; -> deshalb aber *Fremdenrecht*)

-Welches sind die *Ausnahmen* des Gewaltverbots?

-von UN-CHARTA **abschliessend** aufgezählt

1.-**militärische Sanktionen** zwecks: (Art. 42 UN-Charta)³

->Wahrung/Wiederherstellung des Weltfriedens

->Wahrung/Wiederherstellung der intl. Sicherheit

2.-**Selbstverteidungs-Recht** gegen bewaffneten Angriff
(Art. 51 UN-Charta)

³ Siehe S. 107 Skript.

-Was *beinhaltet* das Recht zur Selbstverteidigung?

a)-Recht zur **individuellen SV**

-> bis Sicherheitsrat (die zur Wahrung des *Weltfriedens* & der *intl. Sicherheit*) die erforderlichen Massnahmen getroffen hat (Art. 51 Charta)

b)-Recht zur **kollektiven SV**

-> *dito*

-> *Kollektiv-Beistand* erst möglich, wenn angegriffener Staat

-> *erklärt*, dass er Opfer sei **u n d**

-> formales *Hilfeersuchen* vorliegt

Beachte

-SV muss **unmittelbar** auf Angriff erfolgen

-SV muss **verhältnismässig** sein

-**Unzulässig** ist:

-**präventive SV**

-Blosse *Grenzverletzungen* **berechtigen nicht** zu SV

-Welches sind die *Voraussetzungen* für die Ausübung des SV-Rechts?

-ein **bewaffneter** Angriff (siehe nächste Frage)

((-sonst unzulässig, auch wenn wesentliche Interessen verletzt werden (zB: *wirtschaftliche* und *politische*))

-> in solchem Fall sind erlaubte *Selbsthilfe*:

-*Retorsion*

-*Repressalie*

• muss *anekündigt* **u n d**

• *verhältnismässig* sein))

-einem Staat **zurechenbarer** Angriff

-> nicht zurechenbare **terroristische** Angriffe *berechtigen nicht* zur Gewalt

-Was ist ein *bewaffneter Angriff*?

-**Resolution** 3314 der GV der Vereinten Nationen (14.12.1974)

AGGRESSION

Aggression ist die **Anwendung von Waffengewalt** durch einen Staat gegen die *Souveränität*, *die territoriale Unversehrtheit* oder *politische Unabhängigkeit* eines anderen Staates oder **auf eine andere mit der Charta nicht vereinbare Art und Weise**.

->Die **Resolution** führt Beispiele von Angriffshandlungen auf:

-*Invasion*

-*Angriff*

-*Militärische Besetzung*

-*Beschiessung* oder *Bombardierung*

-*Blockaden* von

•*Häfen* und *Küsten*

-*Entsendung* von

•*bewaffneten*

-*Banden, Gruppen, Freischärlern, Söldnern*

-> *Beteiligung* (an Entsendungen) -> = **indir.** Aggression

-(Die sog. „*Intervention*“ zum Schutz eigener Staatsangehöriger ist **unzulässig**)

-Was ist das *Interventionsverbot* (Einmischungsverbot)?

-Hintergrund zum *Begriff* der Intervention

- 1) **zwangsweise** *Einmischung* in *innere* Angelegenheiten eines Staates, *ohne dass Krieg im vör. Sinn* vorliegt
- 2) -Gewährung *diplomatischen Schutzes*
(= diplomatische *Intervention*)

-*Grundlage* des Interventionsverbots bildet:

„*Prinzip der souveränen Gleichheit der UN-Mitglieder*“
(Art. 2 Abs. 1 UN-Charta)

-**verboten** ist eine **Intervention**, wenn die *Einmischung*

->in solche Angelegenheiten erfolgt, für welche *ausschliesslich* der *Staat zuständig* ist
u n d

->*wenn sie unter Androhung oder Anwendung von **Zwang*** erfolgt

-Beachte die *Kongruenz im **militärischen*** Bereich

<p>Militärische Einwirkungsformen</p> <p>GEWALTVERBOT = INTERVENTIONSVERBOT</p>	<p>Sämtliche Einwirkungsformen</p> <p>INTERVENTIONSVERBOT</p> <p>(geht also über das Gewaltverbot hinaus)</p>
<p>Nich-Militärisch Einwirkungsformen</p> <p>sind Gegenstand des INTERVENTIONSVERBOT</p>	

- Die Bestimmung des Begriffs „**Zwang**“ ist die *Kernfrage* der Abgrenzung der *verbotenen* von der *erlaubten* Einmischung

-Was ist eine *humanitäre Intervention*?

-sie **dient**:

- a)-Schutz *eigener* Staatsangehöriger in *Krisengebieten*
- b)-Schutz *verfolgter* Bevölkerungsteile

-> *problematisch* ist die *humanitäre Intervention* aufgrund des

- 1)-**Gewaltverbots** u n d
- 2)-**Nichteinmischungsprinzip**

(Es ist im *Einzelfall* das Vorliegen eines *vör. RF-Grundes* zu prüfen)

-*Beispiel*: **KURDENVERTREIBUNG** durch den **IRAK** (1990/1991)

• Im *Winter* trieben **irakische** Truppen - im **IRAK** lebende - **KURDEN** in die Berge an der **türkischen** Grenze.

• Angesichts dieses Elends überschritten die *Alliierten* die **irakisch-türkische** Grenze zwecks:

- > Versorgung mit *Hilfsgütern*
- > Errichtung von *Schutzzonen*

-Ist eine Intervention zum Schutz *eigener Staatsangehörigen* zulässig?

-NEIN

-Problematik: Der Staat **BÖSIA** *bedroht* die (auf seinem Gebiet lebenden) Staatsangehörigen von **GUTIA**.

-> Diese **bösische Bedrohung** berechtigt **GUTIA** **nicht** zu einer:

-> *Intervention* o d e r

-> zu *Selbstverteidigung*

-> Der Aufenthaltsstaat (**BÖSIA**) ist auf *seinem eigenen* Territorium allein zuständig

-> Bei der Behandlung fremder Staatsangehörigen - *in casu jener von GUTIA* - ist der Aufenthaltsstaat allein an das **völkerrechtliche Fremdenrecht gebunden**.

-Wichtige Bemerkung zur staatlichen Praxis

-> Früher galt eine solche Intervention als zulässig

-> Die Standpunkte *variieren*

-Beispiel 1 Geiselnbefreiung durch **ISRAEL** in **UGANDA** (1976)

- **Israelisches** Kommando befreite *Israelis* von **palästinensischen** Terroristen auf dem Flughafen von Entebbe.
-(**ugandische** Behörden unterstützten die **Palästinenser**)

- Die *meisten* Staaten befanden Aktion als **zulässig**!

- UN-Sicherheitsrat und einige Staaten befanden sie **unzulässig**

Faustregel: Eine Intervention ist **zulässig**, wenn der Staat - auf dem die Intervention stattfindet - **EINVERSTANDEN** ist.

-Beispiel 2: Geiselnbefreiung durch **GSG9** in **SOMALIA**/Mogadishu

- Die **Regierung** von **SOMALI** erlaubte der **deutschen** Anti-Terroreinheit GSG 9 eine Intervention zugunsten der Geiseln auf **somalischem** Territorium

-Wie kann sich ein Staat gegen eine Intervention *wehren*?

-zu unterscheiden ist, die Art der Intervention

a)-bei **gewaltsamer** Intervention

-> *Selbstverteidigung* (Art. 51 UN-Charta)

b)-bei **gewaltloser** Intervention

-> *Repressalien*

-> *Retorsion*

C) Das Recht im Krieg

-Was versteht man unter *Kriegsrecht*?

-*IUS IN BELLO*

-Das *Kriegsrecht i.e.S* umfasst die **rechtlichen Beschränkungen** der einsetzbaren **Mittel**; Es sind

a)-Einschränkung der *Waffengewalt*

b)-Schranken der *Kriegsmethoden*

->*List*

->*Täuschung*

->*Betrug*

->*usw*

-Merke

-> Kriegsrecht gilt unabhängig von

-*Grund* o d e r

-*Natur*

des Krieges.

-> Verteidiger und Angreifer werden **gleich behandelt**

• v.a. im humanitären Kriegsrecht

• so kann sich der Angegriffene nicht auf SV-Recht berufen, *um sich von den Schranken* der Kriegsführung zu befreien

-> *auch nicht, wenn sich* - durch Beachtung des Kriegsrechts - *eine wirksame Abwehr erschwert*

-Welches sind die *Rechtsquellen* des Kriegsrechts?

a)-Abkommen, die sich mit Regeln der Kriegführung befassen

zB: **HAAGER Abkommen** vom 18.10.1907 **betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs**
(SR 0.515.112)

GENFER Protokoll vom 17. Juni 1925 **über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln**
(SR 0.515.105)

HAAGER Abkommen vom 14. Mai 1954 **für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten**
(SR 0.520.3)

UN-Waffenübereinkommen vom 10.10.1980 mit
Protokoll 1: Prot. über nichtdeckbare Splitter
Protokoll 2: Prot. über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen oder anderen Vorrichtungen
Protokoll 3: Prot. über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Brandwaffen

b)-Abkommen, v.a. zum Schutz *Verwundeter, Kranker, etc.*

-> also Abkommen des *humanitären VR* (od. *Rotkreuzrecht*)

zB:

GENFER Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der <i>Verwundeten</i> und <i>Kranken</i> der bewaffneten Kräfte im Felde (mit Anhängen) (SR 0.518.12)

GENFER Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung der <i>Kriegsgefangenen</i> (mit Anhängen) (SR 0.518.42)
--

GENFER Abkommen vom 12.8.1949 über den Schutz von <i>Zivilpersonen</i> in Kriegszeiten (mit Anhängen) (SR 0.518.51)

-Welches sind die *Schranken* des Kriegsrechts?

-Hintergrund: Kriegführende haben **kein unbeschränktes** Recht in der Wahl der Mittel

-Die Schranken lassen sich aufgliedern in:

a)-Zeitliche

-> Nur Handlungen **zwischen *Kriegsbeginn*** und **-ende** fallen unter Kriegsrecht

b)-Räumliche

-> Kriegsgebiet sind:

- Staatsgebiet der kriegführenden Staaten

- hohe See

- herrenloser Raum

- im Luftraum

- auf der Erde

- Beachte:

innerhalb Kriegsgebiet gibt es **befriedete**

-Objekte (beweglich/unbeweglich/ortsfest)

- Sanitätseinrichtungen*

- Lazarettschiffe*

- Kulturgüter*

- etc.

-Räume

- Sicherheitszonen*

- Sanitätszonen*

- etc.

-> **nicht** Kriegsgebiet sind:

- neutralisiertes Staatsgebiet der Kriegsparteien

- Bsp: *KRAKAU* (1815 - 1846)

- Staatsgebiet der *neutralen* Staaten

c)-Personelle

-Wer an bewaffneten Schädigungshandlungen nicht teilnimmt (oder nicht mehr teilnehmen kann) **darf nicht** (bzw. *nicht mehr*) **Objekt** von Kriegshandlungen sein

• somit *unterscheidet* man:

1)- **Kriegsteilnehmer** (=Kombattanten)
(bilden *bewaffnete* Partei der Kriegspartei)

2)- **Kriegsgefangene**

3)- **Geschützte Personen**

-> Verwundete

-> Kranke

-> Schiffbrüchige

-> Sanitätspersonal

-> sich ergebende wehrlose Feinde

-> Parlamentäre (= Unterhändler)

4)- **Zivilpersonen**

d)-spezifische Kriegsarten betreffend

e)-spezifische Waffenarten betreffend

-*Wie beginnt* ein Krieg?

-nach der *formellen* Art des Beginns kann man unterscheiden:

a)- **Erklärter** Krieg

-durch *Kriegserklärung*

-durch *Ultimatum*

->(ist den neutralen Staaten anzuzeigen)

b)- **Nichterklärter** Krieg

• liegt vor, wenn nach dem Willen *von mind. einer* Seite ein Konflikt nach Kriegsrecht - also nicht nach Friedensrecht ausgetragen werden soll

• Beachte **Nichterklärter** Krieg \neq **kalter** „Krieg“⁴

-Was sind die *rechtlichen Folgen* des *Kriegsbeginns*?

-*Beendigung* der friedlichen Beziehungen zwischen Kriegsparteien

-**Kriegsrecht** ersetzt *Friedensrecht*

-> Im Umfang des „Erlaubten“ kann das **Kriegsrecht** angewendet werden

-Wie wird ein Krieg *beendet*?

- *Vertrag* (Friedensvertrag)

- *endgültige* Einstellung der Feindseligkeiten

(= *faktischer* Friedensschluss)

- *Untergang* eines kriegführenden Staates

->*Debellatio*

->*Annexion*

->*Zusammenschluss*

⁴ der **kalte** „Krieg“ ist kein Krieg im Rechtssinn, weil die Gegner ihre Konflikte im Rahmen des Friedensrechtes austragen.

- Was ist ein *Friedensvertrag*?
 - vör. Vertrag**
 - beendet** Kriegszustand
 - es gilt wieder *Friedensrecht*
 - sind *formfrei* möglich
 - auch *stillschweigend* oder durch *übereinst. Erklärungen* beider
 - Beachte:**
 - a)-mit F'Vertrag lassen sich auch regeln:
 - politische* Fragen
 - territoriale* Fragen
 - > *Grenzziehung*
 - > *Gebietsabtretung*
 - wirtschaftliche* Fragen
 - b)-**Abschluss** nur durch **anerkannte Regierungen**⁵
 - > *militärische* Führer können nur Waffenstillstandverträge abschliessen
- Was ist ein *Waffenstillstand*?
 - vör. Vertrag**
 - unterbricht** Kriegsunternehmungen
 - > *allgemein* (sämtliche Handlungen)
 - > nur auf *bestimmtem* Kriegsschauplatz
 - Abschluss durch **militärische** Führer
 - dienen meist* der **Vorbereitung von Friedensverträgen**
 - Beachte:**
 - a)-*unbefristeter* Waffenstillstand
 - > milit. Kampfhandlungen grunds. *unzulässig*
 - > aber: *Kriegszustand dauert an*
 - b)-*befristeter* Waffenstillstand (= **Waffenruhe**⁶)
 - > Wiederaufnahme der Feindseligkeit *jederzeit* möglich
 - > Gegner *muss* darüber *benachrichtigt* werden
(Art. 36 *Haager Abk. betreffend Ges. & Gebr. des Landkriegs* vom 18.10.1907)
- Was ist eine *Kapitulation*?
 - Verträge** zwischen **militärischen** Befehlshabern
 - > eine Partei *unterwirft* sich der *siegreichen*
 - bewirkt **Einstellung** der **Kampfhandlungen** auf den bezeichneten Kriegsschauplätzen
 - Bsp: *Kapitulation einer Festung*
 - betroffen* sind nur die *bezeichneten bewaffneten* Streitkräfte
 - > denn *Kap'abkommen* beinhaltet nur **militärische** Fragen
 - Kriegszustand dauert* an; und zwar bis:
 - > *Friedensvertrag* eintritt (oder anderer Beendigungsgrund)
 - > dann wird *Kapitulation gegenstandslos*

⁵ **militärische** Führer können nur Waffenstillstandverträge abschliessen.

⁶ oder auch **Feuereinstellungsvereinbarung**.

-Was sind die Folgen des Kombattantenstatus?

- nur **Kombattanten** nehmen an **Kampfhandlung** teil
 - > dürfen also *Kriegshandlungen vornehmen*
 - > dürfen somit *militärisch bekämpft werden*
 - > werden als Kriegsgefangene nach *Kriegsrecht* privilegiert

-Beachte:

- wer als „Nicht“-Kombattant zum Kriegsgefangenen wird, untersteht als Zivilist dem **innerstaatlichen** Strafrecht
- wer als „Nicht“-Kombattant (also als Zivilist) Kampfhandlungen mit - Kombattanten vorbehalten - zulässigen Kriegsmitteln begeht, wird als **Verbrecher** behandelt; Zivilist erfüllt also strafbare TB
 - > Tötungen
 - > Körperverletzungen
 - > Sachbeschädigungen
 - > etc.

-Wie werden Kombattante bestimmt?

-Kombattantenstatus bestimmt sich nach **4 kumulativen** Kriterien:

- 1**-> Zugehörigkeit zu einer Organisation
 - > Organisation, die auf Befehl & Gehorsam aufbaut
 - > Organisation, die eine verantwortliche Führung hat
- 2**-> aus Ferne erkennbare Kennzeichen (=Kennzeichnung)
 - > Uniform usw.
- 3**-> offenes Tragen der Waffe
- 4**-> Achtung der „Gesetze und Gebräuche des Krieges“

-Beispiele:

- > Angehörige der *regulären Streitkräfte*
- > Angehörige *eingegliedert*er Milizen
- > Angehörige von *Freiwilligenkorps*

-Beachte:

-> zu Kampfhandlung legitimiert ist auch Bevölkerung eines unbesetzten Gebietes, wenn diese bei

- Herannahen des Feindes
 - > zu den **Waffen** greift (= „levée en mass“)

• auch dann gilt:

- 3**-> offenes Tragen der Waffe
- 4**-> Achtung der „Gesetze und Gebräuche des Krieges“

-Wie werden *Aufständische*, *Partisanen* und *sonstige irreguläre* Kombattante behandelt?

-Irreguläre Kombattanten (Überblick)

• Aufständische.....	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>
• Partisanen.....				
• <i>andere</i> Freischärler.....				
• Guerillakämpfer*	<u>1</u>	-	<u>3</u> **	<u>4</u>
• Söldner.....	keine Privilegierung			
• Spione***	keine Privilegierung			
• Terroristen****	sind grunds. keine Kombattanten			

-Erläuterungen

- */** • Guerillakämpfer -im 1. ZP wurde auf **2** verzichtet
-**3** (ist erfüllt, wenn G. die Waffen während des *Aufmarsch* und des *milit. Einsatzes* offen tragen, solange sie für den Gegner sichtbar sind).
-> **Dies bricht mit dem GS der Unterscheidbarkeit**
-> *DESHALB* haben viele Staaten die ZP **nicht** unterzeichnet
-**keine** Kombattanten, wenn:
-heimlich oder
-unter falschem Vorwand
im gegnerischen Operationsgebiet operierend:
-> Ihr Kampf ist eine sogenannte **riskante Kampfhandlung**
- *** • Spione -> Kriegsrechtlich ist S. **nicht** verboten
-> (wird aber nach innterstaatlichem Strafrecht beurteilt)
-> (Art. 29 ff. Haag. Abk. betreffend die Gesetze & Gebräuche des Landkriegs)
SR 0.515.112
- **** • Terroristen -grundsätzlich keine Kombattanten
->gehören (meist) zu keiner Kriegspartei
->sind *nicht gekennzeichnet*
->tragen Waffen *nicht offen*

-Sind Terroristen Kombattante?

-grundsätzlich keine Kombattanten

- >gehören (meist) zu keiner Kriegspartei
- >sind *nicht gekennzeichnet*
- >tragen Waffen *nicht offen*
- 1969 griffen 4 Angehörige der PFLF⁷ EL-AL-Maschine an
-> auf Flughafen Zürich-Kloten
- PFLF begründet Aktion als Ausfluss des **Krieges** zwischen PFLF und den „zionistischen Usurpatoren“
-> somit sei PFLF **Kriegspartei** und die 4 Angehörigen deshalb als **Kriegsgefangene** zu behandeln
-> EL-AL-Maschine sei **Militärmaterial**, da sie auch schon Waffen transportiert habe
- Geschworenengericht ZH: (wies Argumente ab)
-> Stellung der PFLF auf Anwendung von Kriegsrecht kann nicht gefolgt werden. **Palästinenser** begehen Delikt in **CH** (neutrales Land) gegen **Israel**
-> Zudem sind Vorauss. Kombattantenstatus nicht erfüllt.
(1, 2, 3, 4)

⁷ „Volksfront für die Befreiung Palästinas“.

- Was sind militärische Ziele?
 - Ziele, die bekämpft werden dürfen
 - a)-gegnerische **Kombattante** (≠ Zivilisten)
 - b)-**militärische Gegenstände** (≠ zivile Gegenstände)
 - > (ihre Zerstörung, Inbesitznahme, Neutralisierung **muss** militärischen Vorteil darstellen)
- Was ist das *Verbot unterschiedsloser Angriffe*?
 - bei allen Kampfhandlungen müssen** die Kriegsparteien:
 - > *Kombattante* und *Zivilisten* unterscheiden
 - > *militärische* und *zivile* Ziele unterscheiden
 - Beispiel
 - keine Flächenbombardements von Städten (oder anderer Gebiete mit hoher Konzentration von Zivilisten)
- Was sind *Kollateralschäden*?
 - beim Angriff *militärischer Ziele*
 - > **unbeabsichtigte, aber nicht zu vermeidende Schäden** an:
 - > Leib und Leben von **Zivilpersonen**
 - > **zivilen Gütern**
 - Zulässigkeit von Kollateralschäden
 - beurteilt sich nach *Verhältnismässigkeitsprinzip* (vgl. 1. ZP)
- Welche *Sachgüter* genießen einen *besonderen Schutz*?
 - die **Kulturgüter** → HAAGER Abkommen vom 14.5.1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (SR 0.520.3)
 - Kraftwerke**
 - Staudämme**
 - Deiche**
 - Trinkwasseranlagen**
 - weitere** für das Überleben der Zivilbevölkerung wichtige **Anlagen**
- Welche *Orte* und *Zonen* dürfen nicht angegriffen werden?
 - unverteidigte** Orte
 - entmilitarisierte** Zonen
 - Sanitäts-Zonen**
 - Schutzzonen**
- Welche *Kriegsmittel* und *-methoden* sind verboten?
 - Hintergrund: auch wenn *erlaubte Ziele* angegriffen werden, sind die eingesetzten Mittel und Methoden nicht frei
 - a)-Verbotene Waffen
 - *Waffen, Geschosse, Material und Methoden, die geeignet sind, überflüssige oder unnötige Leiden zu verursachen:*
 - Petersburger Erklärung* (1868) (SR 0.515.101)
 - HAAGER Erklärung über das Verbot von DUM-DUM-Geschossen* (1899) (SR 0.515.103)
 - UN-Waffenübereinkommen* (Rahmenvertrag)
 - mit *Protokoll 1 - 3* (1980) (SR 0.515.091)

- *Biologische und chemische Kriegsmittel*
 - Erklärung der 1. Haager Friedenskonferenz betreff. das Verbot der Verwendung von Geschossen, die erstickende oder giftige Gase verbreiten (1899) (SR 0.515.102)
 - Genfer Prot. über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Krieg (1925) (SR 0.515.105)
 - Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (1972) (SR 0.515.07)
 - Übereink. über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (mit Anhängen) (1993) (SR 0.515.08)

b)-Verbotene Kampfmethoden

- Verbot der *Perfidie*⁸
 - Vortäuschung der *Kampfunfähigkeit*
 - Vortäuschung der *Eigenschaft von Zivilperson*
 - Missbrauch:
 - > der *Parlamentärflagge*

Art. 32 (SR 0.515.112)
 Als *Parlamentär* gilt, wer von einem der Kriegführenden bevollmächtigt ist, mit dem anderen in *Unterhandlungen* zu treten, und sich mit der **weissen Fahne** zeigt.
 - > von *Schutzzeichen*
 - > von *fremden Nationalflaggen*
 - > von *Uniformen*
 - Verbot der *Geiselnahme*
 - Verbot von Vergeltungsmassnahmen⁹ gegen:
 - > geschützte *Personen*
 - > geschützte *Objekte*
 - Verbot der *Terrorisierung der Zivilbevölkerung*
 - Verbot der *Aushungerung der Zivilbevölkerung*
 - Verbot von Methoden, die *schwere Umweltschäden*¹⁰ verursachen
 - Verbot, *geschützte Personen* dazu zu benutzen, durch ihre Anwesenheit militär. Operationen von gewissen Punkten fernzuhalten

⁸ Heimtücke, Hinterlist.

⁹ Repressalien.

¹⁰ siehe auch Kapitel 19 (**Umweltschutzrecht**).

D) See- und Luftkrieg

-Was ist *Seekrieg*?

-militärische Auseinandersetzung *auf See*

-Seestreitkräfte (*Marine*) der Kriegsparteien stehen sich gegenüber

-Worin liegt der *rechtliche Unterschied* zwischen See- und Landkrieg?

-Aus Sicht des Seekrieges

-> *keine klare Trennung* zwischen milit. und wirtsch. Kriegführung

-> Seekrieg ist i.d.R. auch *Wirtschaftskrieg*

-*Blockade*

-*Wegnahme feindlicher Handelsschiffe*

-*Zerstörung des Seehandels* etc.

-> *kein Schutz des Privateigentums*

-> nur *schwacher Schutz* der *neutralen Schifffahrt*

-Welche *Schiffarten* unterscheidet man im Seekrieg?

-Kriegsschiffe

-> dürfen Kriegshandlungen vornehmen:

-auf *Hoher See*

-in *Hoheitsgewässer* der Kriegsparteien

(-> nicht in Küstengewässern neutraler Staaten)

-Hilfskreuzer

-> (7. Haager) **Abkommen über die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe** vom 18.10.1907 (SR 0.515.123)

-Abkommen regelt, *wie Schiffe der Handelsmarine in die Kriegsflotten zur Zeit eines Krieges* umgewandelt werden.

-> **Beachte:** die Ausstellung von **Kaperbriefen an Private**¹¹ ist **verboten**

-Handelsschiffe

a)-*feindliche*

...weil im *Seekrieg* die Kriegführung *nicht* auf militär.

Objekte beschränkt ist, dürfen *feindliche Handelsschiffe*

-> *angehalten,*

-> *durchsucht* u n d

-> *beschlagnahmt* werden

-> *Beute:* kann - nach sog. *Seebeuterecht* - enteignet werden¹²

-> *Angriff und Versenkung:* nur **mit** *Warnung*

b)-*neutrale*

-> auf diese sind **Angriffe grundsätzlich verboten**

-> **erlaubt** sind:

-*Aufbringung*

-*Anhalten & Durchsuchung*

-*Bekämpfung*, bei Widerstand gegen Durchsuch.

-*Prisenverfahren* von *Konterbande*¹³

¹¹ „Kaper“, „Privateers“, „Corsairses“; (waren berechtigt, *auf eigene Rechnung*, am Kampf gegen die feindliche Kriegs- und Handelsschifffahrt teilzunehmen).

¹² *Prisenverfahren.* ¹³ Für den Feind bestimmte Ware.

- **Lazarettschiffe**
-> sind unverletzlich
- **Sanitätsschiffe**
-> sind unverletzlich
- **Kriegsgefangenentransporte**
-> sind unverletzlich
- Welche *Rechtsquellen* kennt das Seekriegsrecht?
- *Gewohnheitsrecht*
- *PARISER Erklärung über Seerechtsregeln betreffend das europäische Seerecht in Kriegszeiten* (1856) (SR 0.515.121)
- *HAAGER Abkommen über die Befreiung der Lazarettschiffe von Hafengebühren* (1904)
- *6. HAAGER Abk. über die Behandlung der feindlichen Kauffahrtschiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten* (1907) (SR 0.515.122)
- *7. HAAGER Abk. über die Umwandlung von Kauffahrtschiffen in Kriegsschiffe* (1907) (SR 0.515.123)
- *8. HAAGER Abk. über die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen* (1907) (SR 0.515.124)
- *9. HAAGER Abk. betreffend die Beschiessung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten* (1907) (SR 0.515.125)
- *11. HAAGER Abk. über gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechts im Seekrieg* (1907) (SR 0.515.126)
- *13. HAAGER Abk. über Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekrieges* (1907) (SR 0.515.21)
- *LONDONER Protokoll über die Regeln für den Unterseebootkrieg*¹³ (1936)
- *2. GENFER Abk. zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See*¹⁴ (1949) (SR 0.518.23)
- **Beachte:** Die Entwicklung der Seetechnik¹⁵ und der Bedeutung des freien Welthandels ist die **Fortgeltung** des - um die Jh.-Wende entstandenen - **traditionellen Seekriegsrechts zweifelhaft**.
-> Eine **moderne** Kodifikation ist jedoch **noch nicht gelungen**

¹³ wurden in Teil 4 des Londoner Vertrags von 1930 aufgestellt.

¹⁴ und 1. Zusatzprotokoll von 1907.

¹⁵ weitreichende Raketen, ferngesteuerte Minen, satellitenunterstützte Aufklärung.

-Was ist eine *Blockade*?

-**Sperrung** des Zugangs zur feindlichen Küste

- Ziel: Verhinderung von Ein- und Zufahrt *aller* Schiffe

-> bei Blockadebruch¹⁶ durch:

a)-feindliche Schiffe

-Bekämpfung

b)-neutrale Handelsschiffe

-Prisenverfahren¹⁷

-> Voraussetzung: blockierende Seemacht hat die Blockade

-formell erklärt

-der *neutralen* Schifffahrt notifiziert

- wichtigste Voraussetzung:

-Blockade **muss effektiv** sein

- Darf nicht dazu dienen, gegnerische Zivilbevölkerung auszuhungern

-Welche *Regeln* gelten im *Luftkrieg*?

-Hintergrund:

->Luftkrieg konnte bisher **nicht umfassend kodifiziert** werden.

-> (eine *Ausnahme* bildet die

- HAAGER Erkl. über das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen (1907) <1986, 20 Mitgliedstaaten> (SR O.515.104))

- HAAGER Luftkriegsregeln (1923) <traten **nie in Kraft**> -ihre gewohnheitsrechtlich Geltung ist umstritten

-Grundprinzip: Beschränkung auf **militärische Ziele**

-Ist der Einsatz von *Atomwaffen* verboten?

-Kriegsrecht enthält **keine Verbotsnorm**

-**kein Verbot** ableitbar aus

-sonstigem *Vertragsrecht*

-*Gewohnheitsrecht*

-Einsatz bedarf:

- besonderer **RF-Gründe**

-ERSTEINSATZ:.....ist umstritten

-als *REPRESSALIE*:.....zulässig

- *zusätzliche* Schranken ergeben sich aus Problembereichen

-*Bombardierungsverbot unverteidigter Städte*

-Verbot von *unterschiedslosen Angriffen*

-Verursachung *überflüssiger Leiden*

-Verbot des Mitteleinsatzes, die *schwere, langanhaltende Schäden der natürlichen Umwelt* verursachen

¹⁶ Schiffe die Blockade durchbrechen wollen.

¹⁷ Enteignung der Beute nach Seebeuterecht.

E) Humanitäres Völkerrecht

-Was versteht man unter *humanitärem Völkerrecht*?

-es ist **Schutzrecht** für bestimmte Personengruppen, deren Leid in internationalen bewaffneten Konflikten gemindert werden soll

BEACHTEN: das Humanitäre Völkerrecht gilt in **allen intl. bewaffneten Konflikten** und zwar **unabhängig ob ein erklärter Krieg vorliegt oder nicht!!!**

-> für nicht-internationale Konflikte (*Bürgerkriege*) und *Befreiungskriege* gelten **besondere Regeln**

-Was bedeutet Humanitäres Völkerrecht i.e.S.?

-es umfasst die **4 GENFER Konventionen von 1949**

-> sog. GENFER Recht o d e r
ROT-KREUZ-RECHT

-Welches sind die *Rechtsquellen* des humanitären Völkerrechts?

a)-4 GENFER Konventionen von 1949

-1. GENFER Abk. zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde (SR 518.11)

-2. GENFER Abk. zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zu See (SR 518.23)

-3. GENFER Abk. über die Behandlung v. Kriegsgefangenen (SR 518.42)

-4. GENFER Abk. zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegzeiten (SR 518.51)

b)-2 Zusatzprotokolle von 1977

-1. ZP zu den (4) GENFER Abkommen von 1949 betreffend den Schutz der Opfer bewaffneter internationaler Konflikte (SR 518.521)

-2. ZP zu den (4) GENFER Abkommen von 1949 betreffend den Schutz der Opfer nicht-bewaffneter internat. Konflikte (SR 518.522)

c)-MARTENS'SCHE Formel

- **Abk. vom 18. Oktober 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs** (SR 0.515.112)

Abs. 8 der Präambel

In der Erwartung, dass später ein vollständigeres Kriegsgesetzbuch festgestellt werden könne, halten es die hohen vertragschliessenden Teile für zweckmässig, festzusetzen, dass in den Fällen, die in den Bestimmungen der von ihnen angenommenen Ordnung nicht einbegriffen sind, die Bevölkerung und die Kriegführenden unter dem Schutze und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts bleiben, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens.

-> diese Formel gilt **unabhängig von den Einzelnormen des Vertrags- und Gewohnheitsrechts**

-Welches sind die *geschützten Personalkreise* und *Materialien*?

- 1) -*Verwundete*
-*Kranke*
-*Schiffbrüchige*
- 2) -*Sanitätspersonal*
-*Sanitätsmaterial*
-*Sanitätseinrichtungen*
-*Sanitätstransporte*
-*Seelsorgepersonal*
- 3) -*Zivilschutzorganisationen*
-*Zivilschutzpersonal*
-*Zivilschutzmaterial*
- 4) -*Kriegsgefangene*
- 5) -*Zivilbevölkerung*

MERKE: Schutz des humanitären Völkerrechts gilt für
„FREUND & FEIND“

-> Dieser *Gleichheitsgrundsatz* gilt **unter allen Umständen**

-Wie sind *Verwundete, Kranke* und *Schiffbrüchige* zu behandeln?

-> sie müssen:

- geschont*,
- geschützt* und
- mit Menschlichkeit* behandelt werden.
- umfassende* und *schnellstmögliche* medizinische *Pflege* und *Betreuung*

-Wie sind *Kriegsgefangene* zu behandeln?

-Hintergrund *Kriegsgefangenschaft* ist ***keine Strafe!!***

->(nur *Mittel*, um die K'gefangenen an Weiterkämpfen zu hindern); Gegner bleibt ist geschwächt

-> sie müssen:

- mit Menschlichkeit* behandelt werden
- > *Behandlung, Unterbringung, Verpflegung* und *Arbeit* sind ist **detailliert** geregelt
- > **IKRK** darf - als *Ersatzschutzmacht* - die *Kriegsgefangenenlager* besuchen

-Wie ist die *Zivilbevölkerung* zu behandeln?

-> Menschen müssen

-*mit Menschlichkeit* behandelt werden

-> gilt für:

- Bevölkerung als ganzes*¹⁸
- Einzelperson*

-> Ziviles Eigentum muss

-geachtet werden

-> *Plünderungsverbot* (in einigen Konventionen)

-> *Requisition* nur gegen Quittung & Entschädigung

¹⁸ Verbot des Aushungerns.

- Wie wird das humanitäre Völkerrecht *durchgesetzt*?
 - es wird durch verschiedene *Garantien verstärkt*
 - > **VERBREITUNGSPFLICHT**
 - Vertragsstaaten der GENFER Konventionen müssen „*Gesetze und Gebräuche des Krieges*“ bereits in **Friedenszeiten** verbreiten, zB:
 - Reglemente für Soldaten
 - Kurse für Einheitskommandanten
 - Rechtsberater* auf allen Ebenen
 - > **UNVERZICHTBARKEIT**
 - Rechte der geschützten Personen* sind unverzichtbar
 - > **SCHUTZMACHT**
 - sie stellt Schutz der in der Gewalt der Konfliktparteien befindlichen Personen sicher
 - oft durch **IKRK** (= Ersatzschutzmacht)
 - > etwa bei *Kriegsgefangenen*
 - > **REPRESSALIENVERBOT**
 - Repressalien sind im Bereich des *humanitären VR* verboten
 - > **STRAFSANKTIONEN**
 - schwere Verbrechen* des *hum. VR* sind **Kriegsverbrechen**
 - Staaten sind verpflichtet Strafbestimmungen für *Kriegsverbrecher* festzusetzen
 - > **UNTERSUCHUNGSVERFAHREN**
 - jede behauptete Verletzung* des Abkommens soll **untersucht** werden
 - auf Begehren einer Partei
 - gemäss einem *zwischen* den Parteien festzusetzenden *Verfahren*
 - Beachte: Zudem sieht das
 - 1. ZP zu den (4) GENFER Abkommen von 1949 betreffend den Schutz der Opfer bewaffneter internationaler Konflikte (SR 518. 521) eine Intl. Ermittlungskommission vor. **Art. 90**¹⁹
- Was sind *schwere Verletzungen* des humanitären Völkerrechts?
 - 1)
 - vorsätzliche Tötung*
 - Folterung* von Verwundeten, Kranken, Schiffbrüchigen, K'gefangenen, Sanitäts- & Seelsorg'person.
 - Unm. Behandl.* DITO
 - 2)
 - Zerstörung* von Gut, die nicht durch milit. Erfordernisse gerechtfertigt sind und in grossem Ausmass auf unerlaubte & willkürliche Weise erfolgten
 - Aneignung* DITO

¹⁹ dieser Artikel umfasst 7 Absätze (insgesamt 2 volle Seiten).

- 3) -vors. Angriffe gegen die Zivilbevölkerung oder *einzelne Zivilpersonen*
- 4) -*unterschiedlose Angriffe*
- 5) -*Kampfhandlungen* gegen *AKW, Staudämme, Deiche, unverteidigte Orte, entmilitarisierte Zonen*
- 6) -*Verschleppungen*
-*Zwangsumsiedlungen*
- 7) -*Verzögerung* der Heimschaffung von Kriegsgefangenen
- 8) -*weitgehende Zerstörung* von *geschützten Kulturgütern*

BEACHTTE: *Schwere Verbrechen* werden als **Kriegsverbrechen** bestraft (->siehe nächste Frage)

-Wie werden *Kriegsverbrecher* bestraft?

-Grundsatz: i.d.R. vom **Staat, dem das Mitglied** der Streitkräfte **angehört**

-> **Art. 1** des 4. HAAGER Abk. vom 18.10.1907 *betreffend die Gesetze & Gebräuche des Landkriegs*

(SR 0.515.112)->

Die Vertragsmächte werden ihren Landheeren Verhaltensmassregeln geben, welche der dem vorliegenden Abkommen beigefügten Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs entsprechen.

-altes Gew'R: nach diesem konnten Staaten auch in ihre Hand gefallene *Angehörige der gegnerischen Streitkräfte* (wegen Kriegsverbrechen) *aburteilen*

-GENFER Konventionen:

-(1. GENFER Abk. zur Verbesserung des Loses der *Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde* (SR 518.11))²⁰

-2. GENFER Abk. zur Verbesserung des Loses der *Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zu See* (SR 518.23) (vgl. Kapitel VOLLZUG)

-3. GENFER Abk. über die *Behandlung v. Kriegsgefangenen* (SR 518.42) (vgl. Kapitel VOLLZUG)

-4. GENFER Abk. zum Schutz von *Zivilpersonen in Kriegzeiten* (SR 518.51) (vgl. Kapitel VOLLZUG)

• jede Vertragspartei ist zur *Ermittlung verpflichtet*

• Kriegsverbrecher müssen **unabh. von Nationalität**

-> vor *eigene* Gerichte gestellt werden o d e r sind

-> an Verfolgung interessierten V'parteien zu *übergeben*

²⁰ Da dieses Abkommen *für die Schweiz nur noch in den Beziehungen zu Litauen gilt*, wird es in der vorliegenden Sammlung nicht veröffentlicht.

-Staaten müssen also:

- innerstaatliche** Strafbestimmungen erlassen
- Handlungen, die durch GENFER Konventionen unmittelbar verboten sind **verfolgen**

-Merke:

-**UNVERJÄHRBARKEIT** von
 • **Kriegsverbrechen** u n d
 • **Verbrechen**
 gegen die Menschlichkeit²¹

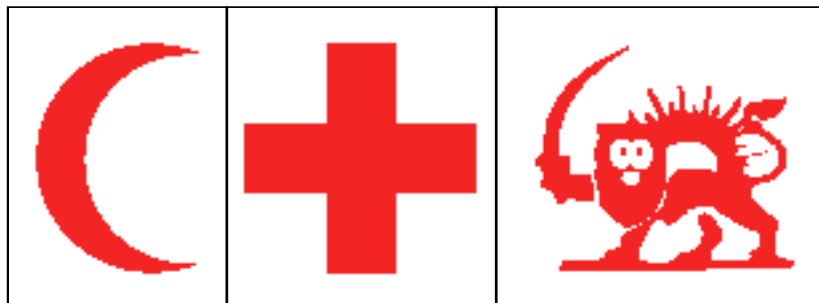
-Was ist das **ROTE KREUZ**?

-**2** Bedeutungen

a)-**Kennzeichen** für die Rotkreuzorganisationen u n d

-**Schutzzeichen** für

- das geschützte Sanitätspersonal und -material
- Sanitätstransporte
- Sanitätszonen



-**Halbmond**

-**Kreuz**

-**Löwe mit Sonne**

(Alle Symbole sind *rot* auf *weissem* Hintergrund)²²

b)-**Oberbegriff** für die *Organisationen* des Roten Kreuzes

-Wie ist das Rote Kreuz *aufgebaut*?

-es besteht aus *verschiedenen* Organisationen

a)-**IKRK** (= Intl. Komitee vom Roten Kreuz)

- Kernstück** (von H. DUNANT gegründet)
- Verein nach **schweizer Recht**
- 25 Mitglieder (alles Schweizer Staatsbürger)
- streng **neutral**

b)-**Nationale Rotkreuzgesellschaften**

- freiwillige *Hilfsdienste*
- > bestehen neben den *milit. Sanit'formationen*
- den Grundsätzen der *GENFER Abk. verpflichtet*
- pro Staat **nur 1** Rotkreuzgesellschaft
- bedürfen **Anerkennung** durch das **IKRK**

²¹ Abk. über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 26.11.1968.

²² 1. ZP zu den (4) GENFER Abkommen von 1949 betreffend den Schutz der Opfer bewaffneter internationaler Konflikte, ANHANG 1, Teil II, Art. 4 ff. (SR 518. 521).

c) **Liga der Rotkreuz- & Rothalbmondgesellschaften**

-ist **Dachverband** der *nationalen Rotkreuzgesellschaften*

d) **Internationale Rotkreuzkonferenz**

-alle **4 Jahre** Konferenz

-> berät über Grundsätze der Tätigkeit der *Nationalen RK-Gesellschaften*

-leistet *Vorarbeit* zur Fortbildung des Rotkreuz-Rechts

-Konferenz-Teilnehmer:

-> IKRK (= a))

-> *nat. RK-Gesellsch.* (= b))

-> *Liga* (= c))

-> *Mitgl'staaten* der **GENFER Abkommen**

-Merke: nur die **Mitgliedstaaten** können *GENFER Abkommen* abändern.

-> das *humanit. VR* wird also an einer diplomatischen Konferenz **fortgebildet**

-> IKRK nur **Vorbereitung**

-> *intl. RK-Ges.* „

-Welche *Funktion* hat das IKRK?

-*aufgrund* der *GENFER Abkommen* hat es verschiedene

-Aufgaben & Rechte

•**Führung Zentralauskunftsstelle** für Kriegsgefangene

•**Zutritt** zu den *Kriegsgefangenenlagern*

•**Hilfesendung** an

-> *Kriegsgefangenenlager*

-> *Zivilbevölkerung*

•**Anbietung von Diensten** in Bürgerkriegen

•**Bildung** von

-> *Sanitätszonen*

-> *Schutzzonen*

(beides bei Zustimmung der Konfliktparteien)

•**Schutzmacht**

-Zur Erfüllung dieser Aufgaben muss das IKRK

-auf **völkerrechtlicher** Ebene tätig sein

-> deshalb hat es funktionelle, partielle VR-persönlichkeit

-> Dieser Status ist Bestand des **Gewohnheitsrechts**²³

²³ Deshalb kann das IKRK seine Aufgaben *auch gegenüber* „Nicht-Mitgliedstaaten der *GENFER Abk.*“ wahrnehmen.

F) Bürgerkrieg

- Was ist ein Bürgerkrieg?
 - gewaltsame* Auseinandersetzungen **kriegsähnlichen** Ausmasses **innerhalb** eines Staates
 - Es bekämpfen sich
 - > *Teile der Bevölkerung*
 - > *rivalisierende* Gruppen
 - > *ethnische* Minderheiten
 - > *Rebellen*
 - > *offizielle Streitkräfte*
 - (Will sich ein *Staatsteil verselbständigen*, spricht man von einem **Sezessionskrieg**)
 - keine Bürgerkriege** sind:
 - > *lokale Unruhen*
 - > *lokale Aufstände*
 - > *bewaffnete* Konflikte zwischen politischen Gruppen, die durch *Demarkationslinie* getrennt sind
 - > *Entkolonialisierungskonflikte*
 - Ausweitung** zum *intl. Konflikt* oder *Krieg* im vör. Sinn
 - > durch *Unterstützung* ausländischer Staaten
- Welches Recht gilt im Bürgerkrieg?
 - Hintergrund: Bürgerkrieg ist **landesinterner** Konflikt
 - > somit **kein** Krieg im vör. Sinn
 - > Regeln des *Kriegsrechts* gelten *nicht*
 - primär* unterliegen Bürgerkriege **nationalem** Recht
 - sie unterliegen auch sonstigem Völkerrecht
 - Bsp: **Menschenrechte**
 - Schutz der Opfer?
 - ist bisher **nicht** geregelt
 - Beachte: Durch *Anerkennung* der Parteien als *VR-Subjekte*, kann der Bürgerkrieg zu *Krieg* werden.
 - umstritten ist dabei, ob die *Anerkennung der Aufständischen durch ausländische Staaten* zu teilweiser
 - >Anwendung des
 - Kriegs- & Neutralitätsrecht* führt
- Gilt das *Humanitäre Völkerrecht* auch in Bürgerkriegen?
 - GENFER* Abkommen enthalten Liste von **minimalen** humanitären
 - Schutzrechten* u n d
 - Verboten*
 - 2. *GENFER* Abk. zur *Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zu See* (SR 518.23)
 - 3. *GENFER* Abk. über die *Behandlung v. Kriegsgefangenen* (SR 518.42)
 - 4. *GENFER* Abk. zum *Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten* (SR 518.51)

Art. 3 ((Artikelnummer & Wortlaut ist in allen Abkommen identisch))

Im Falle eines bewaffneten Konflikts, der keinen internationalen Charakter aufweist und der auf dem Gebiet einer der Hohen Vertragsparteien entsteht, ist jede der am Konflikt beteiligten Parteien gehalten, wenigstens die folgenden Bestimmungen an-zuwenden:

-Gemäss Art. 1 Abs. 4 des 1. ZP (SR 518.521) soll das (für intl. Konflikte geltende) humanitäre VR auch gelten für:

-Befreiungskriege gegen

- koloniale Regimes o d e r
- rassistische Regimes

4. Zu den in Absatz 3 genannten Situationen gehören auch *bewaffnete Konflikte, in denen Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung sowie gegen rassistische Regimes in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen*, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und in der Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist.

-Art. 1 des 2. ZP (SR 518.522) erweitert die Minimalgarantien der GENFER Abkommen (s. vorige Seite)

-> jedoch ist sein Anwendungsbereich eingeschränkt, denn er

-gilt nur für bewaffnete Konflikte, welche:

- nicht von Art. 1 Abs. 4 des 1. ZP erfasst werden
u n d
- die im Hoheitsgebiet (einer Vertragspartei) zwischen „regulären Streitkräften“ und „Aufständischen“ stattfinden.

-> „Aufständische“ meint hier:

-abtrünnige Streitkräfte o d e r
-organisierte bewaffnete Gruppen, die:

- 1.-unter einer verantwortlichen Führung die einen Teil des staatlichen Hoheitsgebiets kontrollieren,
- 2.-dabei anhaltende, koordinierte Kampfhandlungen durchführen und
- 3.-die Beachtung des ZP garantieren können

2. ZP (SR 518.522)

Teil I Geltungsbereich dieses Protokolls

Art. 1 Sachlicher Anwendungsbereich

1. Dieses Protokoll, das den den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 gemeinsamen Art. 3 weiterentwickelt und ergänzt, ohne die bestehenden Voraussetzungen für seine Anwendung zu ändern, findet auf alle bewaffneten Konflikte Anwendung, die von Art. 1 des(Protokoll I) nicht erfasst sind und die im Hoheitsgebiet einer Hohen Vertragspartei zwischen deren Streitkräften und abtrünnigen Streitkräften oder anderen organisierten bewaffneten Gruppen stattfinden, die unter einer **verantwortlichen Führung** eine solche **Kontrolle über einen Teil des Hoheitsgebiets** der Hohen Vertragspartei ausüben, dass sie **anhaltende, koordinierte Kampfhandlungen durchführen** und dieses **Protokoll anzuwenden vermögen**.

2. Dieses Protokoll findet nicht auf Fälle innerer Unruhen und Spannungen wie Tumulte, vereinzelt auftretende Gewalttaten und andere ähnliche Handlungen Anwendung, die nicht als bewaffnete Konflikte gelten.

- Wie ist die Rechtsstellung *dritter Staaten* in einem Bürgerkrieg?
 - Massgebend sind:
 - > **Gewaltverbot**
 - > **Interventionsverbot**
 - > **Einmischungsverbot**
 - traditionelles Völkerrecht
 - unter Blickwinkel des **Gewaltverbotes**
 - zulässig ist:
 - Unterstützung der etablierten Regierung
 - “Intervention auf Einladung“²⁴
 - >((ist aber widerrechtlich, wenn dadurch,
 - das legitime Selbstbestimmungsrecht des Staatsvolkes oder eines Teils der Bevölkerung offen und in schwerer Weise unterdrückt wird))
 - Beispiel:
 - Einmarsch der SOWJET-Truppen auf Ersuchen der Regierung von Afghanistan**
 - >von **UNO verurteilt**
 - nicht zulässig ist:
 - Militärische Hilfeleistung für Aufständische
 - unter Blickwinkel des**Einmischungsverbots**
 - nicht vereinbar ist:
 - Unterstützung von Aufständischen
 - Anerkennung von Aufständischen
 - (milit. Hilfeleistung für Aufständische verstösst gegen **Gewaltverbot**)
 - Beispiel:
 - Nicaragua vs. USA**
 - > es ging um Verantwortlichkeit der USA für (para)militärische Aktivitäten der CONTRAS
 - > **IGH**: wies die Einrede - von **USA** - der zulässigen Selbstverteidigung ab. **USA** haben gegen das gewohnheitsrechtliche **Gewaltverbot** verletzt, durch:
 - >Ausbildung,
 - >Bewaffnung,
 - >Ausrüstung,
 - >Finanzierung,
 - >Unterstützung der CONTRAS.

²⁴ durch die herrschende Regierung.

G) Wirtschaftskrieg

-Was ist ein Wirtschaftskrieg?

-alle feindseligen Handlungen eines VR-Subjekts, die ein anderes VR-Subjekt *wirtschaftlich*

-schädigen sollen bzw.

-den Gegner *zu einem bestimmten Verhalten* zwingen sollen

-wesentliches Merkmal ist der:

-> **wirtschaftliche** Aspekt

-der *feindlichen Handlung* o d e r

-der *Schädigung*

-Ist ein Wirtschaftskrieg ein Krieg im *völkerrechtlichen Sinn*?

-ist im *Einzelfall* zu klären, denn:

-> *vielseitige Erscheinungsformen* des Wirtschaftskriegs

a) **WK i.w.S**

-Wirtschaftskrieg in ***Friedenszeiten***

b) **WK i.e.S**

-Wirtschaftskrieg in ***Kriegszeiten***

-> kann sich richten gegen:

- die gegnerische *Wirtschaft*

- nichtmilitärische Massnahmen gegen *feindliche Zivilbevölkerung* auf ***eigenem Gebiet***

-> (*Fremdenrecht* des Krieges)

-Wichtige Unterscheidung

-Das Verhältnis *WIRTSCHAFTSKRIEG* <----> *KRIEG* wird durch den Unterschied zwischen ***anglo-amerik.*** und ***kontinental-europ.*** Sichtweise des (allg.) Kriegsbegriffs erschwert.

1.-Kontinental-europ.

->Krieg ist primär „***DUELL-Krieg***“

(= Auseinandersetzung zwischen *Armeen*)

2.-Anglo-amerik.

->Krieg ist Konflikt „***Staat vs. Staat, Bürger vs. Bürger***“

-somit: Krieg zwischen *Staatsvölkern*

->also ist Krieg auch gegen *Wirtschaft* gerichtet

-In den **Weltkriegen** hat sich ***faktisch*** die Anglo-amerik.

Lehre ***durchgesetzt***

->Krieg eskalierte durch *wechselseitige Repressalien* auch als *Wirtschaftskrieg*

-> so wurden *einbezogen*:

- gegnerische *Armeen*

- Rüstungsbetriebe

- gesamte feindliche Volkswirtschaft***²⁵

- Zivilbevölkerung***²⁶

²⁵ Verbot des „*TRADING WITH THE ENEMY*“.

²⁶ Verbot des „*TRADING WITH THE ENEMY*“.

- Welches sind die *Mittel* in einem Wirtschaftskrieg?
 - **Sperrung** von vertraglich zugesicherter
 - Wirtschaftshilfe
 - Entwicklungshilfe
 - **Embargo**
 - Export-E.
 - Import-E.
 - Kapital-E.
 - Verkehrs-E.
 - **Verbote**
 - Verkehrs-V.
 - Handels-V.
 - Vertrags-V.
 - Zahlungs-V.
 - **Sequestrierung** (= Beschlagnahme) von feindlichem
 - Staats-Eigentum
 - Privat-Eigentum
 - **Diskriminierung** der Feinde vor *innerstaatlichen* Gerichten
 - **Blockade**
 - Land-B.
 - See-B.
 - Luft-B.
 - **Zerstörung** (mit *militärischen Mitteln*) von:
 - Fabriken
 - Verkehrswegen
 - Lagerhäuser
 - etc.
 - Beispiele:
 - a) UN- Wirtschaftssanktionen gegen **RHODESIEN**²⁷
 - b) UN- Waffenembargo gegen **SÜDAFRIKA**²⁸

(Beide Fälle standen *nicht im Zusammenhang mit einem bewaffneten* Konflikt)
- Welche Mittel sind zulässig?
 - sind abhängig vom *Einzelfall*
 - a) - In Friedenszeiten ist wirtsch. Zwang u.U. eingeschränkt
 - durch *bilaterale* Verträge
 - durch *multilaterale* Verträge
 - durch *Interventionsverbot*
 - durch *völkerrechtliches Fremdenrecht*
 - durch *Diskriminierungsverbote*
 - durch *Gewaltverbot*
 - > *grundsätzlich* stellt wirtsch. Zwang keine Gewalt im Sinne des Gewaltverbots von Art. 2 UN-Charta dar
 - > *wirtsch. Zwangsmassnahmen* können *gerechtfertigt* sein
 - als *zulässige Repressalien* o d e r
 - als *Sanktionen der VR-Gemeinschaft* (gem. Kap. VII Charta)

²⁷ UN-Resolution 232 vom 16.12.1966.

²⁸ UN-Resolution 418 vom 04.11.1977.

->Beispiel

Im **Golfkonflikt** beschloss der Sicherheitsrat²⁹ Wirtschaftssanktionen gegen **IRAK** und setzte einen **SANKTIONSAUSSCHUSS** ein

-> in der Folge verhängte der Sicherheitsrat eine

•**Seeblockade**³⁰

•**Luftblockade**³¹

b)-Nach Kriegsrecht³² bestehen *humanit. Schranken*; zB: die

•**HAAGER Landkriegsordnung** und die

•**GENFER Konventionen**

enthalten Bestimmungen, die *bei der Durchführung eines **Wirtschaftsembargos*** zu beachten sind:

4. Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (SR 0.518.51)

Art. 23

Jede Vertragspartei soll allen Sendungen von *Medikamenten* und *Sanitätsmaterial* freien Durchlass gewähren, wie auch allen für den Gottesdienst notwendigen Gegenständen, die ausschliesslich für die Zivilbevölkerung einer andern Vertragspartei, selbst einer feindlichen, bestimmt sind.

Auch allen Sendungen von unentbehrlichen *Lebensmitteln*, von *Kleidern* und von *Stärkungsmitteln*, die *Kindern unter fünfzehn Jahren, schwangeren Frauen und Wöchnerinnen* vorbehalten sind, ist **freier Durchlass** zu gewähren.

-weiter gibt es Regeln über die

•**Versorgung der Bevölkerung**

1. ZP zu Genfer Abkommen von 1949 betreffend den Schutz der Opfer bewaffneter intl. Konflikte (SR 0.518.521)

Art. 54 Schutz der für die Zivilbevölkerung lebensnotwendigen Objekte

1. Das Aushungern von Zivilpersonen als Mittel der Kriegführung ist **verboten**.

•**Requisitionen im Falle einer militärischen Besetzung**

Art. 63 Zivilschutz in besetzten Gebieten

4. Die Besetzungsmacht darf Gebäude oder Material, die Zivilschutzorganisationen gehören oder von diesen benutzt werden, nicht zweckentfremden oder requirieren, *wenn diese Zweckentfremdung oder Requisition der Zivilbevölkerung zum Nachteil gereicht.*

-Welche Haltung haben *dauernd neutrale Staaten* in einem Wirtschaftskrieg einzunehmen?

-*grundsätzlich* sind sie **nicht** zu *Neutralität verpflichtet*

-jedoch sind sie *auch betroffen*

-Bsp: „Staat X“ und „Staat Y“ sind:

-Kriegsparteien

-Wenn X die wirtsch. Isolation von Y beabsichtigt, wird

X den Handel mit dem Feind³³ bekämpfen. Dieser

Kampf schliesst auch den Staat „N“ ein.

²⁹ Resolution 661 vom 06.08.1990.

³⁰ Resolution 664 vom 18.08.1990.

³¹ Resolution 670 vom 25.09.1990.

³² RECHT IM KRIEGE.

³³ „TRADING WITH THE ENEMY“

-Beim **Feind**-Begriff wird abgestellt auf:

•natürliche & juristische Personen als:

-> Staatsangehörige von **Y**

-in **X** (Staatsangehörigkeits-Prinzip)

-in **Y** (Domizil-Prinzip)

-> Staatsangehörige von **N**, die also mit **Y** zusammenarbeiten³⁴

-> See- oder Luftblockaden **müssen** zB. auch von *neutralen* Staaten hingenommen werden, insbesondere dann, wenn es sich um Sanktionen der *VR-Gemeinschaft* - nach Kapitel VII der **UN-Charta** - handelt.

-Beispiel: 1990 verhängte der **Sicherheitsrat**³⁵ gegen den **IRAK** eine *Luftblockade*.

->**alle** Staaten waren **verpflichtet**, Flüge mit unzulässiger Fracht zu verhindern

H) Abrüstung

-Was ist Abrüstung?

-alle Massnahmen, die darauf gerichtet sind:

-> *Waffen* und *andere Rüstungsgüter* u n d

-> *militärisches Personal*

abzubauen oder zu **beseitigen**

-Was ist *Rüstungskontrolle*?

-alle Massnahmen, welche darauf gerichtet sind:

-> weitere *Aufrüstung*

zu **begrenzen**

-erreicht wird sie durch *Festlegung einer best. Maximalzahl* von:

-*Waffen*

-*Trägersystemen*

-*Soldaten*

-Welche *Funktion* haben Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Massnahmen?

-**Kriegsverhütung**

-**millitäre Sicherheit** der Vertragspartner

-**Schadensbegrenzung** im Konfliktfall

-> Zu diesen *Massnahmen* gehören auch:

-**vertrauensbildende** Massnahmen

-> gegenseitige **Information** über anstehende *Manöver*

-> gegenseitige *Manöverbesuche* und *Truppenbesuche*

-> gegenseitige *Information* über **eigene** *Militärdoktrin*

-> gegenseitige *Information* über **eigene** *Verteidig'strategie*

-Die *Entwicklung* solcher *vertrauensbild. Massnahmen* erfolgt zB:

-> bei der **KSZE**

-diese (KSZE)-Gespräche heissen:

•VVBSM³⁶ und •VKSE³⁷

³⁴ sog. „*schwarze Listen*“.

³⁵ Resolution 670 vom 25.09.1990.

³⁶ „*Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen*“.

³⁷ „*Verhandlung über konventionelle Streitkräfte in Europa*“.

-Welche *Phasen* der Abrüstungsbemühungen gibt es seit dem 2. WK?

-**Phase 1** (1948 - ca. 1963)

-> **umfassende Abrüstung** als Zielsetzung (**USA-UdSSR**)³⁸

• Fazit:

-> grundsätzliche Einigkeit über grunds. Fragen

-> Scheitern der Bemühungen an unterschiedl.

Vorstellungen über:

-verbleibendes *Nuklearpotential*

-verbleibendes *Abschreckungspotential*

-*Kontrollmassnahmen zur Überwachung* der Verträge

-**Phase 2** (1963 - ca. 1978)

-> **eingeleitet** durch den Abschluss des

• *Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser*

vom 5.8.1963³⁹ (SR 0.515.01)

-> eine *Reihe von Rüstungskontrollverträgen*

-> (1978 - 1985)

-einige *Verstösse* gegen diese Verträge und *mangelhafte Verfahren* **stellten den Nutzen** von Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen **in Frage**

-führte zu: **Stagnationsphase**

-> ab 1985

-neue Verhandlungen **USA-UdSSR**

-Erfolge:

• **INF**-Vertrag

• **START**-Vertrag

-Welche *Abkommen über C-Waffen* gibt es?

-**GENFER Protok.** vom 17.6.1925 *über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege* (SR 0.515.105)

-Mängel des Protokolls

-viele Vorbehalte

• ächten nur den *Ersteinsatz*

• schliessen *Polizeigase* (= Tränengas) aus

• schliessen *andere nicht tödliche Gifte* aus

-> *Pflanzengifte*

-> *Herbizide*

• Einhaltung nur gegenüber Mitunterzeichnerstaaten

-**CONFERENCE OF DISARMEMENT** (Genfer Abrüstungskonferenz)

-befasst sich mit umfassendem Verbot für *Entwicklung, Herstellung, Lagerung* und *Einsatz* von chem. Kampfstoffen

-> Verifikation dieses Abkommens soll einer *internationalen Organisation* übertragen werden

³⁸ so etwa im „*McCLOY-Abkommen*“ von 1961.

³⁹ sog. „*ATOMTESTSTOPPABKOMMEN*“.

- Welche Abkommen über *B-Waffen* gibt es?
 - Übereink.** vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (SR 0.515.07)
- Was ist der *INF-Vertrag*⁴⁰?
 - verpflichtet die Vertragsparteien Nuklearwaffen mittlerer Reichweite⁴¹
 - > zerstört werden **keine** Atomsprengköpfe, sondern nur Trägersysteme mittlerer Reichweite
 - Pershing: I, II
 - SS: 4, 5, 12, 20, 22, 23
 - GLCM⁴²
- Was ist der *TLATELOCO-Vertrag*⁴³?
 - er regelt **nuklearwaffenfreie Zone für Lateinamerika**
 - er verbietet
 - Erprobung
 - Einsatz
 - Herstellung
 - Erwerb
 - von Kernwaffen
 - Problem** des Vertrages
 - für die *Atomschwellenmächte* **ARG, BRA, CHI** nicht in Kraft
 - Überwachung des Vertrages durch
 - IAEO**.....(Internationale Atomenergiekommission)
 - OPANAL**...(Organismo para la proscripción de las armas nucleares en la américa latina)
- Was ist der *RAROTONGA-Vertrag*⁴⁴?
 - er regelt **nuklearwaffenfreie Zone im Südpazifik**
 - Problem** des Vertrags
 - innerhalb der Zone liegt das **Muruora-Atoll**
 - > dieses Atoll ist Nuklearwaffentestgebiet von **Frankreich**
 - F ist dem Vertrag **nicht beigetreten**
- Was ist das *NONPROLIFERATIONS-Gebot*?
 - begrenzt **weltweit** Entwicklung, Herstellung und Erwerb von Kernwaffen
 - Atommächte** verpflichten sich:
 - keine Weitergabe von Kernwaffen
 - Nicht-Atommächte** verpflichten sich:
 - keine Herstellung
 - kein Erwerb
 - Verifizierung des Abkommens durch **IAEO** (Intl. A'nergieagentur) (Inspektion der Anlagen; Brennstoffkreislauf-Bücher prüfen)

⁴⁰ *INTERMEDIATE-RANGE NUCLEAR FORCES TREATY* vom 08.12.1987.

⁴¹ 500 - 5'000 km.

⁴² Typ bodengestützter Marschflugkörper.

⁴³ vom 14.02.1967.

⁴⁴ vom 06.08.1985.

- Welche Verträge enthalten *Stationierungs-* und *Testverbote* für Atomwaffen in *staatsfreien* Räumen?
 - > Vertrag vom 27.01.1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschliesslich des Mondes und anderer Himmelskörper (SR 0.790)
 - Weltraumvertrag**
 - > Übereinkommen vom 8.12.1979 zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern
 - Mondvertrag**
 - > Vertrag vom 11.2.1971 über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund
 - > Antarktischvertrag vom 1.12.1959
 - > Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vom 5.8.1963 (SR 0.515.01) ((erlaubt nur **unterirdische** Kernexplosion))
- Was beinhalten die *SALT-Verträge*?
 - nicht angeschaut
- Was beinhaltet der *ABM-Vertrag*?
 - nicht angeschaut
- Was ist der *START-Vertrag*?
 - nicht angeschaut

Übersicht der *HAAGER Abkommen/Erklärung vom 18. Oktober 1907*

- 0.515.10** 3. Abkommen vom 18. Oktober 1907 über den *Beginn der Feindseligkeiten*
- 0.515.104** 14. Erklärung vom 18. Oktober 1907 betreffend das Verbot des Werfens von *Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen*
- 0.515.112** 4. Abkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die *Gesetze und Gebräuche des Landkriegs* (mit Ordnung)
- 0.515.122** 6. Abkommen vom 18. Oktober 1907 über die *Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe* beim Ausbruche der Feindseligkeiten
- 0.515.123** 7. Abkommen vom 18. Oktober 1907 über die *Umwandlung von Kauffahrteischiffen* in Kriegsschiffe
- 0.515.124** 8. Abkommen vom 18. Oktober 1907 über die *Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen*
- 0.515.125** 9. Abkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die *Beschiessung durch Seestreitkräfte* in Kriegszeiten
- 0.515.126** 11. Abkommen vom 18. Oktober 1907 über gewisse Beschränkungen in der *Ausübung des Beuterechts* im Seekriege
- 0.515.21** 5. Abkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die *Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen* im Falle eines *Landkriegs*
- 0.515.22** 13. Abkommenn vom 18. Oktober 1907 betreffend die *Rechte und Pflichten der neutralen Mächte* im Falle eines *Seekriegs*

12 Kriegs-VR & Abrüstung

Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs
(SR 0.515.112)
••Abkommen selbst besteht aus eigenen 9 Artikeln••

-140a-

Jahreszahl = Inkrafttreten

Abkommen
Art. 1 - 9

Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs
Art. 1 - 56

1. ABSCHNITT
Kriegführende
Art. 1 - 21

2. ABSCHNITT
Feindseligkeiten
Art. 22 - 41

3. ABSCHNITT
Militärische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiete
Art. 43 - 56

1. KAPITEL
Begriff des Kriegführenden

2. KAPITEL
Kriegsgefangene

2. KAPITEL
Kranke und Verwundete

1. KAPITEL
Mittel zur Schädig. des Feinds, Belagerung und Beschiessung

2. KAPITEL
Spione

3. KAPITEL
Parlamentäre

4. KAPITEL
Waffenstillstand

Äthiopien	1935
Belgien	1910
Bolivien	1910
Brasilien	1914
China	1917
Dänemark	1910
Deutschland*	1910
Dominik. R.	1958
El Salvador	1910
Fidschi	1970
Finnland	1922
Frankreich	1910
Grossbritann.	1910
Guatemala	1910
Haiti	1910
Japan*	1912
Kuba	1912
Liberia	1914
Luxemburg	1912
Mexiko	1910
Nicaragua	1910
Niederlande	1910
Norwegen	1910
Österreich*	1910
Panama	1911
Polen	1925
Portugal	1911
Rumänien	1912
Schweden	1910
Schweiz	1910
Sowjetunion*	1910
Südafrika	1910
Thailand	1910
Ungarn*	1910
USA	1910

-Was ist Neutralität?

-**völkerrechtlicher** Status, der

-> *neutralen* Staat zur *Unparteilichkeit* verpflichtet

-> *Streitparteien* verbietet *neutralen* Staat in Konflikt zu ziehen

-**Im Kern** ist die Neutralität ein *besonderes strategisches Verhalten*, nämlich die:

-**Nichtteilnahme am Krieg zwischen andern Staaten**

(= gewöhnliche Neutralität)

-Zu unterscheiden sind¹:

a)-**gewöhnliche** Neutralität

-> *Rechtsstaatus* eines Staates, welcher *nicht* an einem Krieg *zwischen anderen Staaten* teilnimmt

->Voraussetzungen

• Bestehen eines Krieges im Sinne des VR

• Nichtbeteilig. eines Staates an Feindseligkeit

b)-**dauernde** (= ständige) Neutralität

-> Verpflichtung eines Staates **dauernd** neutral zu sein²

• = **einseitige** dauernde Neutralität

->durch *ausdrückliche Erklärung anderer*

Staaten, obige Verpflichtung zu respektieren

• = **vertraglich** dauernde Neutralität

-Die *Rechte & Pflichten* der Neutralen, die *gewohnheitsrechtlich* entstanden, wurden in den *HAAGER Übereinkommen* (1907) kodifiziert

-> zB: 5. HAAGER Abk. betreffend die Rechte und Pflichten der *neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs* (SR 0.515.21)

I. Kapitel	Rechte und Pflichten der neutralen Mächte	0.515.21
Art. 1	Das <u>Gebiet</u> der neutralen Mächte ist <u>unverletzlich</u> .	
Art. 2	Es ist den Kriegführenden <u>untersagt</u> , <u>Truppen</u> oder <u>Munitions-</u> oder <u>Verpflegungskolon-nen</u> durch das Gebiet einer neutralen Macht <u>hindurchzuführen</u> .	
Art. 3	Es ist den Kriegführenden gleichermassen <u>untersagt</u> : a) auf dem Gebiete einer neutralen Macht eine <u>funkentelegrafische Station einzurichten</u> oder sonst irgendeine Anlage, die bestimmt ist, einen Verkehr mit den kriegführenden Land- oder Seestreitmächten zu vermitteln; b) irgendeine <u>Einrichtung dieser Art zu benutzen</u> , die von ihnen vor dem Kriege auf dem Gebiete der neutralen Macht zu einem ausschliesslich militärischen Zwecke hergestellt und nicht für den öffentlichen Nachrichtendienst freigegeben worden ist.	
Art. 4	Auf dem Gebiet einer neutralen Macht dürfen zugunsten der Kriegführenden <u>weder Korps von Kombattanten gebildet noch Werbeposten eröffnet</u> werden.	
Art. 5	Eine neutrale Macht darf auf ihrem Gebiete <u>keine der in den Artikeln 2-4 bezeichneten Handlungen dulden</u> . Sie ist nur dann verpflichtet, Handlungen, die der Neutralität zuwiderlaufen, zu bestrafen, wenn diese Handlungen auf ihrem eigenen Gebiete begangen worden sind.	

¹ siehe „Leitsätze des Eidgenössischen Politischen Departements zur Neutralität“, 1954, VEB 24 (1954) 9ff. = SJIR 14 (1957) 195ff.

² also generell N. wahren (nicht erst im Hinblick auf einen best. Konflikt).

<i>Fortsetzung</i>	0.515.21
Art. 6	
Eine neutrale Macht ist <u>nicht dafür verantwortlich</u> , dass Leute einzeln die Grenze überschreiten, um in den Dienst eines Kriegführenden zu treten.	
Art. 7	
Eine neutrale Macht ist <u>nicht verpflichtet</u> , die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende <u>Ausfuhr oder Durchfuhr</u> von <i>Waffen, Munition</i> und überhaupt von allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein kann, zu <u>verhindern</u> .	
Art. 8	
Eine neutrale Macht ist <u>nicht verpflichtet</u> , für Kriegführende die <u>Benutzung</u> von <u>Telegraphen- oder Fernsprechleitungen</u> sowie von Anlagen für drahtlose Telegrafie, <i>gleichviel, ob sie ihr selbst oder Gesellschaften oder Privatpersonen gehören</i> , zu <u>untersagen</u> oder zu <u>beschränken</u> .	
Art. 9	
Alle <u>Beschränkungen</u> oder <u>Verbote</u> , die von einer neutralen Macht in Ansehung der in den <u>Artikeln 7 und 8</u> erwähnten Gegenstände angeordnet werden, <u>sind</u> von ihr auf die Kriegführenden <u>gleichmässig</u> anzuwenden.	
Die neutrale Macht hat darüber zu wachen, dass die gleiche Verpflichtung von den Gesellschaften oder Privatpersonen eingehalten wird, in deren Eigentum sich Telegraphen- oder Fernsprechleitungen oder Anlagen für drahtlose Telegrafie befinden.	
Art. 10	
Die Tatsache, dass eine neutrale Macht <u>eine Verletzung ihrer Neutralität selbst mit Gewalt zurückweist</u> , <u>kann nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden</u> .	

-Welche *Staaten* sind *dauernd* neutral?

- Schweiz**
- Österreich**
- Vatikanstadt**

-Wie ist die Stellung von *Schweden*?

- Schweden** betreibt lediglich eine Neutralitäts-Politik
- >Schweden verhält sich grundsätzlich neutral
- >diese Neutralität ist aber **keine Pflicht**

-Welches sind die *begrifflich* wichtigen *Abgrenzungen*?

- Neutralität \neq **Nichtkriegführung** -> siehe unten:.....a)
- Neutralität \neq **Neutralisierte Gebiete** -> siehe unten:.....b)
- Neutralität \neq **Neutralismus** -> siehe unten:.....c)

a) **Nichtkkriegführung**

- >Formell *nicht* an Krieg *teilnehmen*
- >Indirekt *mit diplomat., wirtsch., militär. Mitteln*

b) **Neutralisierte Gebiete**

- >in diesen dürfen aufgrund vör. Vereinbarung keine Kriegshandlungen getätigt werden
- zB: **Antarktis**

c) **Neutralismus**

- >ist *besondere Form der Bündnisfreiheit* von Staaten
- diese Staaten wollen sich v.a. dem *Ost-West-Konflikt* enthalten bzw. dem *Kalten Krieg*
- >diese Staaten sind nicht an Neutralitätsrecht gebunden, da
- sie sich für Konfliktfall *alle Optionen* offenhalten

-Welches sind die Grundlagen der *Schweizerischen Neutralität*?

a)-Im VÖLKERRECHT

•**Pariser Akte** vom 20.11.1815³

->Die 5 Grossmächte - **F, GB, A, Preussen, Russland** - anerkannten am 20.11.1815 die **Neutralität der CH**

->Bereits mit dem Beitritt zum **Völkerbund** stellte sich die Frage der „Verträglichkeit“ mit **Völkerbund**-Mitgliedschaft.

•B'rat schloss *Durchzugsrecht* für fremde Truppen **kategorisch** aus (Neutralität erlaube dies nicht)

•Dafür werde die Schweiz ihr Gebiet *mit allen Mitteln selbst verteidigen* (= **bewaffnete N.**)

•**Brief der Direktion vür Völkerrecht** vom 16.11.1995⁴

b)-In der BV (SR 101)

Art. 173 Weitere Aufgaben und Befugnisse ((Der BUNDESVERSAMMLUNG))

1 Die Bundesversammlung hat zudem folgende Aufgaben und Befugnisse:

a. Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der **Neutralität** der Schweiz.

Art. 185 Äussere und innere Sicherheit ((BUNDESRAT))

1 Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der **Neutralität** der Schweiz.

-Die Neutralität wird „nur“ bei den *Kompetenzen* erwähnt (2 x)

->aber *nicht* aber im Zweckartikel (->dies geschah bewusst)

-“Die Neutralität ist nicht ein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Souveränität“

c)-Inhalt und Tragweite der schweizerischen Neutralität⁵

1.) Aufrechterhaltung der dauernden, bewaffneten Neutralität

•gesamteurop. Sicherheitssystem noch nicht realisiert
->deshalb *bewaffnete N.*

2.) Aktive Aussenpolitik der Solidarität

•Maxime der Solidarität war schon immer *Element der Aussenpolitik*

3.) Partizipation jenseits der Neutralität

•Änderung der bisher *restriktiven Haltung*
->vermehrt *Kooperation* mit *anderen Staaten*

4.) Teilnahme an Zwangsmassnahmen

•ist *kein* Widerspruch mit UNO-Zwangsmassnahmen
•CH ist an *Funktionieren* des UNO-Sicherheitssystem *interessiert*

•CH befürwortet Friedensordnung die aus *VR* und aus *Gewaltverbot* entsteht

³ *Acte du 20 novembre 1815 portant reconnaissance de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire.*

⁴ siehe näheres und Auszüge im Skript „Intl. Recht; Teil 2, Völkerrecht“, S. 90.

⁵ Bezugnahme nur auf die „neuen Auffassungen“ .

d)-Funktionen der Neutralität⁶

- 1.) **INTEGRATIONS-Funktion**
-> *interner* Zusammenhalt der CH
- 2.) **UNABHÄNGIGKEITS-Funktion**
-> *Vermeiden* des Einbezugs in einen Krieg
- 3.) **FREIHANDELS-Funktion**
-> *Neutrale* dürfen *mit jeder* Kriegspartei *Handel* treiben
- 4.) **GLEICHGEWICHTS-Funktion**
-> *geopolitischer* Faktor der *Stabilisierung* zw. Blöcken
- 5.) **DIENSTLEISTUNGS-Funktion**
-> Möglichkeit zu „*Guten Diensten*“

-Was ist das *Neutralitätsrecht*?

a)-*Neutralitätsrecht i.e.S.* („*lus Ad Neutralitatem*“)

-> gibt jedem Staat das **Recht** auf *Neutralität*

b)-*Neutralitätsrecht i.w.S.* („*lus In Neutralitate*“)

-> Ist *Inbegriff* der **Rechte & Pflichten**:

-von *Neutralen* **u n d**

-von *Kriegführenden*

-> **wichtigste Rechtsquellen**

•5. HAAGER Abk. betreffend die Rechte und Pflichten der *neutralen Mächte* und Personen im Falle eines Landkriegs (SR 0.515.21)

•13. HAAGER Abk. betreffend die Rechte und Pflichten der *neutralen Mächte* im Falle eines Seekrieges (SR 0.515.22)

-Welche *Pflichten* haben *neutrale* Staaten?

-Grundsätzlich gilt:

-> **keine direkte** Teilnahme

-> **keine indirekte** Teilnahme

-**4 Arten von Pflichten**

a)-**Enthaltungspflichten** (VERBOTE)

-keine Unterstützung

-keine Begünstigung

-keine Einräumung von *Durchmarsch-Recht*

-keine Einräumung von *Überflug-Recht*

-keine Lieferung von *Kriegsmaterial*

-keine Übermittlung *milit. Nachrichten* zug. Kr'führender

b)-**Abwehrrpflichten**

-Abwehr *neutralitätswidriger* Handlungen von Kriegsparteien auf *seinem Gebiet*

c)-**Duldungspflichten**

-bestimmte Handlungen von kriegführenden Parteien

-> zB: *Kontrolle von Schiff* auf Hoher See

⁶ aus RIKLIN, Alois; Die Neutralität der Schweiz, in: Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik (Bern 1992, S. 191).

d)- Unparteilichkeitspflichten

-*Gleichbehandlung* der Kriegführenden bezüglich der allfälligen staatl. Beschränkung der privaten *Aus- und Durchfuhr von Gütern* an die Kriegparteien

-Was sind die *Vorwirkungen* der Neutralität?

-Pflichten von **dauernd neutralen** Staaten *bereits im Frieden*

-**Aussenpolitik**, die im Kriegsfall *Neutralität ermöglicht*

-**Sicherheitspolitik**, die im Kriegsfall *Neutralität ermöglicht*

-**Bündnis-Verbot**

-**Stützpunkt-Verbot**

-**Rüstungs-Gebot**

-Welche *Rechte* haben neutrale Staaten?

-**Abwehrrecht** von Neutralitätsverletzungen

->notfalls auch *militärisch*

-*Recht* der **Asylgewährung** an *Flüchtlinge*

-*Recht* der **Aufnahme** von *Verwundeten & kranken Militärpersonen*

-*Recht*, auf das Staatsgebiet geflohene **Kriegsgefangene freizulassen**

-Ist die *dauernde Neutralität* mit der UN-Charta vereinbar?

-Hintergrund: ->**dauernde Neutralität verpflichtet zu Unparteilichkeit**

->UN-Charta *fordert* Pflichten von Mitgliedländern

a)-Beistandspflicht für getroffene Massnahmen

•Art 2 Ziff. 5

b)-Befolgungspflicht der **GV-Empfehlungen**

•Art. 11 Abs. 1; Art. 14

c)-Befolgungspflicht der vom **S'RAT** beschlossenen **Boykott-Massnahmen**

•Art. 39 i.V.m. Art. 41

-Befolgungspflicht der vom **S'RAT** beschlossenen **militär. Zwangsmassnahmen**

-Einschätzung: a) -> problemlos *mit Neutralität vereinbar*

b) -> problemlos *mit Neutralität vereinbar*

c) -> problematisch; da diese Pflicht **zwingende Mitwirkungspflichten** begründet

-Verschiedentlich wurde aber *Neutralität* als **unsolidarisches Verhalten** kritisiert. Das System der kollektiven Sicherheit der UNO dass die VR-Gemeinschaft gemeinsam gegen friedensbrechende & völkerrechtsverletzende Staaten vorgehen soll.

-> In diesem System (der koll. Sicherheit) habe die Neutralität keinen Platz, **weil durch sie Partei für den Friedensbrecher genommen würde.**

->DIESE AUFFASSUNG IST UNZUTREFFEND!!!

-denn: seit dem 2. WK hat das System der kollektiven Sicherheit nur **2 x funktioniert**

⁷ Die Vereinbarkeit der *dauernden Neutralität* mit einer Mitgliedschaft wird damit begründet, dass solche (Boykott- bzw. militärische Zwangs-)Massnahmen *bisher noch nie* beschlossen wurden, weshalb das Problem „eher *theoretischer*“ Natur sei.

- im Koreakrieg
 - im Golfkrieg
- Aggressionen zwischen Staaten haben nämlich - *aus politischen* oder *ideologischen* Gründen - die Unterstützung von Mitgliedern des S'RATS gefunden.
 - während so das System der kollektiven Sicherheit versagt hat,
 - haben **Gute Dienste, Schutzmandate** und **Vermittlungsbemühungen** der neutralen Staaten immer wieder geholfen, **Konflikte zu entschärfen**
- > **dauernde Neutralität ist also nach wie vor berechtigt**

- Welche Fragen stellen sich bei *Boykottmassnahmen*?
 - Hintergrund: Boykottmassnahmen sind *wirtschaftskriegerische* Massnahmen⁸
 - Zweck: durch *nachteilige Beeinflussung* der Wirtschaft einen bestimmten Staat zu einem gewünschtem Verhalten bewegen
 - Rolle des n. Staats:
 - keine Beteiligung** an den Massnahmen und
 - keine Nutzniessung**
 - >sonst verliert er *Nⁱ-Status*
 - >*Unparteilichkeit* erfolgt dadurch, dass die wirtschaftlichen Beziehungen auf dem Niveau des „*Courrant Normal*“ bestehen bleiben
- MERKE**: Neutralität heisst nicht, *vör'widrige* Handlungen
 - ohne Protest und
 - ohne Sanktion
 hinzunehmen
 - >Der neutrale Staat kann Massnahmen **aus eigenem Recht** treffen⁹
 - Bsp: **IRAKS** Besetzung von **KUWAIT**
 - >*unabhängig* von den UNO-Sanktionen, liess der **SCHWEIZER** Bundesrat
 - die **Irakischen Konten** sperren
 - Wirtschaftsbeziehungen* suspendieren

!!!ANMERKUNG zur **SCHWEIZ**!!!!

- >Ihre Neutralität ist ein **völkergewohnheitsrechtliches** Statut
 - YBILC 1964 II 184
 - YBILC 1966 II 231

⁸ wieetwa *Embargo, Blockade, Boykott etc.*

⁹ auch wenn versch. Staaten gegen einen vör'widrigen handelnden Staat Sanktionen verhängen.

-Ist die *dauernde Neutralität* mit dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vereinbar?

-Hintergrund:

EGV (= Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft)

-vom 25.3.1957 -am 1.1.1958 in Kraft getreten

-durch den *Amsterdamer Vertrag* geändert, ist der „neue“

EGV am 1.5.1999 in Kraft getreten

1. Problembereich: *Teilnahme an Schutzmassnahmen*

3. TEIL,

Titel IX (Gemeinsame Handelspolitik)

Art. 133 (Grundsätze der gemeinsamen Handelspolitik)

Abs. 1-Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmassnahmen, die Ausfuhrpolitik und die **handelspolitischen Schutzmassnahmen**, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen.

-Beispiel einer **handelspolitischen Schutzmassnahme**

-> *Verbot des Handels mit Gliedstaaten*

-Frage ist also konkret:

->Inwieweit kann sich ein *neutraler Staat* der Teilnahme an einer solchen Massnahme **entziehen**?

-und zwar unter Berufung auf den sog.

LUXEMBURGER Kompromiss

-Antwort: ->**umstritten**, so erachtet ein Teil der *Lehre*

•den *LUX. K.* als gegenstandslos, infolge des

-Erlasses der *EEA*¹⁰ 1986

2. Problembereich: *Berufung auf die Schutz- und Notstandsklausel*

-**ÖSTERREICH** hielt seine *dauernde Neutralität* mit den EG-Verträgen für *vereinbar*, weil die Neutralität..

..*einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens und der nationalen Sicherheit leistet*

3. Problembereich: *Europäische UNION*

-diese *UNION* (also das *politische* Dach der Gemeinschaften) nimmt eine **engere Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit** in Aussicht

-(vgl. Art. 30 Abs. 6 *EEA*)

¹⁰ Einheitliche Europäische Akte.

- Was umfasst der *Begriff* der Umwelt (*Environment*)?
 - Gesamtheit der **physischen** Lebensgrundlage des Menschen
 - WASSER
 - ATMOSPÄRE
 - BODEN
 - FLORA
 - FAUNA
- Was ist die *Umweltverschmutzung* (*Pollution*)?
 - unmittelbar** oder **mittelbare** Zuführung von
 - > *Stoffen* o d e r
 - > *Energie*
 - durch den Menschen in die *Umwelt*
 - Folgen sind:
 - > **abträgliche Wirkungen** wie zB:
 - Gefährdung der *menschlichen Gesundheit*
 - Schädigung der *lebenden Naturschätze*
 - Schädigung der *Ökosysteme*
 - Schädigung von *Sachwerten*
 - Beeinträchtigung der *Annehmlichkeiten*
 - Beeinträchtigung sonstiger *rechtmässiger Nutzungen der Umwelt*

Übereink. vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (SR 0.814.32)

Begriffsbestimmungen

Art. 1

Im Sinne dieses Übereinkommens

a) bedeutet «*Luftverunreinigung*» die unmittelbare oder mittelbare Zuführung von Stoffen oder Energie durch den Menschen in die Luft, aus der sich abträgliche Wirkungen wie eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit, eine Schädigung der lebenden Schätze und der Ökosysteme sowie von Sachwerten und eine Beeinträchtigung der Annehmlichkeiten der Umwelt oder sonstiger rechtmässiger Nutzungen der Umwelt ergeben; der Begriff «*luftverunreinigende Stoffe*» wird entsprechend ausgelegt;

b) bedeutet «*weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung*» Luftverunreinigung, deren physischer Ursprung sich ganz oder teilweise im Hoheitsbereich eines Staats befindet und die schädliche Auswirkungen im Hoheitsbereich eines anderen Staates in einer Entfernung hat, bei der es in der Regel nicht möglich ist, die Beiträge einzelner Emissionsquellen oder Gruppen von Quellen gegeneinander abzugrenzen.

- Was sind *grenzüberschreitende Umweltbeeinträchtigungen*?
 - Transboundary Pollution*
 - entstammt dem *völkerrechtlichen Nachbarrecht*
 - Begriffs-Bedeutung hat sich **erweitert**
 - >grenzüberschreitend ist **jede Umweltbeeinträchtigung**, die sich - *unabh. von der geograph. Nähe* - auf dem Hoheitsgebiet eines *anderen Staates* auswirkt.
 - >Beispiel UdSSR-TSCHERNOBYL radiaktive Strahlung in:
 - *weiten Teilen Europas*
 - > v.a. in **Skandinavien**

-> Beispiel: TRAIL-Smelter-Fall USA vs. KANADA

- Emissionen einer **kanadischen** Blei- und Zinkschmelze schädigten **US**-Bundesstaat **Washington**
 - > Entfernung Schmelze<--->US-Grenze 11 Km
- **Schiedsgericht** befand, dass **Kanada** *völkerrechtlich* für Schaden verantwortlich sei
 - > es regelte alsdann:
 - Schadenersatz-Höhe
 - legte Emissions-*Maximalwerte* fest
 - sah *periodische Kontrollen* vor
 - bestimmte *weitere Studien/Massnahmen*

-Was bedeutet *internationaler Umweltschutz*?

- *international environment protection*
- Gesamtheit der Massnahmen, welche die **Staaten auf intl. Ebene ergreifen**, um

- *Umweltbeeinträchtigungen zu verhindern*
- *natürliche Lebensgrundlagen zu erhalten*

-Welche *Rechtsquellen* kennt das Umweltschutzrecht?

- Hintergrund: Umweltschutzrecht ist **junger Zweig** des VR

- > Gewohnheitsrecht existiert *nur beschränkt*
- > Deshalb ist U'schutzrecht *primär Vertragsrecht*
 - > viele *bilaterale* Verträge
 - > viele *regionale* Lösungen
 - > jedoch **kein globales Übereinkommen**
 - > erster Ansatz zeigt sich in „*Nordischer Konvention zum Schutz der Umwelt*“ (19.12.1974)

- Beachte: die meisten Abkommen

- enthalten nur *wenige* oder *keine Pflichten*
- dienen primär der *Vereinheitlichung der nationalen Umweltpolitiken*
- (sind folglich dem **Soft Law** zuzuordnen)

-Welche *Teilgebiete* kennt das Umweltschutzrecht?

- Schutz der
 - > *Binnengewässer* (Flüsse, Seen)
 - > *Meeresumwelt*
 - Schutz der
 - > *Luft*
 - > *Atmosphäre*
 - Schutz vor
 - > *radiologischen* Stoffen
 - > *sonstigen gefährlichen* Stoffen
 - Schutz von
 - > *Flora* (Pflanzenwelt)
 - > *Fauna* (Tierwelt)
- => *Artenschutz*

- Wie sind die *Binnengewässer* geschützt?
 - durch viele *bilaterale* und *multilaterale Verträge* (siehe Beispiel)
 - >Anlieger (von Seen, Flüssen) regeln insbesondere
 - Nutzung
 - Schutz
 - Höchstbelastungsgrenzen** für die Einleitung von
 - >Chemikalien
 - Pflicht zum **Informationsaustausch**
 - Pflicht zur **Konsultation**
 - Nutzung der Binnengewässer regelt sich *meist* nach dem
 - >“Prinzip der gerechten und fairen Aufteilung“¹

Bsp: **Übereinkommen** (zwischen SCHWEIZ, BADEN-WÜRTTEMBERG, BAYERN, ÖSTERREICH)) **über den Schutz des Bodensees gegen Verunreinigung** (SR 0.814.283)

Abgeschlossen in Steckborn am 27. Oktober 1960
 Von der Bundesversammlung genehmigt am 28. September 1961¹
 In Kraft getreten am 10. November 1961

- Wie ist die *Meeresumwelt* geschützt?
 - Hintergrund: Im Vordergrund stehen folgende *Belastungen*:
 - Ölverschmutzung
 - Gefahr der *radioaktiven Abfälle*
 - Überfischung
 - Einleitung von *Abwässern*
 - Einbringen von *anderen Abfällen*
 - zB:chemische Abfälle
 - Die **wichtigsten überregionalen** Verträge sind:
 - >*Internationales Übereink.* vom 12.5.1954 zur *Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl* (SR 0.814.288.1)
 - >*Internationales Übereink.* vom 29.11.1969 über die **zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden** (mit Anlage) (SR 0.814.291)
 - >*Prot. von 1978 zu den Internationalen Übereink. von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe*, (mit Anlagen) (SR 0.814.288.2)
 - >*Übereink.* vom 29.12.1972 über die *Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Versenken* (=Einbringen)) von *Abfällen und anderen Stoffen* (mit Anlagen und Memorandum) (SR 0.814.287)
 - >*Übereink.* vom 29.4.1958 über die **Fischerei** und die Erhaltung der biologischen Reichtümer der Hohen See (SR 0.923.05)

¹ siehe auch drittletzte Frage dieses Kapitels.

- Einen **globalen Ansatz** enthält die:
 - > Seerechtskonvention der UNO vom 10.12.1982
 - “Teil 7“ regelt speziell den Schutz der Meeresumwelt
(Konvention noch nicht in Kraft)

- Ansonsten gibt es viele **regionale** Verträge, wie etwa:
 - > Protokoll vom 17.5.1980 über den Schutz des Mittelmeeres gegen Verschmutzung vom Lande aus

- Beachte: -nur die *wenigsten* Abkommen enthalten **Pflichten**²
 - > sie postulieren bloss die *Notwendigkeit* der *Zusammenarbeit*

- Wie werden *Luft* und *Atmosphäre* geschützt?
 - Hintergrund: Die konkreten *Probleme* sind:
 - a)-> **saurer Regen**³
 - b)-> **Ozonloch**⁴
 - c)-> **Treibhauseffekt** (-> Folge von a) und b))
 Die konkreten *Lösungen* können **nur global** erfolgen
 - Folgende Übereinkommen sind *in kraft*:
 - > Übereink. vom 13.11.1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (SR 0.814.32)
 - Prot. vom 8.7.1985 (zu 0.814.32;.. über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung) *betreffend die Verringerung der Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mind. 30 %*
(SR 0814.321)
 - Prot. vom 31.10.1988 (zu 0.814.32;.. über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung) *betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses (mit Anhang und Erkl.)* (SR 0.814.323)
 - Prot. vom 18.11.1991 (zu 0.814.32;.. über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung) *betreffend die Bekämpfung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses*
 - Prot. vom 13.6.1994 (zu 0.814.32;.. über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung) *betreffend die weitere Verringerung von Schwefelemissionen*
 - > WIENER Übereinkommen vom 22.3.1985 zum Schutz der Ozonschicht (SR 0.814.02)

² zB: Verschmutzungsverbote.

³ infolge Belastung von Luft & Atmosphäre mit KOHLEN- und SCHWEFELDIOXID..

⁴ infolge Belastung von Luft & Atmosphäre mit FLUORKOHLENWASSERSTOFFEN:

-> MONTREALER Protokoll vom 16.9.1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (SR 0.814.021)

-> insbesondere dieses Protokoll enthält **konkrete Pflichten**

-> Leider: das totale **FCKW-Verbot** scheiterte an der Folgekonferenz (dieses Prot.) in HELSINKI

-Welches sind die wichtigsten Abkommen im Bereich der Kernenergie?

-Hintergrund: Es geht um die Problembereiche:

a)- **Sicherheitskontrolle**

b)- **Strahlenschutz**

c)- **Schutz von Kernbrennstoffen**

d)- **Haftung** bei Nuklearunfällen

e)- **Koordination** bei Nuklearunfällen

-Folgendes sind die wichtigen Übereinkommen:

-> Übereink. vom 20.12.1957 zur Errichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie (SR 0.732.021)

-> Übereink. vom 29.7.1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie

-> Übereink. vom 21.5.1963 über die zivilrechtliche Haftung für Nuklearschäden

-> Übereink. vom 26.9.1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (SR 0.732.321.1)

-> Übereink. vom 26.9.1986 über Hilfeleistungen bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen (0.732.321.2)

-**Bedeutendste** Internationale Organisation auf dem Gebiet der Kernenergie ist die **IAEO**

-Was ist die IAEO?

-**INTERNATIONAL ATOMIC ENERGY AGENCY**
(=Int. Atomenergie-Organisation)

-Wien ist Sitz

-1957 gegründet

-Mitglieder sind

-> alle Industriestaaten

-> 50% der Entwicklungsländer

-**autonome** Organisation der UNO

->d.h. sie berichtet **direkt** der Generalversammlung

-zugeordnet ist sie dem **Sicherheitsrat**

-Organe sind:

-> Generalkonferenz

-> Gouverneursrat (Exekutivorgan)

-> Sekretariat ((ca. 1'500 Mitarbeiter))

-Generaldirektor steht an Spitze

-sie **bezweckt**:

- Förderung & Kontrolle der **friedlichen** Nutzung der Kernenergie
- Durch den **Atomsperrvertrag** vom 1.7.1968 wurde die IAEA mit der *Überwachung* aller Nuklearanlagen in allen Vertrags-Mitgliedstaaten beauftragt

-Was versteht man unter *Artenschutz*?

-Hintergrund: **Ein** Ziel des internationalen *Umweltschutzes* ist die:

- Erhaltung der *Artenvielfalt* in der
 - > *Tierwelt* (Fauna)
 - > *Pflanzenwelt* (Flora)

-**Sachlich** schützen viele Übereinkommen

a)-> **bestimmte**

- Tierarten
- Pflanzenarten

b)-> **generell** den

- Artenschutz

-**Geographisch** gibt es:

a)-**internationale** Übereinkommen so zB:

- > Ü'eink. vom 24.9.1931 zur *Regelung des Walfangs* (SR 0.922.73)
 - *Neufassung*: 2.12.1946 (m. Anhang) (SR 0.922.74)
 - *ZP* vom 19.11.1956
- > Ü'eink. vom 15.11.1973 zum *Schutz der Eisbären*
- > *Pflanzenschutzabkomm.* vom 6.12.1951 (SR 0.916.20)
- > *Konvention* vom 3.3.1973 über den *internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere & Pflanzen* (mit Anhängen) (SR 0.453)⁵

b)-**Europäische** Übereinkommen

- > Vertrag vom 7.3.1952/14.10.1959 zum *Schutz der Garnelen, Langusten & Krebse und der europäischen Hummer*
- > *Konvention* vom 19.9.1979 zur *Erhaltung freilebender Tiere und wildwachsender Pflanzen in Europa* (mit Anhängen) (SR 0.455)

c)-**Regionale** Übereinkommen

- > Vertrag vom 20.12.1962⁶ über den *Schutz der Lachse in der Ostsee*
- > Vertrag vom 7.5.1976 zum *Schutz der Pelzroben im Nordpazifik*

⁵ in der Systematik fällt diese SR-Nummer unter „NATUR- & HEIMATSCHUTZ“.

⁶ geändert am 21.1.1972.

D. CONTOYANNIS

Fragen 550 - 568

- Wird die Umwelt auch im *Krieg* geschützt?
 - ja**, und zwar *durch* das **Kriegsrecht**
 - Die *Kriegführenden haben dafür zu sorgen*, dass im Kampf die natürliche Umwelt zu schützen ist vor:
 - ausgedehnten*,
 - langfristigen*,
 - schweren*
 - Schäden
 - Eingriffe in die natürliche Umwelt sind (auch als Repressalie) *unzulässig*
 - >Art. 55 des 1. ZP zu den (4) *GENFER* Abkommen von 1949 *betreffend den Schutz der Opfer bewaffneter internationaler Konflikte* (SR 518. 521)
 - >*Übereink. vom 10.12.1976 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (mit Anhang & Absprachen)*(SR0.515.06)
 - weitere Schutznormen entstanden im Zusammenhang mit der **Ächtung bestimmter Waffen**
 - >*Abkom. über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser* vom 5.8.1963 (SR 0.515.01)
 - >*Übereink. vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen* (SR 0.515.07)
 - >*Anmerkung: Die **Beachtung** der Verbote ist **gering!!!!***
 - Bsp: **Golfkrieg**
 - > **IRAK** liess Unmengen *Rohöl* ins Rote Meer fließen
 - > **IRAK** zündete **Kuwaitische** Ölquellen an
- Welche *Organisationen* bezwecken den Schutz der Umwelt?
 - a)-**UNEP** (*United Nation Environment Program*) s. nächste Frage
 - wichtigste Umweltschutzorg. im Rahmen der **UNO**
 - >fördert die von UNO gesteckten Ziele
 - 1972 *STOCKHOLM* Umwelt des Menschen
 - 1973 *MAR DEL PLATA* UN-Umwelt-Programm
 - 1982 *World-Charter-for-Nature*
 - b)-**OECD**
 - gibt Empfehlungen für Industrienationen ab
 - >EG streben *einheitliche* Umweltpolitik an
 - >Art. 25d EEA hält Umweltschutz *ausdrücklich* als Gemeinschaftsaufgabe fest
 - d)-**ILA** (*Intl. Law Association*).....->*non-governmental*
 - >bemüht sich um Förderung der Rechtsentwicklung
 - Bsp: •*Helsinki-Regeln* von 1966 zum *intl. Wasserrecht*
 - e)-**IDI** (*Institut de droit international*).....->*non-governmental*
 - >bemüht sich um Förderung der Rechtsentwicklung
 - Bsp: •*Athen. Resol.* von 1979 z. *Belastung Flüsse/Seen*
 - Montreal-Regeln* v.1982 *grenzüb'schr. U'verschm.*

- Was ist die *UNEP*?
 - es ist das **Umweltprogramm der Vereinten Nationen**
 - > *United Nations Environment Program*
 - Nairobi* ist Sitz
 - 1973 gegründet
 - Nebenorgan** der UNO
 - > somit hat sie keine eigenen Mitglieder
 - > *UNO-Mitglieder* sind **automatisch** UNEP-Mitglieder
- Sie **bezweckt**:
 - Koordination der Umweltschutzaktivitäten der
 - > UNO
 - > der Sonderorganisationen der UNO
- Sie **hat** realisiert:
 - EARTH WATCH*⁷
- Sie **hilft** bei:
 - Forschung* von Umweltprojekten
 - Planung* von Umweltprojekten
 - Finanzierung* von Umweltprojekten
- Sie **wirkt** mit bei der:
 - Vorbereitung internationaler Übereinkommen*
 - Ausarbeitung (unverbindlicher) Verhaltenskodizes*
- Organe** sind:
 - Governing Council* (= Verwaltungsrat)
 - > besteht aus 58 von UN-GV gewählten Mitgliedern
 - Sekretariat*
 - > *Exekutivdirektor* steht diesem vor
- Finanzierung**
 - erfolgt aus einem *Umweltfonds*
 - (*Fonds* beruht auf freiwilligen Beiträgen)
- Welche gewohnheitsrechtlichen Prinzipien gelten im Umweltschutzrecht?
 - Vorbemerkung: nur **wenige** Prinzipien des Umweltrechts gelten als Normen des VGR
 - > sehr zurückhaltende Staatenpraxis
 - 1)-Prinzip der „**beschränkten territorialen Souveränität u. Integrität**“
 - ist ein ALLGEMEINER GRUNDSATZ
 - > Kein Staat darf in der Weise tätig sein, wenn dadurch
 - Schäden auf fremdem**
 - > *Staatsgebiet*,
 - > den dort lebenden *Personen*
 - > oder deren *Eigentum*
 - entstehen**
 - > Damit der TB der VR-Widrigkeit erfüllt ist, müssen die **Schäden**
 - > erheblich sein!

⁷ weltweites Überwachungssystem für Umwelteinflüsse.

2)-Prinzip der „**gerechten und fairen Aufteilung**“⁶-> ist ein **SPEZIELLER GRUNDSATZ**-> gilt für **gemeinsame Nutzung von Binnengewässern**

-Jeder Anlieger eines internationalen Binnengewässers soll an der

-> wirtschaftlichen Nutzung in angemessener Art und Weise teilhaben können.

-Welche Prinzipien gelten im übrigen im Umweltschutzrecht?

-Vorbemerkung: Die **Lehre** hat weitere Grundsätze entwickelt

-> sind aber nicht als gewohnheitsrechtl. VR nachgewiesen

-> sind im **westeuropäischen Vertragsrecht** bedeutsam1)-Pflicht der Staaten, *Recht ohne Schädigung anderer Staaten auszuüben*2)-Prinzip der *guten Nachbarschaft*3)-Verbot des *Rechtsmissbrauchs*4)-Verbot der sog. „*Ultra Hazardous Activities*“5)-Erfolgshaftung oder *Gefährdungshaftung*6)-Pflicht zur *Information*7)-Pflicht zur *Konsultation*8)-Pflicht der *Schadensminderung*9)-Prinzip der *Vorsorge*-Was besagt das „**COMMON HERITAGE OF MANKIND-PRINZIP**“?-Hintergrund: • traditionell **anthroposophische** Sichtweise

-> Mensch im Mittelpunkt

-> Nachbarrechtliche Regelung

• **HEUTIGE Sichtweise**-> *Moderner Umweltschutz* im Mittelpunkt-> *Erhaltung* der Ressourcen-> *globaler Schutz* der

-Biosphäre

-Ökosysteme

-> **Staatsfreie Räume**⁹-> aufgrund des Prinzips der **Solidarität** der Staaten soll die Nutzung dieser Gebiete **als gemeinsames Erbe der Menschheit allen Staaten gemeinsam zustehen**

= Common Heritage of Mankind-Prinzip

⁸ Principle of „*Equitable Apportionment*“ oder „*Equitable Utilization Principle*“.⁹ **Hohe See, Meeresuntergrund, Weltraum, Himmelskörper.**

